Nr. 282.

19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Zollwucher-Mehrheit des Reichstags zertrümmert Recht und Gesetz. Verteidigt in machtvollen Kundgebungen das Recht wider die Gewalt!

Treibende Trümmer.

Der Wuchertarif bewährt sich als der Magnetberg der Sage: Er zieht alle Nägel aus dem treibenden Reichsschiff. Recht, Gesetz, Geschäftsordnung, Verfassung, Sinn und Vernunft — alles zerfällt in Trümmer, und die zerschlagenen Teile werden gegen dieselbe toll gewordene Mehrheit geschleudert, die verblendet, in rasender Hast, auf den Magnetberg zusteuern, von ihrer blinden Gier getrieben wurde. In der anarchischen Auflösung aller Ordnung hat es die Mehrheit des deutschen Reichstages am Dienstag schließlich so weit gebracht, daß ihr Vertrauensmann, der nationalliberale, allerdings mecklenburgische Vicepräsident Büsing überhaupt die Möglichkeit des Reichstages, Gesetze zu machen, aufhob. Denn er erklärte, daß die Feststellungen des Präsidenten, die auf der Zustimmung des Hauses beruhen, keine Beschlüsse des Hauses, sondern persönliche Willensäußerungen des Präsidenten darstellen; damit sind denn schließlich alle vom Präsidenten verkündeten Gesetzesbeschlüsse als nichtssagend behauptet. Es war nur ein symbolischer Zug, daß gegen den Schluß der Dienstags-Sitzung, als es bereits in die zehnte Stunde ging, und die Gemüter leidenschaftlicher wurden, die Glocke des Präsidiums zersprang. In diesen wenigen Tagen, da die Zollwuchermehrheit den Reichstag nach ihrer Weisheit regierte, ist eine völlige Auflösung des Parlamentarismus erzielt worden. Es giebt keine Geschäftsordnung mehr, kein Präsidium mehr, keine Verfassung mehr, keinerlei Recht und keinerlei Logik. Wollte man über diesen Nihilismus scherzen, so bedeutet diese Schreckensherrschaft des starken aber dummen Mannes jenes Gastspiel der Kuh im Porzellanladen.

Das Recht jedoch läßt sich nicht morden. Seine Hand wächst immer wieder aus dem Grabe empor, ob man sie auch tausendmal abhackt und Berge chaotischer Trümmer auf den Hügel wälzt. Das war die Nemesis, daß alle schamlosen Rechtsbrüche der Mehrheit von der Minderheit gegen sie, die Rechtsbrecher selbst, gekehrt wurden, daß alle ihre Ränke und Kniffe gegen die Verbrecher aufstanden und sie immer tiefer in unendliche Wirrnis trieben. Kein Mittel, das die Mehrheit gegen die Minderheit ersonnen, das nicht den Erfindern zum Verderben ward. Man hat die Aichbichlerei erfunden, um die Verhandlungen abzukürzen; die Methode erwies sich als so trüglich, daß Präsident Ballestrem am Dienstag die Verhandlung um eine halbe Stunde aussetzen mußte, um ein zuverlässiges Ergebnis der Zettelabstimmung feststellen zu können. Man hat den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der unsinnigsten Weise für zulässig erklärt, um die Anträge der Minderheit zu würgen. Heute holte der freikonservative Herr v. Tiedemann die socialdemokratischen Argumente hervor, um die Mehrheit von der selbstgeschmiedeten Fessel zu befreien. Man hat die Aufhebung eines einmal gefaßten Beschlusses über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung einer Materie für unzulässig erklärt, am Dienstag dürstete die Mehrheit, diesen ihren eignen Beschluß wieder zu zerbrechen. Auch die gemordete Gesetzlichkeit ist noch tödlich.

Zu der entscheidenden Dienstag-Sitzung waren die Fasanenjäger in hellen Haufen in den Reichstag geströmt. Jetzt sollte der entscheidende Schlag geschehen: Guillotinierung der Geschäftsordnungsdebatte und womöglich gleich die Erpressung des Antrags Kardorff selbst.

Aber es kam anders! Die geköpfte Geschäftsordnungs-Debatte trieb immer von neuem ein Haupt empor. Der Reichstag geriet in ein Labyrinth von Geschäftsordnungs-Diskussionen. Wenn die eine gewaltsam geendet, erhob sich die andre. Obzwar die Nationalliberalen selbst auf das Mittagessen verzichteten und bis ¼10 Uhr jeder Vertagung widerstrebten, auch dieser Opfermut half nichts. Man ist um keinen Schritt der Eroberung der Beute näher gekommen, aber man hat den letzten Rest von Vertrauen verthan, das vielleicht hier und da die Zollwuchermehrheit noch gefunden haben mag. Diese Mehrheit hat jetzt gezeigt, daß sie zwar zu jeder Brutalität, jeder Vergewaltigung entschlossen ist, daß sie aber nur die Faust, nicht das Hirn hat, um auch nur mit dem Staatsstreich zum Ziel zu gelangen.

Die Geschäftsordnungs-Debatte über die Zulässigkeit des Antrages Kardorff wurde am Dienstag zunächst fortgesetzt. Herr Pachnicke von der Freisinnigen Vereinigung, der übrigens nachwies, daß die Bassermänner bei der lex Heinze nicht nur thatsächlich, sondern auch programmatisch Obstruktion getrieben hätten, begann die Erörterung. Es war bereits bekannt, daß die starken Leute um Kardorff einen neuen, freilich besonders sinnlosen Geschäftsordnungsbruch unternehmen würden, nämlich den Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte, bei der ihrer Natur nach kein Schluß möglich ist, weil sofort eine neue angefangen werden kann.

Nach Pachnicke wurde der neue Gewaltstreich ins Werk gesetzt: Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte. Sofort erhob sich Singer und beantragte Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag. Der Präsident Graf Ballestrem ließ das zu, nachdem die Mehrheit einen solchen Antrag für „jederzeit" zulässig erklärt hatte. Singer begründete dann den Tagesordnungs-Antrag. Kardorff versuchte eine Erwiderung; er stotterte und versagte; sein Hirn trieb Obstruktion. „Sehr schlecht vorbereitet" — rief ihm Bebel heiter zu. Singer forderte namentliche Abstimmung über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Debattenschluß-Antrag: auch die Freisinnige Volkspartei unterstützte diesmal die Opposition; nur Eugen Richter und Müller-Sagan, die Ehrenführer des Zollwuchers, blieben sitzen.

Die Schriftführer sammelten die Zettel ein. Da erklärte der Präsident Graf Ballestrem zur allgemeinen Ueberraschung und zur Bestürzung der Mehrheit: das Abstimmungsergebnis solle erst nach Herstellung der urkundlichen Abstimmungslisten verkündigt werden, damit Irrtümer vermieden werden. Darum wird die Sitzung auf eine halbe Stunde ausgesetzt. Das ist die Zeitersparnis der Aichbichlerei!

Das erregte Haus diskutiert in der Zwischenzeit über den „eigentlichen" Grund der Vertagung. Es ist kein Geheimnis mehr, daß Graf Ballestrem, als anständiger und rechtlicher Mann, nicht mehr gewillt ist, Hüter der Geschäftsordnungsbrüche zu sein. Es soll hinter den Coulissen zu heftigen Zusammenstößen gekommen sein. Man spricht von einer schweren Präsidiums-Krisis, die viel Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Um 3 Uhr 35 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Graf Ballestrem ist nicht wiedergekehrt, auch im ganzen weiteren Verlaufe der Sitzung bleibt der Präsident fern. Graf Stolberg, der Junker, leitet das, was man immer noch fälschlich die „Geschäfte des Hauses" nennt.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ist abgelehnt, mit 200 gegen 75 Stimmen.

Jetzt wird der Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte angenommen und dann über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff selbst — namentlich — abgestimmt. Vorher hatte Gothein das Wort zur Geschäftsordnung verlangt. Graf Stolberg kümmert sich nicht darum. Gothein stürzt erregt auf die Tribüne. Der Vicepräsident führt, ohne auf seine Einwendungen zu hören, die Abstimmung durch. Graf Ballestrem giebt einen blauen Enthaltungszettel ab. Dann verläßt er auch den Saal. Diesmal wird die Sitzung nicht zur Feststellung des Ergebnisses vertagt. Der Vicepräsident bittet nur die Schriftführer — in einer zweideutigen Wendung — doppelt zu zählen. 198 erklären den Antrag Kardorff für zulässig, nur 45 Nein-Zettel sind abgegeben. Die Socialdemokraten wollen nichts gemein haben mit diesem Rechtsbruch. Sie stimmen nicht. Singer erklärt im Namen der Fraktion knapp und kräftig die Gründe der Abstimmungs-Verweigerung; ein Ordnungsruf fährt dazwischen.

Die Rechte triumphiert im Gefühl ihres Triumphs. Aber zu früh! Ein neuer Antrag ist eingelaufen, der den alten Antrag Kardorff „berichtigt" — ein namenloser Wisch; denn Herr v. Kardorff hatte anfangs seinen Namen seinem Machwerk zu unterschreiben vergessen.

Auch der „berichtigte" Antrag Kardorff ist natürlich geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Das stellt sofort die wieder aufflackernde Geschäftsordnungs-Debatte fest. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung nimmt das Wort. Der Vicepräsident Graf Stolberg sucht wohl mehr wie ein Dutzend Mal die Ausführungen des Redners einzudämmen; er redet ruhig im Rahmen der Geschäftsordnungs-Debatte weiter. Welch ein Beweis völliger Unfähigkeit, daß die Mehrheit durch eine sinnlose Revision des ersten sinnlosen Antrages Kardorff eine neue Geschäftsordnungs-Debatte heraufbeschwor, nachdem sie den früheren soeben mit Mühe und Not erdrosselt. Als der Vicepräsident allzu parteiisch die geschäftsordnungsmäßigen Darlegungen Gotheins zu unterdrücken versucht, ruft Brömel laut: Der neue Herr! In der That, es sieht aus, als ob Graf Stolberg den Ehrgeiz hat, den starken Mann zu spielen.

Der Reichsgerichtsrat Spahn folgt und „beweist" die Zulässigkeit auch des berichtigten Antrages Kardorff. Genosse Molkenbuhr legt in schneidenden Ausführungen die Unzulässigkeit dar.

Nun wiederholt sich das vorige Manöver: Schlußantrag der Mehrheit. Gegenschlag: Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, der von Stadthagen begründet wird, der zeigt, daß überhaupt keine rechtsgültigen Kommissionsbeschlüsse vorliegen. Gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung redet Herr v. Tiedemann. Er hat sich plötzlich zu der socialdemokratischen Auffassung bekehrt, daß derlei Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung nicht berechtigt seien. Stürmisches Gelächter links: die Mehrheit hat ja selbst dies Verfahren eingeführt. Aber Tiedemanns Erklärung bezweckt mehr, es ist ein Fußtritt wider den abwesenden Präsidenten v. Ballestrem, der gerecht genug gewesen ist, von den Beschlüssen der Mehrheit auch die Minderheit Nutzen ziehen zu lassen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt, die Zulässigkeit auch des „berichtigten" Antrags Kardorff mit 200 gegen 44 Stimmen — die Socialdemokratie versagt die Stimmzettel — erklärt.

Wieder einen Schritt der Beute näher! Aber der Jubel der Mehrheit macht schnell einer wütenden Ernüchterung Platz. Brömel stellt zur Geschäftsordnung fest, daß das Haus — nach den früheren Feststellungen Ballestrems — bereits in der Debatte über den Tarif stehe, also ihn zunächst weiter beraten müßte. In Wirklichkeit hat Kardorffs Ungeschicklichkeit seinerzeit den Antrag fünf Minuten zu spät eingebracht.

Es entsteht ein heftiges Ringen zwischen der Minderheit und dem Vicepräsidenten Büsing, der, um den Unsinn und die Auflösung aller Begriffe zu gipfeln, Feststellungen des Präsidenten nicht als Beschlüsse des Hauses gelten lassen will.

Singer wendet sich scharf gegen die tolle Auffassung des Herrn Büsing.

Ein zum zweitenmal gestellter Vertagungsantrag wird um 7 Uhr 40 Minuten abgelehnt. Spahn schließt sich dem Vicepräsidenten an.

Wieder ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte und wieder Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag.

Auf einmal erhebt Herr Büsing Bedenken gegen solche Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung, nachdem er selbst sie wiederholt zugelassen hat; er will das Haus entscheiden lassen. Ein furchtbarer Lärm entsteht über diese vom Präsidium ausgehende Vergewaltigung. Man schreit ihn an, daß er sein Amt niederzulegen habe, anstatt die Willkür der Mehrheit zum Herrn zu machen.

Um 7,50 Uhr entsteht eine weitere Geschäftsordnungs-Debatte über die Frage, ob es zulässig sei, über Schlußanträge bei Geschäftsordnungs-Debatten Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen. Bebel erinnert den Vicepräsidenten in leidenschaftlichen Worten an seine Pflicht.

Die Stimmung des Hauses wird immer wilder und wirrer.

8½ Uhr. Der Wirrwarr hat seinen Höhepunkt erreicht. Immer noch wird über die Frage debattiert, ob Tagesordnungs-Anträge bei Schluß- oder Vertagungsanträgen zulässig sind. Die Mehrheit weiß in ihrer Kopflosigkeit nicht mehr aus noch ein. Da kommt Dr. Spahn ihr zur Hilfe mit dem Vorschlage, die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. Vicepräsident Graf Stolberg, der Herrn Büsing inzwischen abgelöst hat, steht der komplicierten Fragestellung ratlos gegenüber. Südekum und Ledebour erhalten das Wort. Aber immer mehr gerät der Vicepräsident in Bedrängnis. Bebel, Singer und viele andre verlangen vergeblich das Wort zur Geschäftsordnung, die Situation zu klären. Endlich kommt der Antrag auf einfache Tagesordnung über den Normannschen Schlußantrag zur Abstimmung. Er wird natürlich abgelehnt. Ueber den Antrag Spahn auf Verweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission war gar nicht geredet worden. Nunmehr will Vicepräsident Graf Stolberg über den Schlußantrag Normann abstimmen lassen. Aber die Antragsteller wissen offenbar selbst nicht, was dieser Antrag eigentlich will. Singer verlangt, daß der Antrag wenigstens in präciser Form vorliege, bevor man darüber abstimme, aber selbst dies billige Verlangen findet kein Gehör beim Vicepräsidenten. Das erregt den empörten Widerspruch der Linken. Immer wieder verlangen ihre Abgeordneten das Wort zur Aufklärung. Immer wieder versucht der Vicepräsident mit seiner Glocke die Protestrufe niederzuläuten. Aber die Glocke versagt den Dienst, ihre matten Töne verhallen wirkungslos. Die Mehrheit gerät in fanatische Wut, unartikulierte Töne entringen sich den 200 Kehlen. **9 Uhr.** Endlich findet die Abstimmung doch statt: der Schlußantrag wird angenommen. Aber schon ist Graf Stolberg zu neuer unerhörter That bereit. Jetzt will er abstimmen lassen über den Geschäftsordnungskommissions-Antrag Spahn, über den sachlich noch kein Wort gefallen ist. Die neue Vergewaltigung peitscht aufs neue die Entrüstung der Opposition zu stürmischer Aeußerung. Wieder müht sich die Linke, wenigstens das Wort zu erhalten, um Licht zu bringen in diese wirbelnde Verfahrenheit. Wieder verhallen ihre empörten Proteste wirkungslos. Die Glocke tönt minutenlang mit blechernem Klang, aber vernünftige Reden duldet die Mehrheit nicht mehr. Da fällt das gemarterte Werkzeug dem Vicepräsidenten aus der Hand. Ein Schriftführer hebt sie dienstfertig auf und der Vicepräsident schwingt sie eifrig weiter. Nicht beruhigt sich indessen der leidenschaftliche Widerspruch der Opposition, die das einfachste Menschenrecht, das Recht der Rede für sich verlangt — vergeblich. Eine Minute lang scheint Graf Stolberg selbst niedergedrückt vom Bewußtsein der schlechten Sache, zusammengesunken sitzt er schweigend auf seinem Sessel. Ein paar Zollverführer suchen ihm Trost zuzusprechen. Er ermannt sich auch und nimmt unter ungeheurem Tumult die Abstimmung vor. Wie zögernd begeben sich die Schriftführer an ihre Pflicht, die hier zum Unrecht wird. Die Socialdemokraten halten sich von dieser Gesetzlosigkeit fern. Dem Schriftführer Dr. Hermes, der in ihren Reihen sammeln will, füllt sich die Urne nicht. So muß die Mehrheit auch diesen neuesten Streich ganz auf die eigne Kappe nehmen. Würdig protestiert Singer gegen die Gesetzwidrigkeit: die Abstimmung ist null und nichtig. Graf Stolberg erklärt den Beschluß wiederholt für rechtskräftig, Pfuirufe bedecken ihn, er erteilt den Kollektivordnungsruf.

Dann hat — es ist ¼10 Uhr — selbst die Mehrheit für heute genug. Auch der Präsident — es ist die höchste Zeit zu schließen, der einfachsten Formen der parlamentarischen Geschäftsordnung ist sein verwirrter Geist nicht mehr Herr.

Morgen um 12 Uhr treiben die Trümmer weiter. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember.

Die nationalliberale Presse gegen die nationalliberale Fraktion.

Die „National-Zeitung" setzt ihren Kampf gegen das schändliche Treiben der reaktionären Mephisto-Partei mit großer Heftigkeit fort. Die nationalliberalen Organe in Magdeburg, Königsberg, Hannover und Hamburg stimmen in ihre dröhnenden Anklagen lebhaft ein. Eine solche Schilderhebung eines Teils der Presse gegen ihre eignen Parteiführer ist kaum noch erlebt worden.

Der „Hannoversche Courier" erklärt klipp und klar:

In der nationalliberalen Fraktion stimmt nur, wie die „Nat.-Lib. Korr." meldet, eine kleine Minderheit gegen den Antrag Kardorff und dessen Zulässigkeit, außerhalb der Fraktion aber ist es **ein sehr beträchtlicher Teil der Partei,** der die Meinung der fraktionellen Minderheit teilt.

Und die „Königsberger Allgemeine Zeitung" meint:

Daß die klerikal-konservativen Urheber dieses Antrags den größten Wert darauf legten, die Unterschriften der Nationalliberalen für denselben zu erlangen, ist sehr natürlich: die reaktionäre Blöße der Gefährdung der parlamentarischen Verhandlungsfreiheit wurde so durch die liberale Flagge gedeckt. **Aber uns ist diese zu einem solchen Zwecke zu gut.**

Der „Hamburgische Korrespondent" veröffentlicht die Zuschrift eines gelegentlichen Mitarbeiters als Leitartikel. Die Zuschrift beschäftigt sich mit den Richtern, die an der Vergewaltigung des Rechts teilgenommen haben. Es sei nicht anzunehmen, daß die zwanzig oder dreißig Juristen, die hinter dem Antrag Kardorff stehen, in so zweifelhaften Fragen **nach bestem Wissen und Gewissen** alle zu denselben Ergebnissen gekommen seien. Schließlich heißt es:

Wir erleben es, daß Juristen, richterliche Beamte, einem Beschlusse zustimmen, den sie selbst für einen Gesetzesbruch halten; daß sie ihre Ueberzeugung von Recht und Unrecht dem Parteileben zum Opfer bringen. . . . Die Politik braucht nicht den Charakter zu verderben; aber die Politik, die jetzt von einzelnen Juristen im Reichstage betrieben wird, **muß ihren Charakter als Richter verderben!**

Welchen Eindruck das Verhalten der nationalliberalen Reichstags-Fraktion zu dem Antrage Kardorff in weiten Kreisen der Partei macht, ergiebt sich nach der „Vossischen Zeitung" aus der Thatsache, daß hervorragende Parteimitglieder, die seit langen Jahren große Opfer namentlich zu Wahlzwecken gebracht haben, auf die in den jüngsten Tagen an sie ergangene Aufforderung um Beiträge zum Parteifonds erklärt haben, dieser Aufforderung einstweilen nicht nachkommen zu können. Sie müßten ihre Entscheidung sowohl über die Leistung von Geldbeisteuern wie über ihre fernere Parteimitgliedschaft von der Abstimmung der nationalliberalen Fraktion über den Antrag Kardorff abhängig machen.

Die Gesundbetung des Brotwuchers.

Die „Kreuz-Zeitung" bringt die folgende Notiz:

Viele treue Pastoren und ernste Kirchenbesucher werden sich in der letzten Zeit bei der sonntäglichen Fürbitte für den Reichstag schmerzliche Gedanken gemacht haben. Es liegt die Versuchung nahe, zu sagen: „Ist es nicht ein Hohn, diesen Reichstag an heiliger Stätte überhaupt zu erwähnen?" Ja, wir wissen, daß manche Pastoren, von derartigen Empfindungen beherrscht, **das Gebet für den Reichstag auslassen.** Aber das ist unrecht — nicht nur weil es Ungehorsam gegen die kirchliche Behörde darstellt, sondern noch vielmehr, weil es einen **Mangel des Glaubens an die Macht des Gebets** in sich schließt. Möchten vielmehr alle, die wirklich beten können, aus dem Blick auf die **schmachvollen Vorgänge im deutschen Reichstag** die starke Anregung entnehmen, die Fürbitte recht ernstlich und unbrünstig zu üben und dadurch — ohne Haß und Bitterkeit — **die Macht der Finsternis zu überwinden!** Wenn alle gläubigen Christen sich sonntäglich zu solchem Gebet zusammenschließen, so **muß das einen Erfolg erzielen.**

„Unser tägliches Brot gieb uns heute" heißt es im Vaterunser. Die „treuen Pastoren", denen, zumal bei ihrem reichen Kindersegen, auf dem Lande oft selbst das Brot auf dem Tisch knapp wird, sollen mit ihren zollgläubigen Christen dafür beten, daß dem Volke sein tägliches Brot genommen und die Vergewaltigung des klaren Rechts gelingen möchte.

Respekt vor einem Priester, dem es mit seinen christlichen Ueberzeugungen ernst ist! Aber alle Verachtung auch einem feilen Brotwucherpfaffentum, das mit seinem heuchlerischen Gebet für die Aushungerung des Volkes und die Vergewaltigung des Rechts alle sittlichen Grundlagen des christlichen Glaubens schändet! —

* * *

Deutsches Reich.

Für Ausnahmegesetze und Wahlrechtsraub wird von Gescheiterten wie Geschorenen rührig weiter die Trommel gerührt. Die „Märk. Volkszeitung" ist mehr für eine Erneuerung des Socialistengesetzes, die „Kreuz-Zeitung" will es gnädig beim Rade bewenden lassen und tritt für die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts ein. Eine Verständigungskommission ist noch nicht eingesetzt.

Ein Richter, der es offenbar darauf abgesehen hat, Reichsgerichtsrat zu werden — wenn er es noch nicht ist — rät in der „Kreuz-Zeitung", der Präsident sollte unter Umständen gegenüber den socialdemokratischen Abgeordneten „mit dem Mittel eines **telephonischen Aufgebots einer Korporalschaft** vorbeugend einschreiten." Gleichzeitig billigt derselbe Hüter der Gerechtigkeit einem Tribünenbesucher den Strafausschließungsgrund der Notwehr zu, wenn er „aus Bestürzung, Furcht oder Schrecken", eine socialdemokratische Reichstagsbestie niederknallte.

Daß ein offenbar Irrsinniger über socialdemokratische Arbeiter Recht spricht, ist eine Sache für sich. Ein neuer Fall Brausewetter scheint sich vorzubereiten. Daß aber die „Kreuz-Zeitung" diese schriftlichen Tobsuchtsanfälle abdruckt, ohne ihren krankhaften Charakter zu erkennen, zeigt, in welchem Zustande sie sich selbst befindet. —

Die Bestie muß ausgehungert werden! Während die Mehrheit des deutschen Reichstags von Gewaltakt zu Gewaltakt schreitet, um eine Erhöhung der Zölle durchzusetzen, meldet das „Centralblatt für das Deutsche Reich", daß die Erträge aus den Zöllen und den Verbrauchssteuern im letzten Halbjahr (1. April bis 1. Oktober) um 3,6 Millionen gesunken sind. Die Verminderung der Einnahmen würde aber noch viel größer sein, wenn nicht die neue Schaumweinsteuer mit 2,8 Millionen in die Rechnung eingestellt wäre.

In normalen Zeiten steigen die Einnahmen aus den Zöllen und den Verbrauchssteuern von Jahr zu Jahr. Ihr Rückgang beweist, daß die Verbrauchsfähigkeit der Massen zurückgegangen ist. Gerade die Zeit, in der das Volk hungern muß, weil es nicht einmal mehr die bestehenden indirekten Abgaben bezahlen kann, haben die Junker ausgewählt, um durch Verfassungsbruch den Brotwucher durchzusetzen. Den Socialdemokraten setzen sie den Fuß auf den Nacken, um das Volk, den Pöbel, die Bestie aushungern zu können. So will es Pfaffenchristentum und Junkermoral! —

Junkertruz geht vor Kinderschutz! Die 19. Kommission des Reichstages erledigte am Dienstag die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Zum Referenten wurde der Abg. Sittart (C.) bestellt. Der Bericht soll noch vor Weihnachten festgestellt werden. Der Gesetzentwurf wird das Plenum erst nach Neujahr beschäftigen.

Man hat der Kommission ohnehin durch frühzeitigen Beginn der Plenarberatungen die Arbeit genug erschwert. Jetzt, da sie fertig ist, muß die Socialreform warten, bis der Brotwucher fertig ist. —

Herr Richter denunziert schon wieder! Die „Freisinnige Zeitung" kann zwar, ohne sich selbst zu ohrfeigen, den gewaltsam erwirkten Schluß einer Geschäftsordnungs-Debatte nicht für zulässig erklären, aber schon wieder hat sie für das Verhalten der Mehrheit einen Entschuldigungsgrund bei der Hand.

„Allerdings," so schreibt sie, „hat im gegebenen Fall die Diskussion „zur Geschäftsordnung" eine Ausdehnung erfahren, die thatsächlich zu einer Art von Generaldiskussion über die Tarifvorlage, die Gesamthaltung der Parteien, über Zulässigkeit von Obstruktionen und vieles andre führte. Es ist aber Schuld des Präsidenten, daß die Diskussion zur Geschäftsordnung einen solchen Umfang annehmen konnte."

Das ist so ungefähr auch die Argumentation des neuen Herrn, des Grafen v. Stolberg. —

Socialdemokratischer Terrorismus. Bitter klagt die „Post" darüber, daß die Socialdemokraten verlangten, die Rechte solle immer selbst für die Beschlußfähigkeit des Reichstags sorgen. Nach ihrer Auffassung ist die Opposition dazu da, der Mehrheit den Buchertarif zu apportieren, während die Herren Interessenten — um mit Herrn v. Kröcher zu sprechen — Hasen und Fasanen schießen gehen. Dazu wäre die Bestie gerade noch gut genug. —

Ueber Bebels Rede vom letzten Montag urteilt der „Hamburgische Korrespondent":

Kein Gegner wird dem socialistischen Führer das Zeugnis versagen dürfen, daß er geradezu glänzend gesprochen hat; es war eine Rede, die seinen besten an die Seite gestellt werden muß. Man mag sich zu den politischen Ansichten des Abg. Bebel verhalten, wie man will, man kann nicht umhin, den Elan zu bewundern, mit dem der Greis einem feurigen Jüngling zum Trotz die schneidige Waffe führt, und man kann sich dem Zugeständnis nicht entziehen, daß ein guter Teil der Hiebe traf. Bebel hat mit grimmigem Humor Bezeichnungen geprägt, an denen sich die Betroffenen wohl noch häufig erfreuen können —. Herr Bassermann mit seinen Parteifreunden lachte, als der Redner von der Regierungsflöte sprach, mit der das Centrum die Nationalliberalen bethöre, wie der Rattenfänger von Hameln die Kinder, aber das Lachen klang häufig etwas erkünstelt, wer weiß, ob es den Lachern so ganz wohl bei der Sache war. Man kann es bedauern, daß durch Bebels Worte oft der revolutionäre Radikalismus hindurchbrach, der eine weite Kluft errichtet zwischen ihm und uns, aber seine Rede war trotzdem mehr als ein ästhetischer Genuß.

Berichtigend teilt der „Hamburgische Korrespondent" mit, daß er nicht konservativ ist. Ueber seine eigentliche Parteirichtung schweigt er aber. Es ist begreiflich, daß er mit seiner nationalliberalen Parteizugehörigkeit heute lieber kein Aufsehen machen will. —

Herr Bachem wäre zwar, wie bürgerliche Blätter zu erzählen wußten, durch die Entrüstung unsrer Reichstagsgenossen über seine feigen hinterlistigen Verleumdungen beinahe gemordet worden, aber soviel Geistesgegenwart hat er doch noch besessen, um sich flugs antelegraphieren zu lassen und zwar — weil man dort ohnehin schon beim Telegraphieren war — aus Essen. Darauf drahtete hurtig er zurück:

„Wie wir stets gekämpft für Wahrheit, Freiheit, Recht, so werden wir es auch in Zukunft thun müssen. Dieser Kampf wird wohl nie aufhören in unserm Vaterlande. Es ist allerdings eine eigentümliche Wendung, daß wir jetzt für die Freiheit der Rede und das Recht des Reichstags kämpfen müssen gegen eine Partei, welche eine besonders freiheitliche und eine besondere Vertreterin des Volkes sein will."

Im Namen der Wahrheit erfindet Herr Bachem schmutzige Geschichten, im Namen der Freiheit und des Rechts geht er den Weg von Aichbichler zu Kardorff, vom Bruch der Geschäftsordnung zum Verfassungsbruch. Das Telegraphieren ist eine gute Erfindung: der Draht reißt nicht! —

Zur Revision des Strafprozesses ist vom Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Nieberding eine Kommission nach dem Reichs-Justizamt einberufen worden. In derselben werden 21 Mitglieder sitzen, u. a. die Abgg. Himburg, Bassermann, Gröber, Opfergelt, Rintelen. Die Sitzungen werden am 14. Januar beginnen und mit Unterbrechungen längere Zeit in Anspruch nehmen. Es sollen besonders die schon in der sogenannten lex Rintelen enthaltenen Fragen von der Sachverständigen-Kommission erörtert werden, also die Fragen der Berufung in Strafsachen, des Nacheides ꝛc., aber auch andre Punkte sollen in das Bereich der Beratung gezogen werden. Für den Vorsitz der Kommission ist vorbehaltlich der Entschließung des Staatssekretärs Nieberding selbst den Vorsitz zu führen, Reichs-Gerichtsrats Kaufmann in Aussicht genommen. —

Der „Figaro" als Majestätsbeleidiger. Eine der letzten Nummern des Pariser „Figaro" ist hier beschlagnahmt worden wegen einer Zeichnung, die eine Majestätsbeleidigung enthalten soll.

Die „Frankfurter Zeitung" weiß auf unsre Festnagelungen ihrer gemeinen Denunziationen des „Vorwärts" in der Krupp-Affaire wieder einmal nichts Gescheiteres zu entgegnen, als daß sie die Tonart des „Vorwärts" jedes näheren Eingehens auf unsre Züchtigung ihres schäbigen Verhaltens enthebe. Das Blatt, das unlängst in einer durchaus sachlichen Kontroverse über eine volkswirtschaftliche Frage im Gefühle seiner blamablen Unwissenheit keinen andren Ausweg wußte, als wie ein Rohrspatz zu schimpfen, so daß die reaktionäre Presse diese kindischen Schimpfereien ihren Lesern als pikanten Leckerbissen servieren konnte, entrüstet sich über die Tonart des „Vorwärts"! Ein Schauspiel für Götter!

Auf unsre Festnagelung, daß der famose p.-Korrespondent der „Frkf. Ztg.", aus dessen Geschreibsel sie ihre „Informationen" über den Fall Krupp zog, ein ganz gewöhnlicher Handlanger der Ordnungspresse ist, reagiert sie — so viel Witz hat sie behalten — mit keiner Silbe! Sie hat auch allen Grund dazu. Denn nach einer uns zugegangenen Mitteilung ist dieser würdige, wohlinformierte Neapeler „Original"-Korrespondent ein Mann, der am Garda-See zur Kur weilt und von hier aus alle redaktionellen Abnehmer mit Originalnachrichten aus allen gewünschten Orten Italiens versieht. Die „Frkf. Ztg." hat also allen Grund, ihre sorgfältige Information dem „Vorwärts" als Muster vorzuhalten! —

Gegen den Hänge-Peters wehrt sich jetzt der von Peters angegriffene Fritz Bronsart von Schellendorff selbst. In einem offenen Brief an Bebel bittet er, Peters Insinuation, daß er der Gewährsmann in der Tuckerbrief-Affaire gewesen sei, zu dementieren, was bekanntlich schon geschehen ist. Ferner erklärt er die Behauptung des Peters, daß er — Bronsart von Schellendorff — auf Veranlassung des Peters seinen Kolonialdienst 1891 habe quittieren müssen, für unwahr. Er sei lediglich infolge eines schweren Fiebers gezwungen gewesen, den Kolonialdienst zu verlassen, um nach seiner Wiederherstellung in die aktive Armee als Offizier einzutreten. Ferner sei es unrichtig, daß ihn bei seiner Zeugenaussage im Prozeß Peters irgendwelche Animosität beeinflußt habe.

Die Gattin Bronsart v. Schellendorffs richtet in einem offenen Brief an den Peters die Aufforderung, nunmehr den Namen ihres verleumdeten Gatten ebenso rasch zu reinigen, wie er ihn in Schmutz gezogen habe. Die Antwort des Peters liegt noch nicht vor.

Bei dieser Gelegenheit verdient festgestellt zu werden, daß die gesamte Peters-Presse von unsrer Darlegung, daß die Verurteilung des Peters mit dem Tuckerbrief nicht das geringste zu thun hatte, noch mit keiner Zeile Notiz genommen hat. Diese Presse macht sich damit zum Mitschuldigen der Fälschungen des Peters. —

Kreuzer-Agitation. Die „Rhein.-Westf. Ztg." schildert in den schwärzesten Farben die Kreuzer-Notlage der deutschen Flotte. Die ostafrikanische Küste sei von deutschen Kriegsfahrzeugen seit Jahren gänzlich entblößt.

„Wenn die kleinen Kreuzer „Amazone", „Ariadne" und „Niobe" den Kieler Hafen verlassen haben werden, was anfangs nächster Woche geschehen wird, dann ist unser Inlandsgeschwader, da es der Späher, der Kreuzer, entbehrt, eigentlich aktionsunfähig. Will Deutschland im Ausland sich so zur Geltung bringen, wie es im Interesse seines politischen und kommerziellen Ansehens dringend notwendig ist, dann kann es mit den wenigen Kreuzern, über die es jetzt verfügt, **absolut** nicht auskommen."

Warum schickt dem Deutschland neun Kriegsfahrzeuge nach Venezuela, wenn es dieser kostbaren Dinger anderweitig so notwendig bedarf? Um die „Kreuzer-Not" recht augenscheinlich zu demonstrieren? Diese Notstands-Debatte ist ja absolut lächerlich, denn wir brauchen an der ostafrikanischen Küste keine Pinasse, geschweige einen Kreuzer. Aber die Flotten-Aktionäre gebrauchen Bestellungen, das ist das Motiv der ganzen Gewimmers! —

Die Millionen-„Schenkung" der Firma Krupp. Durch die jetzt mit so vielem Tamtam begleitete Mitteilung von der neuen Millionen-„Schenkung" der Firma Krupp, sind die Arbeiter nichts weniger als angenehm überrascht worden. Die Arbeiter waren nämlich auf eine wirkliche Schenkung vorbereitet. Am Morgen des Beerdigungstages hatte der Dirigent des Kruppschen Gesangvereins den Mitgliedern Mitteilung gemacht, es stehe den Werksangehörigen eine außerordentliche Ueberraschung bevor. Die Andeutungen ließen auf ein Geldgeschenk schließen. Da fast jede Werkstatt einige Mitglieder zu dem Gesangverein stellt, war mit Blitzesschnelle unter allen Arbeitern die Nachricht verbreitet: ein Jeder erhält ein Geschenk von mindestens 50 M. Bei den derzeitigen sehr reducierten Löhnen, die in einzelnen Betrieben bei Krupp einen vorher kaum gekannten Tiefstand erreichten — **ältere, verheiratete,** gelernte Arbeiter **werden mit Löhnen von 30 M.** und **weniger für die 14tägige Periode abgefunden** — löste die Erwartung auf das Geschenk angenehme Gefühle aus, um so größer war die Enttäuschung als die Leute ihren Irrtum erkannten. Es ist blanker Schwindel, wenn behauptet wird, die Arbeiterschaft sei über das Geschenk an die Pensionskasse hoch erfreut. Das Geschenk bringt keinem Arbeiter einen Pfennig Vorteil. Durch das Geschenk wird die Höhe der Pensionen, sowie die Möglichkeit, die Pensionsberechtigung zu erlangen, nicht tangiert. Nach wie vor bleibt in Kraft die Bestimmung, daß, wenn die übrigen Voraussetzungen gegeben sind — Dienstalter — zwei Aerzte der Firma völlige Arbeitsunfähigkeit konstatieren. Und die Herren Aerzte haben zuweilen eigne Ansichten über Arbeitsunfähigkeit. Hier ein konkreter Fall! Ein Arbeiter fühlte sich nach über zwanzigjähriger Dienstzeit arbeitsunfähig. Er beantragte Pensionierung. Die Aerzte konstatierten Simulation. Schließlich wurde das Gutachten eines Bonner Professors angerufen. Dieser attestierte **vollständige Arbeitsunfähigkeit.** Das nutzte jedoch nichts, der Mann wurde nicht pensioniert. — — — —

Die gelobte Humanität wird auch dadurch illustriert, daß nicht nur Arbeiter nach jahrlanger Beitragszahlung zu der Wohlfahrtskasse aufs Pflaster gesetzt werden, ohne daß ihnen von den zwangsweise einbehaltenen Beiträgen ein Pfennig zurückerstattet wird — auch kranke Arbeiter beglückt man mit der Entlassung. Unser Essener Partei-Organ veröffentlichte im vergangenen Sommer mehrere Fälle, in denen erkrankten Kruppschen Arbeitern mit Dienstjahren **von über 10 Jahren** die Kündigung ins Haus geschickt wurde.

Von solchen Humanitätsakten nimmt natürlich die Krupp-Presse keine Notiz. —

Heldenthaten der Polizei. Weil es angeblich nicht angemeldet war, hat ein Polizei-Vicewachtmeister in Braunschweig ein Konzert des Berliner Tonkünstler-Orchesters für aufgelöst erklärt. Die gute Gesellschaft von Braunschweig, die zu diesem Richard Strauß-Konzert in hellen Haufen herbeigeströmt war, weiß jetzt wenigstens, wie es Arbeitern zu Mute ist, wenn man ihnen ihre Versammlungen verbietet. Aber Ordnung muß sein.

In Leipzig hat die Polizei eine von Dr. Hirschfeld einberufene Versammlung, in der über die Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches beraten werden sollte, verboten, weil so etwas „unsittlich" ist. Das Volk hat die Gesetzgeber zu wählen, mit der Gesetzgebung selbst aber sich beschäftigen wird ihm verboten. —

Ausland.

Frankreich.

Der Ministerrat hat am Dienstag beschlossen, über mehrere Bischöfe, die die vom Staatsrat als Mißbrauch bezeichnete Petition unterschrieben hatten, die Gehaltssperre zu verhängen. Ferner hat der Ministerrat im Hinblick auf den Matrosenausstand in Marseille beschlossen, daß Schiffe der Schiffahrtsgesellschaften requiriert und mit Matrosen der Kriegsmarine bemannt werden sollen, um unverzüglich den regelmäßigen Post- und Passagierdienst und soweit thunlich auch den Frachtverkehr mit Algier, Tunis und Korsika zu organisieren. Ebenso soll möglichst bald auch der Verkehr mit Indochina organisiert werden. — Also veritabler Streikbrecherdienst, organisiert durch den radikalen Minister Pelletan!

Belgien.

Eine neue Gruppe hat sich in der Deputiertenkammer gebildet; gegen 50 der klerikalen Abgeordneten sind zusammengetreten in der speciellen Absicht, Zölle und Steuern auf Lebensmittel zu erlangen. Sie legen sich den Namen bei „Agrarische Gruppe". Das Volk wird, so bemerkt der „Peuple", ihnen den richtigen Namen „Wucherer" geben. —

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. **Molkenbuhr** (fortfahrend): Das will ich auch. Wie ich schon ausführte, bin ich durch die eigentümliche Fassung dieses Antrages zu der Vermutung gekommen, daß er **außerhalb dieses Hauses fabriziert worden ist.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn in andren Ländern sich solche Einflüsse geltend machen außerhalb des Parlaments, so entrüstet man sich bei uns darüber. In New York haben wir z. B. einmal einen solchen Fall verzeichnen können. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung!) Aber in ganz New York würde selbst der korrupteste Richter ein durch solche Einflüsse zu stande gekommenes Gesetz nicht anerkennen. — Die Mehrheit behauptet, sich in der Notwehr zu befinden. Die Minorität soll Dauerreden gehalten haben. Was sind Dauerreden? Die erste lange Rede in der Kommission wurde vom Abg. Müller-Meiningen gehalten, also einem Mitgliede der Freisinnigen Volkspartei. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung!) Nach dem Abg. Richter sollen wir die Notwendigkeit der Notwehr durch unsre Zustimmung zu § 11a herbeigeführt haben. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung. Zurufe links.) Wir hätten dem Centrum keinen besseren Gefallen thun können, als wenn wir den § 11a abgelehnt hätten! Es hätte dann im Lande gesagt, daß alle Mehreinnahmen den Witwen und Waisen hätten zugewiesen werden sollen. (Abg. Dr. Arendt: Zur Geschäftsordnung. Vicepräsident Büsing bittet den Redner dringend, sich mehr an das Thema zu halten.) Die Schöpfer der Geschäftsordnung haben es jedenfalls für unmöglich gehalten, daß der Reichstag einmal so weit herunterkommen würde, um so mit der Geschäftsordnung umzuspringen, wie es jetzt geschieht, sonst hätten sie sicher eine Bestimmung aufgenommen, daß, wenn der Präsident über die Zulässigkeit eines Antrages im Zweifel ist, nicht die Mehrheit, sondern etwa drei Viertel des Hauses zu bestimmen hat. (Abgeordneter Dr. Arendt: Die Minderheit!) Herr Spahn sprach von dem sorgfältig gesponnenen **Netz** des Tarifs. Das war ein gutes Bild. Mit **diesem Netz sollen** die **20 Markstücke** den **Arbeitern** aus der **Tasche herausgefischt werden.** Der **Profit** ist es, der Sie veranlaßt, die Geschäftsordnung und die **Verfassung mit Füßen zu treten.** (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Vicepräsident **Büsing**: Es liegt mir ein Antrag auf Schluß der Diskussion über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des berichtigten Antrags Kardorff vor.

Abg. **Singer** (Soc.): Ich beantrage Uebergang zur einfachen Tagesordnung über den Schlußantrag. (Lärm rechts.)

Das Wort für diesen Antrag erhält

Abg. Stadthagen (Soc.):

Ich halte einen Schluß dieser Geschäftsordnungs-Debatte für ganz unzulässig. Es ist jetzt an der Zeit, die Frage zu erörtern, ob nicht endlich in der vom Präsidenten Grafen Ballestrem am 27. November eröffneten Debatte über Position 5 des Zolltarifs fortgefahren werden muß. Präsident Graf Ballestrem hat damals erklärt, der Beschluß des Hauses gehe dahin, nunmehr im Zolltarif fortzufahren. Er hatte sogar meine Wortmeldung zu der betreffenden Position schon entgegengenommen. Ich bitte, den Tagesordnungs-Antrag anzunehmen im Interesse der Beschleunigung unsrer Geschäfte. (Lachen bei der Mehrheit.) Sie (zur Mehrheit) allein haben uns seit Donnerstag verhindert, zur Sache zu sprechen. Dr. Spahn meinte, frühere Beschlüsse zur geschäftlichen Behandlung ließen sich ändern. Aber ganz kürzlich hat die Mehrheit bei einem Antrag Brömel das Gegenteil beschlossen. (Zustimmung links.) Was bedeutet überhaupt der Antrag v. Kardorff? Was sind die „dem Reichstag am 6. Oktober 1902 vorgelegten endgültigen Beschlüsse der XVI. Kommission", von denen darin die Rede ist? Diese Beschlüsse kennen wir noch gar nicht. Ich möchte den Präsidenten bitten, sie unter Zuhilfenahme der Antragsteller doch erst einmal verlesen zu lassen. (Sehr gut! links.) Es giebt gar keine endgültigen Beschlüsse der Kommission. Meinen Sie (zur Mehrheit) etwa die Druckwerke 704b? Sie scheinen diese Beschlüsse zu meinen, die Herr Rettich (nicht die Kommission) dem Präsidenten (nicht dem Reichstag) vorgelegt hat (nicht am 6. Oktober)! (Sehr gut! und Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Man muß doch endlich wissen, was Sie meinen. Sagen Sie es doch! (Erneute Heiterkeit links.) Meinen Sie die Beschlüsse der Kommission, die die Regierung wiederholt für unannehmbar erklärt hat? Man kann doch diese Debatte nicht schließen, bevor Sie uns endlich gesagt haben, was Sie eigentlich meinen. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Soll da, wo in den Kommissionsbeschlüssen zweiter Lesung „Unverändert" steht, auch in den Tarif „Unverändert" eingesetzt werden? (Heiterkeit.) Außerdem war die Kommission am 6. Oktober überhaupt nicht in beschlußfähiger Anzahl beisammen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Neun Tarifstellen haben Sie bereits in namentlicher Abstimmung als Teile des Tarifs angenommen. Wollen Sie auch das leugnen? Hat uns nicht Graf Kanitz selbst zugestanden, daß bis zu den Pferdezöllen inklusive die Beratung durchaus sachlich vor sich gegangen sei. Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag auf einfache Tagesordnung. Ich hoffe, Sie werden während der Abstimmung sich noch einmal die Gründe für unsern Antrag klar machen.

Als in der Kommission unhaltbare Beschlüsse gefaßt worden, beantragte mein Freund Bebel die Verhandlungen im Plenum weiter zu führen. Man wollte damals das Plenum nicht berufen, weil es ohne Diäten doch nicht vom April bis zum Oktober zusammenzuhalten sei ... Der Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte ist ganz sinnlos. Laden Sie nicht durch Ablehnung unsres Antrags das Odium auf sich, daß Sie mit Ihrem Schlußantrag die Minorität wieder überrumpeln wollen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **v. Tiedemann** (Rp.): Ich bitte Sie, aus Gründen der Geschäftsordnung den Antrag auf einfache Tagesordnung abzulehnen. Der Schluß einer Diskussion kann auf zwei Arten erfolgen: einmal durch einen Schlußantrag und zweitens durch einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Diese beiden Anträge können aber nicht neben einander herlaufen. (Stürmische Unterbrechungen links: Bravo! Bravo! Das sind ja unsre Deduktionen!) Ich bedauere, daß heute zum erstenmal, seitdem der Reichstag tagt (Rufe links: Nein, nein! Sie haben es selbst so eingeführt!), über einen Schlußantrag der Antrag auf einfache Tagesordnung zugelassen worden ist. Ich erhebe hiermit ausdrücklich Widerspruch dagegen, daß dies Verfahren sich in die Praxis einführt. Sollte wiederum ein Fall vorkommen, wie der heutige, so würden wir von der Entscheidung des Präsidenten an die Mehrheit appellieren. (Große Unruhe links.)

Vicepräsident **Büsing**: Herr Abg. v. Tiedemann, Präsident Graf Ballestrem hat vorhin ausdrücklich die Zulässigkeit eines solchen Antrages erklärt; ich halte es nicht für angemessen, in seiner Abwesenheit seine Maßregel zu kritisieren; ich selber habe nur weitergeführt, was er angeordnet hat.

Abg. **v. Tiedemann** (Rp.): Dem augenblicklichen Präsidenten habe ich keinen Vorwurf machen wollen; ich wiederhole nur meinen Protest, damit nicht auf die heutigen Fälle später als Präcedenzfälle verwiesen wird.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Singer auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes: Der Antrag Singer auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag zur Geschäftsordnungs-Debatte über die Zulässigkeit des „berichtigten" Antrages v. Kardorff wird mit 215 gegen 74 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen (Präsenzziffer: 291) abgelehnt.

Darauf folgt die Abstimmung über den Schlußantrag, die auf Antrag Singer (Soc.) wieder eine namentliche ist. Der Schlußantrag wird bei einer Präsenzziffer von 292 Abgeordneten mit 214 gegen 76 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die angefochtene Zulässigkeit des berichtigten Antrages v. Kardorff. Auch diese Abstimmung ist auf Antrag Brömel (frs. Vg.) eine namentliche. Sie ergiebt die Zulässigkeitserklärung des neuen Antrages v. Kardorff mit 200 gegen 44 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen. Ein Stimmzettel ist ungültig. Die Präsenzziffer beträgt 254.

Um 7 Uhr wird ein Vertagungsantrag des Abg. Roesicke-Dessau (wildlib.) gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Vicepräsident **Büsing**: Ich wiederhole, was bereits von hier aus proklamiert ist: daß die Diskussion eröffnet ist über § 1, 1 der Kommissionsbeschlüsse mit dem Antrage Kardorff und den Amendements dazu.

Abg. **Brömel** (frs. Vg., zur Geschäftsordnung): Das Haus hat bereits über die weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Vorlage beschlossen. Am 27. November machte der Präsident den Vorschlag, die einzelnen Nummern des Zolltarifs zur Diskussion zu stellen. Er sagte ausdrücklich: „Ein Widerspruch aus dem Hause hat sich nicht erhoben. Wir werden daher so verfahren." (Hört! hört! links.) Das ist die gewöhnliche Formel bei Beschlüssen des Hauses. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine Abänderung dieses Beschlusses aber ist jetzt nicht mehr möglich. Ich berufe mich dafür auf den Vorgang bei § 5 des Zolltarif-Gesetzes. Ich schlug damals eine Abänderung der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Paragraphen vor. Da gab es auf der rechten Seite wüste Lärmscenen. Ich wurde durch den Präsidenten verhindert, meinen Antrag auch nur zu begründen. Was dem einen recht ist, muß auch dem andren billig sein. (Stürmische Zustimmung links.)

Vicepräsident **Büsing**: Der Hergang in der Sitzung vom 27. November war der folgende: Abg. Herold hatte als Berichterstatter über die noch ausstehenden Petitionen zum Zolltarif-Gesetz referiert. Damit war das Tarifgesetz erledigt bis auf § 1, 1. Darauf erklärte der Präsident: „Wir würden jetzt nach Beendigung des Zolltarif-Gesetzes in die Beratung des Zolltarifs eintreten". (Zuruf bei den Socialdemokraten: „Würden" ist neu! Unruhe.) Ich lese genau vor — „soweit derselbe noch nicht beraten ist". Dann kamen die Vorschläge des Präsidenten über den Aufruf der einzelnen Nummern usw. Darüber entspann sich eine kurze Geschäftsordnungs-Debatte. Darauf wiederholte der Präsident seine Vorschläge und fügte hinzu: „Ein Widerspruch aus dem Hause hat sich nicht erhoben, wir werden daher so verfahren. (Hört! hört! links.) Das war der Willensausdruck des Präsidenten, der auf diesem Stuhle saß. Darauf meldete sich Abg. v. Kardorff zum Wort zur Geschäftsordnung und brachte seinen bekannten Antrag ein. Das Haus hatte in dieser Frage noch keinen Beschluß gefaßt. Der Präsident hatte nur seine Vorschläge gemacht, im Falle das Haus in die Verhandlungen über den Zolltarif eintreten würde. Dieser Eintritt in die Beratung des Zolltarifs ist unterbrochen durch den Antrag v. Kardorff (Zustimmung bei der Mehrheit.) Infolge dessen liegt kein Beschluß des Hauses vor; die Diskussion über den Zolltarif ist niemals eröffnet worden. (Große Unruhe links.)

Abg. **Bech**-Koburg (Frs. Vp.) versucht noch einmal, den berichtigten Antrag Kardorff wegen der fehlenden Unterschriften für ungültig zu erklären, wird aber vom Vicepräsidenten Büsing daran verhindert.

Abg. **Singer** (Soc.) stellt aus dem Stenogramm der Sitzung vom 27. November fest, daß durch die Worte des Präsidenten **„ein Widerspruch ist nicht erfolgt, wir werden also so verfahren"** ein Beschluß des Hauses vorliegt, durch den die Diskussion über den Zolltarif bereits eröffnet ist. Die Diskussion über den Zolltarif hat aber schon viel früher durch die Diskussion über die Mindestzölle begonnen, mit denen die Maximalpositionen des Zolltarifs mit verbunden waren. Wie können wir noch auf irgend einen Beschluß des Hauses vertrauen, wenn alles nachträglich wieder umgestürzt wird. Die Majorität ist bereits Gegenstand des allgemeinen Gespöttes. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag Kardorff kann naturgemäß erst zur Abstimmung kommen, wenn der Tarif durchberaten ist. Es heißt in dem Absatz 1 des § 1: „Zölle werden erhoben nach Maßgabe des nachstehenden Tarifs". Der Antrag Kardorff will eine andre Fassung dieses Absatz 1. Beide Fassungen müssen diskutiert werden, und dann erst kann sich das Haus für eine der beiden Fassungen entscheiden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Vicepräsident **Büsing**: Ich kann mich der Auffassung des Herrn Singer nicht anschließen. Präsident Graf Ballestrem hat damals gesagt: „Wir würden jetzt in die Verhandlung des Zolltarifs eintreten", hat dann den Verhandlungsmodus angegeben, und dann stellte er die Frage, ob gegen den Verhandlungsmodus, der sich bezieht auf die absolut unangefochtenen Nummern des Zolltarifs, ein Widerspruch aus dem Hause erhoben wird. Ein solcher Widerspruch ist nicht erhoben worden, also kein Widerspruch gegen den Verhandlungsmodus der eingehalten werden soll, sobald in die Verhandlung des Zolltarifs eingetreten wird. In diese Verhandlung ist überhaupt nicht eingetreten worden, es ist niemals die Diskussion über den Zolltarif oder einzelne Positionen desselben eröffnet worden. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit, große Unruhe links.)

Ein Vertagungsantrag des Abg. Rösicke-Dessau (wildlib.) wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) schließt sich den Ausführungen des Vicepräsidenten Büsing vollinhaltlich an.

Vicepräsident **Büsing**: Es ist Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte über die Frage, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff einzutreten ist.

Abg. **Bebel** (Soc.): Ich beantrage über diesen soeben verlesenen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. (Abg. v. Kardorff: Das ist nicht zulässig!)

Vicepräsident **Büsing**: Wie vorher von Herrn v. Tiedemann, erklärt und jetzt von Herrn v. Kardorff wiederholt worden ist, bestehen im Hause Bedenken darüber, ob ein solcher Antrag bei Schlußanträgen zulässig ist. Wir haben heute zweimal den Antrag zugelassen, wenn aber von mehreren Seiten Bedenken laut werden, so muß ich einen Beschluß des Hauses herbeiführen. (Stürmische Unterbrechungen links. Rufe: Selbst entscheiden!) Ich habe den Antrag zugelassen und bin gewillt, das auch ferner zu thun. Wenn ich aber meine Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, und sie wird nicht gebilligt, so bleibt kein andres Mittel übrig, als das Haus entscheiden zu lassen. (Erneute stürmische Unterbrechungen links. Rufe: Niederlegen!) Als vor drei Wochen Abg. Brömel beantragte, die beschlossene Zusammenfassung verschiedener Positionen durch einen neuen Beschluß wieder aufzuheben, habe ich erklärt: ich halte diesen Antrag für unzulässig. Darauf erhob sich der Widerspruch der Linken. Ich blieb bei meiner Anschauung. Ich bemerkte, wenn meine Anschauung auf Widerspruch stieße, müsse das Haus entscheiden! Darauf sagte Herr Singer am 7. November: „Daß, wenn die Anschauung des Präsidenten auf Widerspruch trifft, ein Beschluß des Hauses herbeigeführt werden muß." Er fuhr fort: „Das ist ganz selbstverständlich." (Hört! hört! rechts.) Ich schlage dasselbe Verfahren ein, das Herr Singer für selbstverständlich erklärt hat. (Stürmischer Widerspruch bei den Socialdemokraten: Das ist doch heute ganz anders.) Ich habe Ihnen bewiesen, daß ich den Antrag auf Tagesordnung zugelassen habe und ihn auch jetzt zulassen würde, wenn kein Widerspruch erfolgt. Der Widerspruch ist erfolgt und selbstverständlich werde ich das Haus entscheiden lassen. (Großer Lärm bei der Opposition. Abg. Gothein stürmt die Tribüne hinauf und spricht heftig auf den Präsidenten ein. Stürmische Rufe: Der Widerspruch ist ja zurückgezogen!)

Vicepräsident **Büsing** (nachdem er mühsam durch fortwährendes Läuten die Ruhe hergestellt hat): „Wird der Widerspruch aufrecht erhalten?" (Abg. Dr. Arendt [Rp.]: Ich halte ihn aufrecht! — Großer Lärm bei der Opposition.)

Vicepräsident **Büsing**: Wir werden über den Widerspruch diskutieren und dann abstimmen lassen, ob ein Antrag auf Tagesordnung in diesem Fall zulässig ist.

Zur Geschäftsordnung erhält das **Wort**

Abg. **Bebel** (Soc.): Wir ziehen nur die Konsequenz Ihres eignen Verhaltens. Sie haben selber festgestellt, daß ein Antrag auf einfache Tagesordnung auch nach Schluß der Diskussion gestellt werden kann. Die beiden Präsidenten, Graf Ballestrem und Büsing haben zu zwei verschiedenen Malen heute einen Antrag auf einfache Tagesordnung für zulässig erklärt, auch gegenüber dem Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte. (Stürmische Zustimmung bei der Opposition. Lärm bei der Mehrheit.) Und nun will Herr Büsing, weil ein beliebiges Mitglied des Hauses Zweifel erhebt, **mit einem Male die Versammlung entscheiden lassen.** (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Es war seine **verdammte Pflicht und Schuldigkeit, selbst zu entscheiden.** (Stürmischer Beifall bei der Opposition. Lärm bei der Mehrheit.)

Vicepräsident **Büsing**: Was meine Pflicht und Schuldigkeit ist, darüber bitte ich mich entscheiden zu lassen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Dies Vorgehen ist einfach unglaublich und wird in der ganzen Welt nicht verstanden werden. Auf diesem Wege kann ja jede Bestimmung der Geschäftsordnung umgestoßen werden. Dann haben wir überhaupt kein Recht mehr. (Erregter Beifall bei der Opposition.) Sie haben gegen uns entschieden, als wir der Meinung waren, daß eine solche Anwendung des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung nicht zulässig war. Jetzt haben wir uns auf den Boden Ihrer Anschauung gestellt und nun erklären Sie das wieder für nicht zulässig. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Wo in der Welt ist jemals ein Parlament gewesen, das ein solches Schauspiel bietet. Der Präsident weiß von vornherein, daß die Mehrheit gegen ihn entscheiden wird. Dieses Urteil von der Mehrheit ruhig entgegenzunehmen, dazu gratulieren wir dem Herrn Präsidenten! Mag er sich desavouieren lassen, **wir haben kein Vertrauen mehr zu ihm.** (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten.) Ich beantrage namentliche Abstimmung. (Erneuter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Schritt für Schritt schreiten Sie weiter auf der Bahn der Ungesetzlichkeit. Ich wundere mich, daß Sie sich nicht vor sich selber schämen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Spahn** (Z.) macht den Vorschlag, die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zu übergeben. Es handle sich doch um sehr gewichtige Bedenken, die heute gegen die Verwendung des Antrages auf Tagesordnung einem formellen Schlußantrage gegenüber laut geworden seien. Die Frage müsse in der Geschäftsordnungs-Kommission ruhig geprüft werden. In diesem Augenblick aber neige er zu der Ansicht, dem heute eingeschlagenen Verfahren treu zu bleiben und die Begründung des Antrags auf Uebergang zur Tagesordnung zuzulassen.

Abg. **Südekum** (Soc.): Sie fürchten sich vor den Konsequenzen der eignen Geschäftsordnungszerstörung, das beweist die Rede des Herrn Spahn. Wenn Sie fortfahren, in dieser Weise Ihre Uebermacht gegen uns zu beweisen, so werden wir die Mehrheit nicht blos bekämpfen, sondern **verachten müssen.** (Bravo! bei den Socialdemokraten. Lärm und Gelächter bei der Mehrheit.)

Vicepräsident Graf **Stolberg** — der inzwischen den Vorsitz übernommen hat — schlägt vor, jetzt darüber abzustimmen, ob nicht zunächst die Angelegenheit der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen werden soll. (Stürmischer Widerspruch links.) Der Widerspruch gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung ist zurückgezogen. (Rufe links: Nein! nein!)

Unter allgemeinem Wirrwarr bekommt schließlich

Abg. **Ledebour** (Soc.) das Wort zur Geschäftsordnung: Es liegt hier gar kein Widerspruch vor. Herr v. Tiedemann hat gar keinen Widerspruch erhoben. Bei einer vorausgehenden Abstimmung hat er allgemeine Bedenken geltend gemacht. Dadurch, daß er diesen Widerspruch nicht aufrecht erhalten, sondern sich an der Abstimmung beteiligt hat, hat er diesem Widerspruch einen rein akademischen Charakter gegeben. In dem Bewußtsein, sich verhauen zu haben, hat Vicepräsident Büsing dann gefragt, ob jemand den Widerspruch aufrecht erhalte. Dadurch, daß er diese Frage gestellt hat, hat er zugegeben, daß ein solcher Widerspruch gar nicht rechtskräftig vorliegt. Als freiwilliger Helfershelfer hat sich dann Herr Arendt gefunden. Das ganze Verfahren des Präsidenten ist **ordnungswidrig.** (Stürmischer Beifall bei der Opposition. Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Halten Sie diese Worte aufrecht?

Abg. **Ledebour**: Ja!

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. **Ledebour** (fortfahrend): Erst Herr Spahn ist dann als Retter in der Not aufgestanden und hat versucht, die Mehrheit herauszureißen. Mehr und mehr wird sich die Ueberzeugung im Volke verbreiten, daß **materieller Interessen wegen das Recht des Reichstags vernichtet wird.** (Stürmischer Beifall bei der Opposition.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Der Widerspruch ist zurückgezogen. (Unterbrechungen bei der Opposition.) Herr Spahn hat beantragt, die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. Wir kommen nun zunächst zur Frage, ob erst über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgestimmt werden soll oder über den Antrag auf Ueberweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission. (Ungeheurer Lärm und allgemeine Verwirrung. — Singer und Bebel rufen: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Ich werde einem Redner für und einem gegen das Wort erteilen. (Abg. Singer: Zur Geschäftsordnung!) Es ist Widerspruch erhoben gegen meinen Vorschlag. Ich werde das Haus entscheiden lassen. Ich bitte, daß diejenigen Herren, die erst über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abstimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Ungeheurer Lärm. Antrick, Bebel und Singer eilen auf die Tribüne zum Präsidenten, um sich zum Wort zu melden.) Ich konstatiere, daß das die Mehrheit ist. (Erneute Unterbrechungen.) Ich habe eben abstimmen lassen, ob wir erst den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung verhandeln wollen oder erst den Antrag, die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. Es ist beschlossen, daß erst der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung verhandelt wird. Dazu hat einer für und einer gegen das Wort. Wer von den Herren (zu den Socialdemokraten) will dafür reden? Bebel oder wer will denn sonst? (Allmählich legt sich die Erregung etwas und das Wort erhält):

Abg. **Bebel** (Soc.): Es ist zweifellos, daß Präsident Graf Ballestrem die Beratung des Zolltarifs am 27. November eröffnet hatte. Hätte Herr Kardorff damals Widerspruch gegen diesen Vorschlag des Präsidenten erhoben, so würde Graf Ballestrem ihn zweifellos zurückgewiesen haben, da Graf Ballestrem bereits erklärt hatte, „ein Widerspruch gegen meinen Vorschlag ist nicht erfolgt". (Sehr richtig! links. Der Antrag Kardorff bezog sich auf eine ganz andre Materie, auf den § 1 des Zolltarif-Gesetzes. Sie haben ihn gegen unsren Widerspruch für zulässig erklärt, aber damit haben Sie nicht entschieden, daß der Antrag Kardorff jetzt zur Verhandlung kommen muß. (Sehr richtig! links.) Vorher muß vielmehr der Tarif erledigt werden. Wenn Sie noch objektiv denken könnten, würden Sie das einsehen. Wir sind ja überzeugt, daß Sie auch hier wieder Gewalt vor Recht gehen lassen werden. Wir werden es uns aber jedenfalls nicht nehmen lassen, vor dem Lande festzustellen, welch schreiendes Unrecht hier Tag für Tag von der Mehrheit verübt wird. Hier paßt in der That das Wort des Dichters: Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. (Lebhaftes Bravo links.)

Das Wort **gegen** den Antrag auf einfache Tagesordnung erhält

Abg. v. **Tiedemann** (Rpt.): Ich begreife nicht die letzten Auseinandersetzungen des Herrn Abg. Bebel. Selbst wenn das Haus einen Beschluß gefaßt hätte, in die Beratung der einzelnen Tarifpositionen einzutreten, so wäre es doch in jeder Minute im stande, diesen Beschluß abzuändern. (Stürmische Zurufe links. Abg. Bebel: Sie haben ja selbst entgegengesetzt entschieden!) Ich bitte Sie den Antrag auf einfache Tagesordnung abzulehnen.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag auf einfache Tagesordnung über den Schlußantrag Normann ergiebt die Ablehnung der einfachen Tagesordnung mit 211 gegen 68 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag v. Normann auf Schluß der Debatte darüber, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff einzutreten ist. Ich bitte, daß diejenigen, welche dafür stimmen, daß ein Beschluß des Hauses vorliegt (Stürmische Unterbrechungen links) — Ich bitte sehr um Entschuldigung — ich bitte, daß diejenigen Herren, welche die Diskussion über die Frage, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff einzutreten ist, annehmen wollen, mit Ja (Stürmische Zurufe links: Zur Fragestellung!) ... Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche dem Schlußantrag über die Geschäftsordnungs-Debatte zustimmen wollen ... (Stürmische minutenlange Unterbrechungen links. Abg. Singer ruft ständig: Zur Fragestellung! Es ist Usus, daß der Präsident, wenn Zweifel über die Fragestellung bestehen, das Wort zur Fragestellung erteilt!) Vicepräsident Graf Stolberg: Wir befinden uns bereits in der Abstimmung! (Rufe links: Nein! Nein! Zur Fragestellung!) Nach minutenlangem Lärm erteilt endlich Vicepräsident Graf Stolberg dem Abg. Singer das Wort.

Abg. **Singer** (Soc.): Ich bin überzeugt, daß hier im Hause außer den Herren, die den Antrag schriftlich formuliert haben, niemand weiß, was eigentlich in dem Antrag steht, den der Präsident soeben verlesen hat. Das kommt davon, wenn Sie Augenblicksanträge formulieren, die dem Hause nicht mal im Druck vorliegen. (Lärm bei der Mehrheit.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort lediglich zur Fragestellung.

Abg. **Singer**: Jawohl, ich komme jetzt darauf. Ich erkläre zur Fragestellung, daß ein Antrag darauf, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, einfach sinnlos ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich bitte, daß, bevor wir zur Abstimmung schreiten, wir den Antrag gedruckt bekommen. (Widerspruch bei der Mehrheit.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Es liegt ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte vor. (Stürmische Rufe bei den Socialdemokraten: Welcher Debatte?) Ich bitte, daß diejenigen Herren ...

Wiederum entsteht minutenlanger Lärm auf der Linken, die Abgg. Singer, Gothein und Brömel verlangen unaufhörlich das Wort zur Geschäftsordnung. In dem Tumult scheint Vice-

präsident Stolberg die Abstimmung durch Erheben von den Plätzen anzuordnen. Abg. Bachem steht auf und winkt seinen Freunden sich von den Plätzen zu erheben. Während das Centrum dem Winke folgt, bleibt die Rechte sitzen. Endlich verschafft sich Vicepräsident Stolberg Gehör.

Vicepräsident Graf **Stolberg-Wernigerode:** Ich habe übersehen, daß diese Abstimmung eine namentliche ist. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich hätte zu diesem Antrag die Unterstützungsfrage stellen müssen, ich habe das nicht gethan, weil ich von selbst annahm, daß der Antrag unterstützt werden würde. (Erneute stürmische Heiterkeit links.)

Der Antrag wird nunmehr genügend unterstützt und die namentliche Abstimmung vorgenommen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes: Der Antrag v. Normann auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte wird bei einer Präsenzziffer von 278 Abgeordneten mit 209 gegen 68 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Vicepräsident Graf **Stolberg:** Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Dr. Spahn-Tiedemann auf Entscheidung der Frage durch die Geschäftsordnungs-Kommission, ob zu einem Antrag auf Vertagung oder Schluß der Debatte der Antrag auf einfache Tagesordnung zulässig ist.

Die Mehrheit erhebt sich zur Unterstützung dieses Antrages.

Vicepräsident Graf **Stolberg:** Die Abstimmung ist eine namentliche. (Lebhafte Zurufe bei den Socialdemokraten.) Ueber den Antrag ist bereits vorher debattiert worden. (Lebhafte Rufe: Nein! Nein! bei den Socialdemokraten. — Abg. Brömel und mehrere andre Abgeordnete verlangen das Wort.) Ich habe das Haus gefragt, ob die Abstimmung über diesen Antrag vor der Abstimmung auf einfache Tagesordnung vorgenommen werden sollte oder nach dieser Abstimmung. Darauf hat sich das Haus dahin entschieden: Zuerst sollte die Abstimmung über die einfache Tagesordnung erfolgen, dann die Abstimmung über die Verweisung an die Kommission. (Abg. Singer ruft erregt: Nein! — Mehrere socialdemokratische Abgeordnete verlangen das Wort zur Abstimmung. Allgemeine große Unruhe. Auf der rechten Seite und im Centrum erhebt sich ein lärmender, immer lauter anschwellender Tumult. Der lebhafte Widerspruch der Linken dauert fort. Vicepräsident Graf **Stolberg** läutet andauernd mit der Glocke, ohne daß ihre Töne in dem stürmischen Lärm durchdringen. Endlich verschafft sich der Vicepräsident mühsam ein wenig Gehör.)

Vicepräsident Graf **Stolberg:** Wir befinden uns in der Abstimmung. (Erneuter stürmischer Widerspruch b. d. Soc.) Wenn Sie sich über meine Geschäftsordnung beschweren wollen, so können Sie morgen protestieren. (Erregte Zurufe bei den Soc.: Nein! — Wieder erhebt sich lauter Widerspruch der Linken. Abg. Hoch (Soc.) ruft andauernd: Debatte! Debatte! Auch Abg. Singer (Soc.), der sich auf der Treppe zur Rednertribüne aufgestellt hat, ruft wiederholt, zum Vicepräsidenten gewandt: Debatte! Fragestellung!) Der Vicepräsident wiederholt: Wir sind in der Abstimmung! (Abg. Singer ruft Nein! Nein! Wieder erschallen von den Bänken der Socialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung stürmische Rufe des Protests und der Entrüstung. Abg. Singer apostrophiert andauernd den Vicepräsidenten, indem er mit erregtem Ton das Wort verlangt. Der Lärm bei der Mehrheit schwillt immer brausender an. Andauerndes Läuten der Glocke.)

Vicepräsident Graf **Stolberg** will die namentliche Abstimmung eröffnen und sagt: Ich bitte, daß diejenigen Herren — — (Erneute stürmische Zurufe bei den Socialdemokraten: Debatte, Debatte! Wieder erhebt sich ein ungeheurer Tumult. Vicepräsident Graf Stolberg schwingt fortwährend in aufgeregter Weise die Glocke, ohne daß der Lärm im geringsten abnimmt. Endlich fliegt die Glocke dem Vicepräsidenten aus der Hand und fällt vor dem Tische des Präsidenten klirrend zur Erde nieder. Die Socialdemokraten nehmen dies Ereignis mit Händeklatschen und stürmischer Heiterkeit auf. Ein Schriftführer verläßt seinen Platz, hebt die Glocke auf und giebt sie dem Präsidenten zurück, der sofort aufs neue zu läuten beginnt, **aber die Glocke giebt nur noch ganz leise blecherne Töne von sich.** Wieder hört man von den Bänken der Socialdemokraten stürmische Rufe ertönen: Debatte! Debatte! Auf den Bänken der Mehrheit erhebt sich ein ungeheurer Lärm, minutenlang dauert das wilde Getöse bei der Mehrheit fort. Plötzlich erheben sich sämtliche Konservative und Centrumsleute auf einen Schlag und wenden sich mit brausenden Zurufen zum Vicepräsidenten. Einzelne Worte sind in dem wüsten Tumult nicht zu verstehen. Von den Bänken der Socialdemokraten erschallt es fortgesetzt: Debatte! Debatte! Vicepräsident Graf **Stolberg hat zu läuten aufgehört und sitzt schweigend auf dem Präsidentenstuhl.**

Während dessen haben die Schriftführer begonnen, zur namentlichen Abstimmung die Stimmzettel einzusammeln. Die Einsammlung erfolgt unter andauernder Bewegung des Hauses. Immer von neuem verlangen die Socialdemokraten das Wort zur Geschäftsordnung. Vicepräsident Graf Stolberg redet auf sie ein, ohne daß seine Worte zu verstehen sind. Als er nach einer Weile die Abstimmung für geschlossen erklärt, ertönen demonstrativer Beifall der Mehrheit und erneute Protestrufe links. Die socialdemokratischen Abgeordneten beteiligen sich an dieser Abstimmung nicht.

Vicepräsident Graf **Stolberg** verkündet unter verhältnismäßiger Ruhe das Abstimmungsergebnis. Gestimmt haben 229 Mitglieder und zwar 227 mit Ja, 2 enthalten sich. Der Antrag Spahn-Tiedemann ist also der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen. (Die Unruhe wächst wieder.)

Abg. **Singer** (Soc., zur Geschäftsordnung): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir gegen die eben vorgenommene Abstimmung Protest einlegen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wir betrachten die Abstimmung als nicht vorhanden. Der Präsident hat erklärt, der Antrag hätte zur Diskussion gestanden und wäre debattiert. (Ruf rechts: „Ist auch der Fall gewesen!") Nein, das ist nicht der Fall gewesen. Das geht schon daraus hervor, daß der Präsident erst die Unterstützungsfrage gestellt hat, als es zur Abstimmung ging. Man kann aber nicht über einen Antrag debattieren, bevor die Unterstützungsfrage gestellt ist. Wollen Sie diesen Bruch der Geschäftsordnung noch in ihr Bouquet stecken, wir haben nichts dagegen. (Großer Lärm rechts.) Der Beschluß, zu dem sich der Präsident hergegeben hat, ist rechtsunwirksam. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition. Großer Lärm bei der Mehrheit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Stolberg:** Ich rufe den Redner zur Ordnung. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. **Singer** (fortfahrend): Der Beschluß ist rechtsungültig, weil die geschäftsordnungsmäßige Form nicht innegehalten worden ist. Daß der Präsident vor der Abstimmung die Unterstützungsfrage stellt, ist im deutschen Reichstage noch nicht vorgekommen. Auch dieses Vorkommnis kann ich nur Ihrer Zolltarifwut zuschreiben. Der Präsident hat nicht einmal den Antrag verlesen, bevor er zur Abstimmung gekommen ist. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Sie schlagen der Wahrheit ins Gesicht mit diesen Behauptungen. Sie können durch Ihre Gewaltpolitik doch nicht offenkundige Thatsachen ins Gegenteil verkehren. Ebenso können Sie auch dekretieren: „schwarz ist nicht schwarz, sondern weiß." Wenn der Präsident die Geschäftsordnung achten will, muß er den Antrag zur Diskussion stellen, nachdem er vorher die Unterstützungsfrage gestellt hat. Erst nach der Debatte kann abgestimmt werden. (Beifall bei der Opposition.)

Vicepräsident Graf **Stolberg:** Ich habe bereits erklärt, daß der Beschluß rechtskräftig gefaßt ist. (Vielfache Pfui-Rufe bei der Opposition.) Diejenigen Abgeordneten, die Pfui gerufen haben, rufe ich zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Nach einer Pause

Vicepräsident Graf **Stolberg:** Einem mehrfach an mich gerichteten Wunsch entsprechend, schlage ich vor sich zu vertagen und beraume die nächste Sitzung auf morgen 12 Uhr an. (Widerspruch bei den Socialdemokraten. Rufe: „Anberaumen?") Pardon, ich wollte sagen, ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen 12 Uhr zu halten.

Abg. **Singer:** Das muß doch erst beschlossen werden!

Vicepräsident Graf **Stolberg:** Ich schließe die Sitzung.

Schluß 9½ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Wahlsiege.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen haben wir nicht bloß eine stattliche Anzahl Mandate gewonnen, sondern, wie schon erwähnt, ist auch unsre Stimmenzahl ganz erheblich gewachsen. Es wurden socialdemokratische Stimmen abgegeben:

	1893	1896	1899	1902
	2258	3228	4269	5946
auf 1000 gültige Stimmen	254	311	372	432

Noch ein solcher Schritt nach vorwärts und die Socialdemokratie repräsentiert in den beiden in Frage kommenden, die Masse der Wähler umfassenden Körperschaften die Mehrheit aller Wahlstimmen. Von 18 295 Wahlberechtigten stimmten 13 778 ab.

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen in Magdeburg wurde ein Genosse gewählt. In Stichwahl standen sechs.

Im Königreich Sachsen wurden gewählt in Königsbrück ein Parteigenosse, in Radebeul gleichfalls einer und in Kleinnaundorf zwei. Ferner zwei Genossen in Vogtsberg bei Oelsnitz und einer in Brunndöbra.

In Frankenhausen in Schwarzburg-Rudolstadt wurden vier Parteigenossen gewählt, in Wenigenjena bei Jena eroberten die Parteigenossen von sechs streitigen Mandaten drei und vermehrten damit ihre Mandate um zwei.

Parteipresse. Genosse Robert Albert-Zwickau, bisher am „Sächsischen Volksblatt", trat in die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme" ein.

Reichstags-Kandidaturen. Für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis wurde Genosse Weinheber aus Hamburg wieder aufgestellt. Für den 13. badischen Kreis kandidiert Genosse Horter aus Mannheim.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **In einer Versammlung in Staßfurt** soll der Parteigenosse Langhorst aus Staßfurt Beamte der Staßfurter Bergverwaltung beleidigt haben. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Korporation und Handelskammer.

Von dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller die Mitteilung, daß anläßlich der bevorstehenden Wahlen für das Aeltestenkollegium der Gesamtvorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und der Centralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine in ihren Sitzungen einstimmig beschlossen haben, für die Wiederwahl der gleichzeitig der Handelskammer und dem Aeltestenkollegium angehörenden 15 Mitglieder einzutreten.

Im Anschluß hieran empfehlen die Vorstände ihren Mitgliedern zugleich die Wahl der übrigen Kandidaten, die auf derselben Liste stehen.

Vom Berliner Arbeitsmarkt. Nach der Statistik des Centralvereins für Arbeitsnachweis belief sich im Monat Oktober bei 65 von Arbeitnehmern unterhaltenen Arbeitsnachweisen die Zahl der Neumeldungen Arbeitsuchender auf 9351 (gegen 8286 im Oktober v. J.), als Arbeitskraft verlangt wurden 6040 (4121) Personen, besetzt wurden 4892 (3497) Stellen. Am größten war im Vergleich zum vorigen Jahr das Arbeitsangebot in der Metall- und Maschinenbranche, der Holzindustrie und bei den jungen Kaufleuten. Von männlichen im Handelsgewerbe thätigen Personen liefen z. B. nicht weniger als 866 Neuanmeldungen ein (im Oktober vorigen Jahres 968), verlangt wurden 293 Personen und die Zahl der besetzten Stellen beträgt nur 148.

Bei den paritätischen Arbeitsnachweisen betrug die Zahl der Neuanmeldungen 7335 (6353), der verlangten Arbeitskräfte 6357 (4797), der besetzten Stellen 4571 (3368). Günstiger stellen sich die Ziffern der von Arbeitgebern unterhaltenen Arbeitsnachweise. Bei diesen erfolgten im Oktober 5056 (5204) Neumeldungen, während die Zahl der verlangten Personen 4980 (3896) und die Zahl der besetzten Stellen 4911 (3836) betrug.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Verband deutscher Hoteldiener. Ein Delegiertentag der Hoteldiener-Vereine von Berlin, Bremen, Kassel, Chemnitz, Dortmund, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hagen, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Essen, Barmen und Dresden tagte vom 27.—29. November in Hannover. Nur gegen die Stimmen der Delegierten des Vereins der Hoteldiener in Leipzig wurde die Gründung eines Centralverbandes und nach einem Referat des Genossen Röske-Hamburg der Anschluß des neuen Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen. Der Centralverband zählt 947 Mitglieder, als Vorsitzender wurde Dilting-Berlin gewählt, dem auch fernerhin die Redaktion des zum Verbandsblatt bestimmten bisherigen Berliner Organs „Der Hoteldiener" übertragen bleibt. Als Hauptaufgabe stellt sich die neue Organisation die Pflicht der Regelung der Arbeitszeit und die Beseitigung der Stellenvermittelung durch Kommissionäre, deren Ausbeutung heute am stärksten die Hoteldiener unterliegen.

Die Verhandlungen zeigten starken erwachenden gewerkschaftlichen Geist. Wir wünschen der jungen Organisation, die ein weites Arbeitsfeld vorfindet, Glück zu weiteren Kämpfen und Erfolgen.

Ausland.

Zum Seemannsstreik in Marseille. Die Besatzungen der Küstenfahrzeuge haben mit den Ausständigen gemeinsame Sache gemacht. — Der Dampfer „Magali" ist Montagabend mit einer aus 6 Kapitänen und 6 Maschinisten bestehenden Bemannung nach Nizza abgegangen. 600 hier vergebens auf Fahrgelegenheit wartende Reisende hielten ein Protestmeeting ab, in welchem die Absendung eines Protest-Telegramms an den Ministerpräsidenten Combes beschlossen wurde.

Blei- und Zinkarbeiterstreik in Amsterdam. Am Sonntag haben die Blei- und Zinkarbeiter Amsterdams beschlossen, bei allen Unternehmern, welche die Forderung eines Minimallohnes von 25 Cent per Stunde nicht bewilligt haben, die Arbeit niederzulegen. An dem Streik sind 300 Arbeiter beteiligt. Zehn Unternehmer haben die Forderungen anerkannt. Die zur Zeit bestehende Föderation der Organisationen der baugewerblichen Arbeiter hat den Streikenden kräftigste moralische und finanzielle Unterstützung zugesagt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Monstreprozeß wegen Landfriedensbruchs fand gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht II nach zweitägiger Verhandlung seinen Abschluß. Wegen des großen Umfanges des aufgebotenen Apparates fand die Verhandlung im kleinen Schwurgerichtssaale statt. Hier füllten 32 Angeklagte — sämtlich aus Neu-Weißensee — die Anklagebank, die Geschwornenbänke und einen Teil der Zeugenplätze. Die Angeklagten waren nur zum Teil erwachsen, in der Mehrheit waren es Schulbuben bis herab an die äußerste Grenze der Strafmündigkeit. Der Anklage, welche den Titel „Reinhold Steuer und Genossen" führte, lag folgender Thatbestand zu Grunde: In dem Hause des Eigentümers und Molkereibesitzers Franz Reichart in Neu-Weißensee, Sedanstr. 29, wohnte der Arbeiter Pertu mit seiner Frau und sechs Kindern. Am 1. Juli sollte die Familie ziehen, die Wohnung war rechtzeitig gekündigt und die Kündigung auch angenommen worden, aber die Leute weigerten sich, die Wohnung zu räumen und machten auch noch am 2. Juli keine Anstalten dazu, als die neue Mietspartei einziehen wollte. Nun ging der Hauswirt gewaltsam vor. Als Frau Pertu, die im Bette lag, erklärte, sie könne nicht ziehen, da sie nervös und ihr Ehemann auf Arbeit sei, holte er drei junge Leute herbei, mit deren Hilfe er die Wohnung auszuräumen begann. Die Frau sah sich nun genötigt, aufzustehen, und nun dauerte es nur wenige Minuten, bis die Frau mit den Kindern auf der Straße lag. Seinen Helfern zahlte er 3 M., wofür er den Exmittierten einen Korb mit Wäsche einbehielt. Die Straße wurde zur Zeit gerade gepflastert und so fielen die Thränen der jammernden Frau bei den Steinsetzern auf fruchtbaren Boden. Es entstand eine allgemeine Entrüstung, die Steinsetzer stießen Drohungen gegen den Hauswirt aus, im Handumdrehen hatte sich eine Menschenmenge angesammelt und bald fiel ein Steinhagel auf das Haus, für welchen die aufgerissene Straße schätzbares Material lieferte. Die Wurfschützen rekrutierten sich fast sämtlich aus den Kreisen der lieben Schuljugend. Im Hause blieb keine Glasscheibe ganz, auch im Innern wurden diverse Möbelstücke durch Steinwürfe beschädigt. Schließlich erschien ein Gendarm auf dem Platze, der aber allein der wütenden Menge gegenüber nichts auszurichten vermochte. Dazwischen hatte eine Sammlung stattgefunden, die 9 M. ergab, welche der Frau behändigt wurden. Ein Herr schaffte einen Berg belegter Stullen heran zur Sättigung der Kinder, während ein gegenüber wohnender Molkereibesitzer warme Milch spendete. Gegen 9 Uhr kam der Ehemann von der Arbeit heim und drang sofort mit einigen Leuten in die Wohnung des Reichart und verlangte kategorisch sofortige Wiederaufnahme in die Wohnung. Der Arbeiter Nowasinski, der in demselben Hause wohnte, verlangte vom Hauswirt die für den Juli bereits im voraus gezahlte Miete von 18 M. heraus, weil er sofort ausziehen wolle, denn bei einem Menschen, der arme Leute auf die Straße setze, möge er keine Stunde mehr wohnen. Wohl oder übel mußte der Hauswirt in die Tasche greifen und die Miete herauszahlen, wofür der stürmische Mieter eine Anklage wegen Nötigung erhielt. Auf Requisition des Hauswirtes erschien nach 10 Uhr abends die Feuerwehr, welche die Pertusche Familie fortschaffte, die dann unter Mithilfe der Menge an andrer Stelle ein Unterkommen fand. Am nächsten Morgen wiederholte sich der Krawall, wobei sich eine Frau Hinzalowski besonders hervorthat. Ein starkes Aufgebot von Gendarmen machte dem Krawall am nächsten Tage ein baldiges Ende. Der Hauswirt Reichart, der übrigens wegen Verleitung zum Meineide gegenwärtig in Untersuchungshaft sitzt, hat für die Renovation seines Hauses 500 M. bezahlen müssen. Soweit die Rekognition der Angeklagten gelang, wurden diese verurteilt und zwar Nowasinski zu zwei Monaten, seine Frau ebenfalls, Frau Hinzalowski zu sechs Monaten Gefängnis; alle übrigen Bestrafungen schwankten zwischen drei Monaten und drei Tagen Gefängnis. Ein Teil der Angeklagten wurde wegen unzureichender Rekognition freigesprochen. Zu den Freigesprochenen gehörte auch Pertu samt seiner Frau, die sofort aus der Untersuchungshaft entlassen wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausstand von Apothekergehilfen.

Lemberg, 2. Dezember. (W. H.) Die hiesigen Apothekergehilfen beschlossen, am Freitag, den 5. d. M., in den Ausstand zu treten. Hiervon wurde der Sanitätschef der Statthalterei verständigt. Gleichzeitig wurde beschlossen, der Regierung ein Memorandum, enthaltend die Forderungen der Apothekergehilfen, zu überreichen.

Aus der Arbeiterbewegung Rußlands.

Petersburg, 2. Dezember. (W. T. B.) Der „Regierungsbote" meldet: Am 17. November stellten ungefähr 3000 Arbeiter der in Rostow am Don gelegenen Werkstätten der Wladikawkas-Eisenbahn die Arbeit ein. Sie verlangten von der Eisenbahn-Verwaltung eine Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Entlassung einiger Meister und erklärten zugleich, die Arbeit nur dann wieder aufzunehmen, wenn die genannten Forderungen erfüllt würden. Die Eisenbahndirektion erklärte hierauf, die Forderungen dem Eisenbahnminister mitzuteilen. Da die Arbeiter anfangs zurückhaltend waren, wurden besondere Maßnahmen gegen sie nicht ergriffen. Am 20. November wurde den ausständigen Arbeitern die Verfügung des Ministers bekannt gegeben, daß die Forderungen nicht beachtet würden, weil die Arbeit eingestellt worden sei, ohne daß die Arbeiter auf gesetzlichem Wege versucht hätten, ihre Rechte zu vertreten. Die Arbeiter wurden hierauf aufgefordert ihre Abrechnung zu machen und sich anderweitig Arbeit zu suchen. Schon zu Beginn des Ausstandes waren bei den Arbeitern gedruckte Proklamationen bemerkt worden, welche die Unterschrift trugen „Donsches Comitee der russischen socialdemokratischen Arbeiter-Partei". In den Proklamationen waren die obengenannten Forderungen mit dem Aufruf zum Ausstande enthalten. An den folgenden Tagen verstärkte sich die Verbreitung der Proklamation und die Arbeiterbewegung dehnte sich auf mehrere Fabriken des Ortes aus. Infolgedessen wurden am 21. November fünf Aufrührer festgenommen, bei denen man ebenfalls eine große Anzahl der Proklamationen vorfand. An den beiden folgenden Tagen fanden in der am Temernitzi-Stadtteil von Rostow gelegenen Schlucht Arbeiterversammlungen statt. Die Eisenbahnbehörde setzte den Arbeitern als endgültigen Termin den 24. November fest und erklärte ihnen, daß sie entlassen würden, falls sie bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. An demselben Tage wurden sechs Rädelsführer verhaftet. Um weitere Versammlungen zu verhindern, wurde in die genannte Schlucht eine Sotnie Kosaken gelegt. Trotzdem begannen am Morgen des 24. November in einer angrenzenden Schlucht unter starker Beteiligung Arbeiterversammlungen; den Aufforderungen der Polizei, auseinander zu gehen, wurde kein Gehör gegeben. Im Laufe des Tages versuchten berittene Kosaken vergebens, die Ausständigen zu vertreiben; die Arbeiter empfingen die Kosaken mit einem Steinhagel, wobei ein Offizier, 9 Kosaken, letztere schwer, und ein Polizei-Aufseher verwundet wurden. Die Arbeiter sammelten sich in kleinen Gruppen an und verübten Ausschreitungen gegen das Militär, obwohl der Kommandeur drohte, von der Waffe Gebrauch zu machen. Als die Ausschreitungen ihren Höhepunkt erreichten, erhielt eine halbe Sotnie Kosaken zu Fuß den Befehl, zu feuern, worauf der Arbeiterhaufe flüchtete und zwei Tote und 10 Verwundete auf dem Platze ließ. Von diesen Verwundeten sind zwei im Hospital gestorben.

Der Ausstand der in den Rostower Werkstätten beschäftigten Arbeiter fand Wiederhall bei den Arbeitern der Stationen Tichoretzkaja. Diese stellten die Arbeit am 28. November ein, verließen ihre Werkstätten und sammelten sich an. Der Haufen stellte, angeführt von Aufrührern (?) aus Rostow, die gleichen Forderungen wie die Arbeiter in Rostow. Am 29. November wurde den Ausständigen vom Chef des Kubanschen Gebiets persönlich erklärt, daß jede Ansammlung untersagt sei. Trotzdem versammelten sich am folgenden Tage an tausend Arbeiter, die ungeachtet wiederholter Ermahnungen nicht auseinander gingen, dem Militär mit Steinwürfen begegneten, zwölf Kosaken verwundeten und einen Offizier mit einem Beil die Hand durchhackten. Nach Erschöpfung aller Mittel zur Beruhigung der Menge sah sich der Kommandeur gezwungen, erst mit blanker Waffe vorzugehen und sodann Feuer zu geben, worauf der Haufe auseinanderlief und **zwei Tote,** sieben Schwer- und zwölf Leichtverletzte zurückließ. 102 Personen, die Widerstand leisteten, wurden arretiert. Ueber die Ursachen dieser Arbeiterbewegung ist eine besondere Untersuchung eingeleitet worden.

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. **Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.**

Reichstag.

228. Sitzung. Dienstag, den 2. Dezember 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch Kommissare.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt. Die Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des Antrages v. Kardorff dauert fort.

Abg. **Pachnicke** (frs. Vg.):

Die gestrige Rede des Herrn v. Kröcher war zwar nicht nach ihrem geistigen Niveau, wohl aber in ihrer politischen Tendenz derart bedeutungsvoll, daß ich mich zunächst mit ihr beschäftigen muß. Herr v. Kröcher hat in einem äußerlich gemütlichen Tone verraten, wohin er die Mehrheit des Reichstages zu führen wünscht. Er hat zwar seine Pläne nicht direkt auseinandergesetzt, aber mit seinen Worten, daß die Socialdemokratie nicht Subjekt, sondern nur Objekt der Gesetzgebung sein könne, hat er für uns genug angedeutet. Wir wissen seine Worte genau zu deuten: das klang nach Socialistengesetz, nach Umsturzgesetz, nach Abänderung des Wahlrechtes und noch weiteren Verletzungen der Geschäftsordnung! (Sehr richtig! links.) Und das alles geschah anscheinend so leichtherzig, so nonchalant, als ob Herr v. Kröcher beim Skatspiel säße und nebenher ein Todesurteil unterzeichnete. (Sehr gut! links.) Seine Parole scheint zu sein: heute Staatsstreich, morgen Fasanenjagd, aber noch besser: erst die Fasanenjagd und dann der Staatsstreich! Das ist der Typus des preußischen Kleinadels, der Typus des Reaktionärs, aus ihm spricht seine junkerliche Gesinnung, die vor keinem Gewaltmittel zurückschreckt. Das ist der Geist oder die **Geistlosigkeit jener Kaste**, deren Ansprüche in der modernen Zeit in einem immer größeren Mißverhältnis zu ihren Leistungen stehen. Jene Leute merken nicht, daß die Welt um sie herum sich geändert hat, sondern sie sagen einfach: die Kanaille wird füsiliert, oder, um den geschmackvollen **Ausdruck** der **„Kreuz-Zeitung“** zu gebrauchen: **„Der Bestie muß der Zaum angelegt werden!“** (Unruhe rechts.) Die Rede des Herrn v. Kröcher war ja nicht allein für uns bestimmt, sie zielte auf eine andre Stelle. Deshalb würde es im Lande nicht verstanden werden, wenn nur von socialdemokratischer und nicht auch von freisinniger Seite dagegen Verwahrung eingelegt würde.

Herr v. Kröcher sprach von „leisen Bedenken“ des Präsidenten Grafen Ballestrem gegen die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff. In Wirklichkeit hat diese autoritativste Stelle des Reichstags sehr gewichtige Bedenken gegen den Antrag v. Kardorff ausgesprochen. Herr v. Kröcher springt mit der Socialdemokratie sehr cavaliérement um; er hat eine merkwürdige Meinung von der Art und Weise, wie man 2 Millionen deutscher Wähler behandeln kann. Er hat einen Vergleich gezogen mit französischen Zuständen. In Frankreich aber hat kürzlich Waldeck-Rousseau den Staat gerettet gegen eine Koalition der Klerikalen und Konservativen, die den Staatsstreich herbeiführen wollten. An Herrn Richters Rede war das bemerkenswerteste, daß sie nach dem Antrag Kardorff gehalten wurde. (Sehr richtig! bei der Freis. Vg.) Man mag einzelne Schachzüge der Minorität nicht billigen, jedenfalls hat sie nicht, wie der Antrag Kardorff, den gesetzlichen Weg verlassen. Selbst einzelnen nationalliberalen Gemütern außerhalb dieses Hauses hat der Antrag Kardorff einen Schrei der Empörung entrissen. Herr Richter aber sagte, es müsse eine jammervolle Mehrheit sein, die sich so etwas, wie das Vorgehen der Minorität gefallen ließe. Damit hat Herr Richter das Vorgehen der Majorität gewissermaßen gerechtfertigt. In der That beruft sich die Mehrheit jetzt in ihrer Presse auf Herrn Richter, und das ist das Bedauerliche für uns. (Sehr richtig! bei der Freis. Vereinigung.) Es ist zweifellos, daß die Mehrheitsparteien sich unter allen Umständen geeinigt hätten, wer das nicht glaubte, unterschätzte die agrarische Gewinnsucht. (Sehr richtig! bei der Freisinnigen Vereinigung.) Schon an der Art, in welcher die Abweisung des Antrags Barth auf Vertagung der Verhandlungen über die Zolltarif-Vorlage seitens der Mehrheit erfolgte, mußte jeder Einsichtige erkennen, daß die Mehrheit fest entschlossen war, sich zu einigen. Was soll das ganze Gerede über Obstruktion? Nach der Schärfe des Angriffes richtet sich das Maß der Abwehr. Wir wollen eine gründliche Beratung, die der Antrag Kardorff umgehen will. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir haben nichts zu entschuldigen, nichts zurückzunehmen. Herr Richter meint, eine kurze Obstruktion sei gestattet, eine lange nicht. Bei der Branntweinsteuernovelle hat die Freisinnige Volkspartei ganz unbestreitbar die Obstruktion mitgemacht, um wie viel mehr Berechtigung aber hat eine Obstruktion bei diesem für das ganze Wirtschafsleben so überaus wichtigen Zolltarif. (Sehr wahr! bei der Freisinnigen Vereinigung.) Und wie gesagt, wir fordern ja nur eine gründliche Beratung, die in der Kommission nicht stattgefunden hat. Hat sich doch sogar Herr Speck in der Kommission einmal darüber beschweren müssen, daß ihm das Wort durch einen Schlußantrag abgeschnitten werde. (Hört! hört! links.) — Nun zu Herrn Sattler. Die nationalliberale Partei soll die Obstruktion getrieben haben. Wenn das nur mit der historischen Wahrheit übereinstimmte. Wir haben doch bei der lex Heinze die Obstruktion sogar gemeinsam verabredet. (Hört! hört! links.) Wir sind Augenzeugen der nationalliberalen Obstruktion gewesen. Herr **Bassermann** hat ja sogar eine **programmatische Erklärung** über die Haltung seiner Freunde **am 18. Mai 1900 abgegeben.** Er sagte **wörtlich** nach dem amtlichen Stenogramm. „Die Voraussetzung unsrer Beteiligung an den Verhandlungen **und Abstimmungen** ist die, daß das Gesetz des Hauses in keiner Weise **verletzt** und die Geschäftsordnung aufrecht erhalten wird.“ (Lebhaftes Hört! hört! links.) Freilich die Motive lassen sich nicht immer erkennen und Herr Sattler hat uns ja gestern gesagt, nicht wie wir dachten die allgemeine Bewegung, welche durch das Volk ging, hat das Schicksal der lex Heinze besiegelt, sondern der Hunger nach der Suppe. (Große Heiterkeit links, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Wie verträgt sich die jetzige Stellung der Nationalliberalen mit den Worten des Herrn Bassermann **auf dem Eisenacher Parteitag:** Die Zeiten eines Kartells mit den Konservativen sind vorüber, **man muß die liberalen Grundsätze schärfer betonen.** (Sehr wahr! links.)

Herr Bassermann meinte, der Antrag sei schon deshalb zulässig, weil der Präsident ihn zugelassen habe. So wirft man sich den Ball gegenseitig zu. **Graf Ballestrem appelliert an die Mehrheit und der Führer der Mehrheit beruft sich auf den Grafen Ballestrem.** (Sehr gut! links.) Mich wundert, daß bisher nicht in genügender Weise eingegangen ist auf die Beteiligung der Person des deutschen Kaisers an diesem Gesetzgebungswerk. Der Kaiser kann das Gesetz nicht vollziehen, wenn es nicht in gesetzmäßiger Form im Reichstage zu stande gekommen ist. Demgegenüber ist es die Aufgabe des deutschen Liberalismus, die schärfste Opposition durchzuführen. Daß wir in diesem Kampf gemeinsam mit der Socialdemokratie, mit deren kommunistischen Tendenzen wir nichts gemein haben, gehen, macht uns in unsrer Opposition nicht im geringsten irre. (Sehr gut! bei der Freisinnigen Vereinigung.) Ist etwa nicht auch die Freisinnige Volkspartei in zahlreichen Fällen Hand in Hand mit der Socialdemokratie gegangen? Hat man damals das Bild vom Schleppkau angewandt? Nein, daran hat früher niemand gedacht. Warum soll es jetzt plötzlich anders werden?

Die jetzige Taktik der Mehrheitsparteien entwertet den Tarif, selbst wenn er zu stande kommen sollte. Ein Tarif, der auf die jetzt angestrebte Manier beschlossen wird, kann bei den Vertragsverhandlungen gegenüber dem Auslande sehr wenig Autorität beanspruchen. Die gemachten Fehler beginnen mit der verspäteten Einbringung des Tarifs seitens der Regierung. Heute ist die Situation so verfahren, daß auf ordnungsmäßigem Wege der Tarif nicht mehr zu stande kommen kann. Der tiefste Grund der gegenwärtigen Krise aber liegt in der schwächlichen Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber der agrarischen Agitation. Es rächt sich jetzt, daß man von oben die Aspirationen der Agrarier stets begünstigt hat. Nur Kraft imponiert diesen Herren, Kraft zwingt sie nieder — aber Nachgiebigkeit reizt sie zu immer höheren Ansprüchen. Diese Politik steht jetzt vor dem Zusammenbruch (Oho! rechts), darum greifen Sie (nach rechts) jetzt zu den alleräußersten Mitteln. Die Nationalliberalen machen die ganze Politik der Vergewaltigung mit. Vorläufig ist es aber anders gekommen, als jene Herren wollten. Sie mochten an das Wort des Dichters denken: „Und wenn es glückt, dann ist es auch verziehen!“ Noch aber ist es nicht geglückt, wir stehen noch immer in den Anfangsstadien der zweiten Lesung. Lassen Sie sich eines Besseren belehren. Ziehen Sie den Antrag zurück! Noch ist es Zeit, aber bald wird es zu spät sein. (Beifall links.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Es ist ein Antrag auf **Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte** eingegangen (Große Unruhe links), unterzeichnet vom Abg. v. Kardorff, unterstützt durch 81 andre Abgeordnete.

Abg. **Singer** (Soc.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Präsident Graf **Ballestrem:** Ueber Anträge, welche auf Schluß oder Vertagung lauten, findet keine Diskussion statt, sondern es wird über sie einfach abgestimmt.

Abg. **Singer:** Zur Geschäftsordnung wünsche ich das Wort!

Präsident Graf **Ballestrem:** Zur Geschäftsordnung habe ich dem Abg. Singer nur das Wort zu erteilen, wenn er einen Antrag in Bezug auf die Art der Abstimmung stellen will.

Abg. **Singer:** Ich beantrage über den Antrag v. Kardorff Uebergang zur Tagesordnung und bitte dazu um das Wort zur Begründung.

Präsident Graf **Ballestrem:** Sie beantragen Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag?

Abg. **Singer:** Jawohl.

Präsident Graf **Ballestrem:** Herr Abg. Singer beantragt Uebergang zur einfachen Tagesordnung über den Antrag auf Schluß der Debatte. (Abg. v. Kröcher[R.] bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.) Ich wiederhole: es ist ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Sie müßten ebenso kurz sprechen wie Herr Singer. (Abg. von Kröcher: Dann verzichte ich.) Ein Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung ist stets zulässig, deshalb kann ich ihn nicht abweisen. Wir werden also einen Redner für und einen Redner gegen diesen Tagesordnungsantrag hören. Zur Begründung des Antrags hat das Wort der Herr Abgeordnete Singer.

Abg. **Singer** (Soc.):

Ich habe den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schluß-Antrag des Abg. v. Kardorff gestellt, weil der Präsident erklärte, er könne mir das Wort nur in Bezug auf die Art der Abstimmung erteilen. Ich möchte zunächst die Erklärung abgeben, daß nach meiner Ueberzeugung ein Antrag auf Schluß einer Geschäftsordnungs-Debatte an sich sinnlos ist (Zustimmung bei den Socialdemokraten), sinnlos deshalb, weil Ihnen durch die That bewiesen werden wird, daß, falls Sie in Ihrer Verblendung so weit gehen, diesen Antrag anzunehmen, er sofort hinfällig wird dadurch, daß die jetzt noch auf der Rednerliste stehenden Redner sich sofort wieder zur Geschäftsordnung melden. Daß Sie das nicht verhindern können, das liegt auf der Hand; das werde ich Ihnen kurz nachweisen. Herr v. Kröcher hat gestern darüber geklagt, daß die Epigonen der früheren Führer nicht an ihre Vorgänger heranreichten. Zweifellos hatte er damit recht, aber daß diese Epigonen eine so eklatante Bestätigung dieser Behauptung so bald liefern würden, daran hat er wahrscheinlich selbst nicht gedacht. Ich wenigstens habe den Herren noch den Rest von Verständnis zugetraut, daß sie sich nicht ganz darum bringen werden, als vernünftige Leute betrachtet zu werden. Daß ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnung sinnlos ist, ist bereits von den Leuten in Preußen erkannt worden, die das erste Mal eine Geschäftsordnung für eine parlamentarische Körperschaft beraten haben. In der konstituierenden Nationalversammlung für Preußen im Jahre 1848 tauchte die Frage auf und wurde dahin entschieden, daß das Wort zur Geschäftsordnung **jederzeit** erteilt werden müsse. Aus dieser Geschäftsordnung sind dann die Geschäftsordnungen des preußischen Landtages, des Norddeutschen Bundes und des Reichstages hervorgegangen, in denen die Frage in derselben Weise geregelt ist. Diejenigen, als deren Epigonen Herr v. Kröcher sich und seine Freunde bezeichnet hat, sind auch der Meinung gewesen, daß ein Schluß der Geschäftsordnungsdebatte sinnlos sei. Ich habe hierfür einen außerordentlich bezeichnenden Präcedenzfall, der sich am 12. Oktober 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes zugetragen hat. Es wurde ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte eingebracht von dem Abg. v. Weltzien. Herr v. Unruh bemerkte damals, daß ein solcher Antrag noch **niemals zugelassen** sei, es stehe ja auch jedem Abgeordneten frei, wieder das Wort zur Geschäftsordnung zu verlangen. Das war ein nationalliberaler Abgeordneter, Herr Bassermann und Herr Sattler, an den Sie als Epigonen nicht heranreichen, wie Herr v. Kröcher gestern erklärt hat. Darauf erklärte damals Präsident v. Simson: „Die Bemerkung des Herrn Abg. v. Unruh, daß ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte nicht zulässig sei, halte ich nicht für richtig, weil die Geschäftsordnung in den Bestimmungen über Schlußanträge keinerlei Unterschied der Debatte macht. Daß aber die Annahme des Schlußantrages nichts hilft, darin hat Herr v. Unruh unwiderleglich recht. (Hört! hört! links.) Auch nachdem der Schlußantrag angenommen ist, müßte ich jedem Mitglied, welches es verlangt, das Wort zur Geschäftsordnung geben. (Hört! hört! links.) Ich weiß nicht, ob nicht unter solchen Umständen der Schlußantrag besser zurückgezogen wird.“ Die Herren waren damals so vernünftig und zogen den Antrag zurück. Ich bin überzeugt, daß der jetzige Herr Präsident in derselben Weise verfahren wird wie Herr v. Simson, es entspricht das auch einer Aeußerung, die er selbst schon gemacht hat, daß das Wort zur Geschäftsordnung stets erteilt werden müsse. — Ich will nur noch eine Bemerkung anfügen. Wenn die Herren der Rechten immer behaupten, daß wir die Verhandlungen aufhalten, so erreicht diese Behauptung bald einen Grad von Lächerlichkeit, über den gar nicht mehr zu reden ist. Alle Ihre Anträge sind doch nichts anderes als eine Obstruktion, welche die Verhandlungen zwecklos verlängert. Sie benutzen alle Mittel, die außerhalb der Geschäftsordnung liegen. (Sehr richtig! links), die Sie nur mit der Macht der Gewalt motivieren können mit der Absicht, die Minorität brutal niederzuzwingen und dann haben Sie die Stirne zu behaupten, von unsrer Seite werden die Verhandlungen gestört. (Lachen rechts.) Diese Ihre Behauptung ist wirklich nachgerade geeignet, Bedenken zu erregen, deren Feststellung ja in diesem Hause nicht möglich ist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sie sagen, die Geschäftsordnung gebe Ihnen kein Mittel, den Tarif durchzuberaten. Ja, meine Herren, Sie müssen nur nicht so oft auf die Jagd gehen, sondern statt Fasanen zu schießen, lieber hier bleiben und ihre Pflicht erfüllen. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Die ganze lex Aichbichlerei war überflüssig, sie haben nur kostbare zehn bis zwölf Tage der Beratung in Anspruch genommen. Ihre Behauptung in der Presse, daß die Verhandlungen von unsrer Seite gestört werden, kann nur jemand glauben, der keine Ahnung vom wirklichen Sachverhalt hat. Der neue Antrag v. Kardorff schließt sich würdig seinem früheren Antrag an. Es ist charakteristisch, daß Sie angesichts einer Vorlage, die zu **Gunsten** einer **Minderheit** die **breite Masse des Volkes auspowert,** zu einem Mittel greifen, das **außerhalb aller parlamentarischen Gewohnheit liegt** und wie der weitere Verlauf der Debatte zeigen wird, seinen Zweck vollständig verfehlen muß. Der Antrag entspringt Ihrem Gefühl der Schwäche und dem Verlangen, den Zolltarif so schnell als möglich einzuheimsen. (Sehr richtig! links.) Andre Gründe haben Sie nicht für Ihr Vorgehen. Selbst diese Gründe anzugeben, schämen Sie sich, sie zu hören, ist Ihnen unangenehm. Sie sprechen von Notwehr. Uns gegenüber ist das nicht richtig. Aber von Notwehr gegen sich selbst können Sie reden. Sie müssen sich davor schützen, im Lande so gekennzeichnet zu werden, wie Sie es verdienen. Die Verlegenheit, die Ueberzeugung von Ihrer Rechtlosigkeit läßt Sie immer von neuem zu Gewaltmitteln greifen. (Sehr richtig! links.) Die besten Mittel werden in schlechten Händen schlecht. Die Geschäftsordnung, das Palladium des Reichstages, wird mit Füßen getreten von den Parteien, die sich rühmen, Ordnung, Recht und gute Sitten in Erbpacht genommen zu haben. (Sehr richtig! links.) Das Toben der konservativen Presse, speciell der „Kreuz-Zeitung“, in der die Denunzianten vom Schlage der Ohm und Gödsche ihre Auferstehung feiern, macht einem erst klar, worum es sich handelt. Die Macht soll benutzt werden, das Volk wirtschaftlich auszubeuten und politisch zu entrechten. (Sehr richtig! links.)

Wir sind uns wohl bewußt, daß der Kampf nicht nur um den Zolltarif, sondern um die **Aufrechterhaltung** des **Parlamentarismus** geht! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie werfen uns vor, wir schadeten dem Parlamentarismus. Nein, wir kämpfen für den Parlamentarismus. (Gelächter rechts.) Und das Bedauerlichste an dieser Tragikomödie ist, daß Herr Eugen Richter, der sein ganzes Leben dazu aufgewendet hat, für den Parlamentarismus zu kämpfen, nun in der Verblendung der Parteileidenschaft nicht einsieht, daß er das Werkzeug der Reaktion ist. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten. Unruhe bei der Freisinnigen Volkspartei.) Herr Richter wirft uns blind-täppische Obstruktion vor — er selber aber treibt blind-täppische Reaktion. (Erneuter Beifall bei den Socialdemokraten.) Wir sind es, die den Parlamentarismus schützen. (Gelächter und Lärm rechts.) Wir wollen den Reichstag vor der Gefahr bewahren, aus einer Versammlung, in der Recht und Gesetz gilt, eine Institution zu werden, in der die selbst gegebene Ordnung in dem Augenblicke umgestoßen und über den Haufen gerannt wird, wo es sich um die materiellen Interessen der Mehrheit handelt. Wir sind es, die die Geschäftsordnung schützen. (Lärm rechts.) In diesem Bestreben werden wir getragen von der Unterstützung aller anständigen Leute im Lande. (Großer Lärm rechts. Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.) Soweit in der nationalliberalen Presse noch ein Rest Liberalismus vorhanden ist, kommt diese Ansicht auch zum Ausdruck. Der Präsident wird mir gestatten, einige Stellen zu verlesen. (Rufe rechts: Zur Tagesordnung!) Soweit sind wir ja noch nicht gekommen, daß Sie Ihrerseits die Befugnisse des Präsidenten ausüben. (Heiterer Widerspruch bei den Socialdemokraten: Doch! doch! — das haben sie schon lange gethan, das thun Sie jetzt immer.) Ich spreche vom „Hannoverschen Courier“, nicht von der „National-Zeitung“, die Herr Sattler weniger beweiskräftig als wortreich abzuschütteln gesucht hat. Der „Hannoversche Courier“ steht ja wohl dem Abg. Sattler nahe. (Abg. Sattler schüttelt den Kopf.) Nun, früher hat er sicherlich die Ansichten des Herrn Sattler vertreten. Der „Hannoversche Courier“ schreibt: „Ein **hervorragender Parteiführer der Mehrheit** im Reichstag hat noch vor etwa 2 Wochen auf die Frage, ob die Absicht der Rechten, in irgend einer Form die En bloc-Annahme des Zolltarifs durchzusetzen, verwirklicht werden könnte, klipp und klar **geantwortet: Solche Versuche wären sinn- und zwecklos,** denn erstens würden die Nationalliberalen, die man zur Mehrheitsbildung nicht entbehren könnte, ihn **nicht mitmachen,** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) und zweitens würde ein so korrekter Präsident wie Graf Ballestrem einen derartigen **geschäftsordnungswidrigen Antrag nie zur Abstimmung bringen.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und auf die weitere Frage, ob, wenn Graf Ballestrem zufällig erkranken sollte, vielleicht der erste Vicepräsident, der konservative Graf Stolberg-Wernigerode, für eine ähnliche Aktion zu haben sein würde, lautete die Antwort ebenso unzweideutig: **Auch der nicht,** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) und **überhaupt kein Präsident,** denn einen Mann, dem so etwas zuzutrauen ist, wählt man eben nicht zum Präsidenten.“ (Hört! hört! bei den Socialdem.) Das geschah also noch vor 2 Wochen, als Herr Sattler sich vielleicht noch in ärgster Herzensbedrängnis befand, ob der Antrag Kardorff zulässig sei. Vielleicht wissen die Herren Sattler und Bassermann ganz gut, wer jener hervorragende Parteiführer der Mehrheit war. (Heiterkeit.) Bei ihren eignen Freunden hat Ihr Vorgehen maßloses Erstaunen, maßlose Entrüstung hervorgerufen. Dann vergegenwärtige man sich die Aeußerungen der konservativen Presse, man denke an das Wort der „Kreuz-Ztg.“: **„Man muß der Bestie den Zaum anlegen!“** — an die „Post“, die da jammert, „daß man nicht ein für allemal die Gefahr socialdemokratischer Attentate auf den Reichstag und sein Ansehen beseitigen könne, wenn man auch jetzt der Socialdemokratie den Fuß auf den Nacken setze“. Nun, die Attentate auf das Ansehen des Reichstages gehen von jener Seite (nach rechts) aus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn im Volke sich die Meinung verbreitet, daß im Reichstage nicht die allgemeinen Volksinteressen gelten, sondern die wucherischen Interessen einer verschwindenden Minderheit, dann trägt Ihr Verhalten die Schuld. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Herr Dr. Paasche schreibt im „Tag“, daß die jüngsten Essener Vorgänge die Vorliebe für die „idealen Vorkämpfer für die Rechte des arbeitenden Volkes“ nicht gesteigert haben, und daß der Wunsch, ihnen den Einzug in die Parlamente eventuell durch gesetzliche Maßregeln zu erschweren, in sehr einflußreichen Kreisen des Volkes sich immer mehr verbreitet. Das, meine Herren, ist die Art, in der die Parteien, die für Moral, Zucht und Ordnung kämpfen, die Waffen führen! (Bravo! bei den Socialdemokraten.) In der Aufhetzung derjenigen Stellen, die mit dem Reichstag zusammen die Gesetze machen, sehen sie ihre Aufgabe. **Neben der Beutemacherei** ist die **Scharfmacherei** ihr **vornehmstes Handwerk.** (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.) Und diese Männer nehmen es sich heraus, zu behaupten, wir schädigten den Parlamentarismus. Nun, diese Legendenbildung wird Ihnen nichts helfen. Im Hause mögen Sie durch die Macht Ihrer 300 Stimmen uns niedertrampeln, das Land wird entscheiden, wer Recht und Gesetz mißachtet. Wir werden es nicht sein, die diesen Kampf verlieren. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Sie können den Antrag Kardorff auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte nicht annehmen ohne eine neue Verletzung der Geschäftsordnung. Sie erreichen Ihren Zweck nicht, denn der Antrag wird gegenstandslos in dem Augenblick, wo er angenommen ist. Ist der Präsident doch verpflichtet, das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen! Wir werden von diesem Rechte Gebrauch machen. (Bewegung.) Ich beantrage über meinen Antrag auf einfache Tagesordnung namentliche Abstimmung. Im Namen meiner politischen Freunde darf ich die Erklärung abgeben, daß wir uns **an dieser Abstimmung nicht beteiligen werden,** weil wir auch nicht indirekt die Hände dazu bieten wollen, Würde und Ansehen des Parlaments zu vernichten. (Beifall bei den Socialdemokraten, Lärm bei der Mehrheit.) Sie kommen mit diesem Antrage zu einer recht zeitgemäßen Stunde. **Heute ist der 2. Dezember, der Tag der Staatsstreiche.** (Bewegung.) Aber Sie werden keineswegs Freude an diesem Staatsstreich erleben. Die Abstimmung wird vor aller Welt diejenigen festnageln, die von diesem Mittel Gebrauch machen. Wenn wir bei der Abstimmung fehlen, so wird jedermann nach dieser Er-

klärung wissen, daß wir gegen den Antrag stimmen würden. Ich bitte über den Antrag v. Kardorff zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Socialdemokraten.)

Gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Am 18. Oktober 1877 hat der Abg. v. Woltzien den Schluß einer Geschäftsordnungs-Debatte beantragt. Darauf antwortete der Präsident: „Ich halte allerdings den Antrag auf Schluß dieser speciellen Diskussion in Bezug auf diese Geschäftsordnungs-Frage für zulässig. Ich werde daher, wenn ein Widerspruch sich gegen diesen Antrag nicht erhebt (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), darüber abstimmen lassen." Darauf hat er den Antrag zur Abstimmung gebracht. Ich will den Präsidenten nicht kritisieren, aber nach meiner Auffassung ist es sehr zweifelhaft, ob der Antrag Singer auf einfache Tagesordnung über einen Schlußantrag zulässig ist.

(Redner macht nach diesen Worten eine ziemlich lange Pause, während deren er in seinen Manuskripten umhersucht. Er kann offenbar das gesuchte Material lange nicht finden. Abg. Bebel ruft: Sehr schlecht vorbereitet!)

Abg. **v. Kardorff** fährt darauf fort: § 53 der Geschäftsordnung bestimmt: „Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnächst ohne weitere Motivierung des Antrages und ohne Diskussion über denselben abgestimmt." Wenn aber ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt wird, so wird dadurch ja eine Diskussion über den Schlußantrag herbeigeführt, was die Geschäftsordnung einschließt. Dafür ist kein Präcedenzfall da, daß jemals zu einem Schlußantrag der Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt worden wäre.

Sie (zu den Socialdemokraten) sehen so zuversichtlich in die Zukunft. (Abg. Bebel: Jawohl!) Sie hoffen, daß Sie einmal die Majorität im Reichstag bekommen und daß einmal der Moment komme, wo Sie die deutschen Fürsten vor die Frage stellen, ob sie zu Gunsten von Bebel und Singer abdizieren wollen. (Rufe bei den Socialdemokraten: Huh! huh! Große Unruhe.) Wenn Sie aber die Majorität im Reichstag besäßen und die 58 royalistischen Mitglieder des Reichstages sich diese Art der Verhöhnung der Majorität, diese Art der Obstruktion herausnähmen, die Sie uns gegenüber bis jetzt angewandt haben, was würden Sie wohl für Maßregeln ergreifen? Dann würden die Danton, Marat und Robespierre die Leute sein, nach denen Sie sich richteten! (Große Unruhe, Gelächter bei den Socialdemokraten.) Ich bitte, den Antrag Singer abzulehnen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Es sind Zweifel ausgesprochen an der Zulässigkeit des Antrages auf einfache Tagesordnung. § 53 sagt aber nach dem vom Abg. v. Kardorff verlesenen Passus: „Der Antrag auf einfache Tagesordnung kann zu jeder Zeit gestellt werden und bedarf keiner Unterstützung." Dieser zweite Passus spricht nicht von einer Ausnahme in Bezug auf Anträge auf Schluß oder Vertagung. Deshalb konnte ich nach der wörtlichen Auslegung der Geschäftsordnung diesen Antrag nicht zurückweisen. (Abg. Singer bittet ums Wort zu einer persönlichen Bemerkung.) Jetzt hatte nur ein Redner für und einer gegen den Antrag Singer zu sprechen. Hier ist eine persönliche Bemerkung nicht zulässig — Abg. Singer hat beantragt, über den Antrag auf einfache Tagesordnung namentlich abzustimmen. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung.

Zur Unterstützung erheben sich die socialdemokratischen Abgeordneten und die Mitglieder der freisinnigen Parteien; nur Abg. Richter (frs. Vp.) und Dr. Müller-Sagan (frs. Vp.) bleiben sitzen. Die Unterstützung ist ausreichend.

Es wird zur namentlichen Abstimmung geschritten. Nach dem Schluß derselben erklärt

Präsident Graf **Ballestrem**: Das Resultat wird verkündet werden, wenn die urkundlichen Listen protokollarisch festgestellt sind, also etwa in einer halben Stunde. Ich schlage vor, die Sitzung so lange zu vertagen. (Große Bewegung.)

Unterbrechung der Sitzung 3 Uhr.

* * *

Wiederbeginn der Sitzung 3 Uhr 35 Minuten.

Vicepräsident Graf **Stolberg-Wernigerode**: Das Resultat der Abstimmung ist folgendes. Es sind abgegeben worden 293 Stimmzettel, davon mit „Ja" 75, mit Nein 216, der Abstimmung enthalten haben sich 2 Mitglieder. Der Antrag auf einfache Tagesordnung ist somit abgelehnt, und wir kommen nun zur Abstimmung über den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag v. Kardorff. Ich bitte, daß die Herren . . .

Abg. **Barth**: Ich beantrage namentliche Abstimmung. (Lachen rechts.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Wir befinden uns bereits in der Abstimmung. (Stürmische Unterbrechungen links, Rufe: Nein! nein!) Abg. Gothein stürmt aufs Präsidium und verhandelt erregt mit den Schriftführern, die Mehrheit hat sich bereits einschließlich der Nationalliberalen von den Plätzen erhoben.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Ich habe gesagt, ich bitte, daß diejenigen Herren, welche den Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte über den Antrag v. Kardorff annehmen wollen, — — (Stürmische Unterbrechungen links: Nein, das haben Sie noch nicht gesagt!)

Vicepräsident Graf **Stolberg** wiederholt seine Worte. (Neue Unterbrechungen.) Ich habe gesagt, wir kommen zur Abstimmung über den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag v. Kardorff. Ich habe ferner gesagt, wir stimmen ab und ich bitte die Herren, welche für den Antrag sind, sich zu erheben. — Das ist geschehen, der Schluß ist somit beschlossen. (Bravo! bei der Mehrheit.) Es sind Zweifel über die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff ausgesprochen. Wir haben daher zunächst über die Zulässigkeit des Antrags abzustimmen. (Abg. Dr. Barth: Zur Geschäftsordnung!) Ich kann nur noch das Wort geben zur Frage der Art der Abstimmung.

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.): Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, ehe der Herr Präsident das Wort ergriffen hat, also vor der Abstimmung.

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Mir ist nichts vorgelegt worden. (Zuruf links.) Sie haben sich außerdem bei mir zu melden. (Zuruf links: Wozu sind denn die Schriftführer da?) Es ist namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit des Antrages v. Kardorff beantragt.

Vicepräsident Graf Stolberg nimmt die Abstimmung vor.

Nachdem die Abstimmung geschlossen ist, erklärt Vicepräsident Graf **v. Stolberg**: Meine Herren! Es haben sich bei den namentlichen Abstimmungen nach dem neuen Modus kleine Unregelmäßigkeiten ergeben, die übrigens auf das Resultat selbst ohne Einfluß geblieben sind. Damit solche Ungenauigkeiten vermieden werden, bitte ich die Herren Schriftführer, die Zettel doppelt zu zählen. (Heiterkeit links.)

Nach 10 Minuten verkündet der Vicepräsident das Ergebnis der Abstimmung. An der Abstimmung haben sich 254 Abgeordnete beteiligt. Davon haben 198 mit Ja, 45 mit Nein gestimmt, 11 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. Der Antrag v. Kardorff ist also für geschäftsordnungsmäßig zulässig erklärt worden. In Bezug auf das eben mitgeteilte Abstimmungsresultat gebe ich das Wort zu einer Erklärung dem Abg. Singer.

Abg. **Singer** (Soc.): Präsident Graf Ballestrem hatte mir versprochen, das Wort zu einer Erklärung vor Verkündigung des eben gehörten Abstimmungsergebnisses zu geben. Der gegenwärtig amtierende Vicepräsident wußte von dieser Verabredung nichts, er ist aber so liebenswürdig, mir jetzt das Wort zu geben. Zunächst muß ich ein Mißverständnis berichtigen. Ich habe vorhin nicht erklären wollen, daß meine Freunde sich an der Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte nicht beteiligen wollen. Das war ein Irrtum. Ich wollte erklären, daß sich meine Freunde an der Abstimmung über die Frage der Zulässigkeit des Antrages v. Kardorff nicht beteiligen.

Ich habe jetzt folgende Erklärung abzugeben:

„Mit dem Antrag v. Kardorff und Genossen hat sich die Mehrheit des deutschen Reichstags **außerhalb** der **Geschäftsordnung** und **der Verfassung gestellt.** (Gelächter rechts.) In der Voraussicht, daß die Mehrheitsparteien die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl der Mitglieder nicht für die Zeit zusammenhalten können, die zur sachgemäßen Diskussion und Verabschiedung des Zolltarifs erforderlich ist, haben die Mehrheitsparteien, **ohne auch nur den Versuch einer Beratung des Tarifs** im Plenum des Reichstags zu **unternehmen,** vor Beginn der Specialberatung des Tarifs statt der geschäftsordnungsmäßigen Diskussion und Beschlußfassung einen Gewaltstreich verübt, um durch einen **Bruch der Geschäftsordnung, der Verfassung und des parlamentarischen Rechtes** dem deutschen Volke ein Interessengesetz zu **Gunsten einer winzigen** Minderheit zu **oktroyieren.** (Unruhe bei der Mehrheit.)

Vicepräsident Graf **Stolberg-Wernigerode**: Ich muß Sie unterbrechen. Abg. Singer wirft der Mehrheit des Hauses vor, daß sie nicht nur einen Geschäftsordnungsbruch, sondern auch einen Verfassungsbruch begangen hätte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ein solcher Ausdruck ist unzulässig. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Aber wahr!) Ich rufe den Abg. Singer deswegen zur Ordnung. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Singer** (fortfahrend): Die Mehrheitsparteien haben damit die Diktatur des Zollwuchers proklamiert. (Lautes Gelächter rechts.) Die socialdemokratische Fraktion hat beschlossen, deshalb jede Teilnahme an diesem parlamentarischen Staatsstreich abzulehnen und hat sich an der Beschlußfassung über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff und Genossen nicht beteiligt, indem sie von der Gewalt an das Recht, von der volksfeindlichen Mehrheit des Reichstages an das Volk selbst appelliert. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten. Unruhe bei der Mehrheit.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Wir fahren fort in der Tagesordnung. (Rufe bei den Socialdemokraten: Zur Geschäftsordnung!) Ich gebe Ihnen gleich das Wort zur Geschäftsordnung. Ich eröffne nunmehr die Diskussion über § 1 Absatz 1 der Kommissionsbeschlüsse im Zusammenhang mit dem Antrag v. Kardorff und den dazu gestellten Anträgen. (Wiederholte Rufe bei den Socialdemokraten: Zur Geschäftsordnung!) Ich bemerke dazu, daß der **Antrag v. Kardorff** in folgender Weise **abgeändert** worden ist. Dieser Abänderungsantrag lautet: 1. „Die Worte „Eventualantrag zu Nr. 704 der Drucksachen" unter der Ueberschrift der Drucksachen fallen fort. 2. An Stelle der Einleitungsworte „Der Reichstag wolle beschließen: für den Fall der Annahme des § 1 Absatz 1 des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes denselben zu fassen wie folgt" ist zu setzen: „Der Reichstag wolle beschließen: den Absatz 1 des § 1 des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes wie folgt zu fassen: Berlin, den 2. Dezember 1902.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Abg. Gothein.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Der Präsident hat vorhin erklärt auf meine Bemerkung, daß ich mich rechtzeitig zur Geschäftsordnung gemeldet hätte, bevor wir in die Abstimmung eingetreten sind, daß diese Meldung nicht bei ihm erfolgt sei und daß eine Meldung zum Wort beim Präsidenten erfolgen müsse, daß die Meldung beim Schriftführer nicht genüge.

Vicepräsident Graf **Stolberg-Wernigerode**: Ich möchte kein Mißverständnis aufkommen lassen. Ich habe Ihnen daraus keinen Vorwurf gemacht, sondern nur gesagt: ich habe nicht gewußt, daß Sie sich gemeldet haben.

Abg. **Gothein** (fortfahrend): Ich bin dem Präsidenten sehr dankbar, aber daß er mir daraus einen Vorwurf machen wollte, habe ich selbstverständlich nicht angenommen. (Sehr gut! links.) Ich halte es für absolut ausreichend, wenn man seine Wortmeldung beim Schriftführer anbringt. Das war bisher stets üblich. (Zustimmung links.) Es steht mit keinem Worte in der Geschäftsordnung, daß diese Wortmeldung beim Präsidenten erfolgen müßte. Es wäre ein schwerwiegender Präcedenzfall, wenn konstatiert würde, daß man sich nur beim Präsidenten melden darf. (Sehr richtig! links.)

Es ist soeben ein neuer Antrag zum Antrage v. Kardorff zugegangen. (Rufe bei den Socialdemokraten: Noch nicht zugegangen!) Dieser Antrag ist, wie er uns vorliegt, gänzlich anonym, es steht gar kein Name darunter. (Unruhe rechts.) Ich weiß nicht, ob er im Original darunter steht. Ich halte diesen Antrag **nicht für zulässig.** (Große Unruhe rechts, Zustimmung links.) Sie haben einen Beschluß gefaßt, wonach ein andrer Antrag zulässig ist. Aber in keiner Weise haben Sie beschlossen, daß dieser Antrag zulässig sei. (Zustimmung links.) Dieser neue Antrag ist nach der Geschäftsordnung gänzlich unzulässig, er kann nicht zur Debatte gestellt werden.

Der Eventualantrag Kardorff kann erst beraten werden, wenn der ganze Zolltarif durchberaten ist. (Große Heiterkeit links.) **Wir sind bereits in die Beratung des Zolltarifs eingetreten.** Das hat der Präsident am 27. November ausdrücklich gesagt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein Widerspruch gegen den Vorschlag des Präsidenten ist von keiner Seite erfolgt. (Lebhafte Zustimmung links. Große Unruhe rechts.) Infolgedessen haben wir in die Beratung des Zolltarifs einzutreten und können in die Beratung des Antrages Kardorff erst eingehen, wenn der Zolltarif erledigt ist. (Große Heiterkeit links. Unruhe bei der Mehrheit.) Daß diese Ansicht richtig ist, bestätigt der Anonymus, der den neuen Antrag eben gestellt hat. Dem ist es klar, mit welch unglaublicher Schlauheit die Herren den ersten Antrag Kardorff gestellt haben. (Große Heiterkeit links. Wachsende Unruhe bei der Mehrheit.) Es ist so viel vom Epigonentum die Rede. Mit vollem Rechte: Der beste Beweis ist, daß die Mehrheitsparteien nicht einen unter sich finden können, der einen korrekten Antrag einbringt. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Ein so ungeschickter und unbrauchbarer Antrag wie der Antrag Kardorff, ist noch niemals im deutschen Reichstag erlebt worden. (Sehr richtig! links.) Wir sind jetzt dabei, einen anonymen Antrag zu beraten. Ich weiß nicht, ob das zulässig ist. (Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie einen Augenblick unterbrechen. Der Antrag liegt mit der Unterschrift des Herrn v. Kardorff bei mir vor, wenn diese Unterschrift nicht auf den Druckexemplaren sich befindet, so kann ich nur annehmen, daß das ein Versehen der Druckerei ist. (Große Heiterkeit links.)

Abg. **Gothein** (fortfahrend): Ich nehme selbstverständlich an, daß der Antrag mit der Unterschrift bereits zur Druckerei befördert worden ist. Jedenfalls ist der Antrag mit § 19 der Geschäftsordnung nicht vereinbar. Was mit dem Antrag bezweckt wird, was er eigentlich bedeutet, darüber sind ja die verschiedenen Herren Antragsteller durchaus verschiedener Meinung. (Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter, Sie sprechen zur Geschäftsordnung. Ich möchte Sie bitten, thatsächlich auch nur wörtlich zur Geschäftsordnung zu sprechen (Bravo! rechts, Zurufe links) und nicht unter der Form einer Geschäftsordnungsdebatte über den ganzen Antrag materiell zu diskutieren.

Abg. **Gothein** (fortfahrend): Es liegt mir gänzlich fern, materiell diesen Antrag würdigen zu wollen, dabei sind wir noch gar nicht, ich spreche über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrags. (Sehr richtig! links.)

Vicepräsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter, die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit ist vorher durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden. (Stürmische Zurufe links: Nein! nein!)

Abg. **Gothein** (fortfahrend): Herr Präsident, es ist die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit anerkannt worden von der Mehrheit bezüglich des Eventualantrages v. Kardorff, aber nicht bezüglich des Antrages, der jetzt vorliegt. (Sehr richtig! links.) Deshalb bin ich durchaus berechtigt, über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit dieses Antrages zu sprechen.

Wenn ein Antrag vorliegt, so muß man doch wissen, was dieser Antrag bezweckt. Bereits über den früheren Antrag herrschte völlige Unklarheit. Was Herr Bassermann über die Bedeutung jenes Antrages gesagt hat, trifft den neuen Antrag genau in derselben Weise. Herr Bassermann sagte, die Einbringung von materiellen Abänderungsanträgen wird dadurch, daß wir sofort in die Beratung über die Zulässigkeit des Antrags eintreten, in keiner Weise beschränkt. Am folgenden Tage sagte dann Herr Bassermann: „Wir haben uns durch die Art und Weise, wie die Beratung bisher seitens der Socialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung geführt ist, davon überzeugt, daß wenn der Zolltarif im einzelnen beraten wird, die Beratung nie zu Ende kommt." Herr Bassermann ist also an zwei aufeinander folgenden Tagen thatsächlich durchaus verschiedener Meinung über das, was der Antrag bezweckt, gewesen. Daraus ergiebt sich, daß die Diskussion über den Zolltarif nicht ausgeschlossen ist. Das steht im völligen Widerspruch zu dem, was Herr v. Kardorff gesagt hat. Ich nehme als selbstverständlich an, daß Herr v. Kardorff auch seinen neuen Antrag als En bloc-Annahme interpretieren wird. Dann müßten wir zunächst die 28 Referate seitens der Berichterstatter entgegennehmen. Wir schließen uns selbstverständlich der Interpellation des Herrn Bassermann an, daß zunächst der Zolltarif zunächst beraten werden muß und da halte ich es für richtig, daß die Referenten lediglich über die einzelnen Positionen bezw. wo Zusammenfassungen für zweckmäßig erachtet werden, über die Abschnitte referieren. Ich spreche ausdrücklich den Wunsch aus, daß dies zunächst geschehen möge.

Nach unsrer Meinung widerspricht der neue Antrag Kardorff dem § 19 der Geschäftsordnung, weil er zweifellos eine En bloc-Annahme des Tarifs bedeuten würde. Ueber alle Anträge betreffend Abänderung der Positionen würde mit einem Male zur Tagesordnung übergegangen werden. Das war bei den Anträgen Wangenheim zu den Mindestzöllen allenfalls noch möglich, da es sich bei ihnen um einen einzigen Paragraphen handelte, hier aber handelt es sich um ein dickleibiges Ungetüm von 938 noch ausstehenden Positionen, alle dazu gestellten Anträge können geschäftsordnungsmäßig unmöglich mit einem Schlage totgemacht werden. Sie haben mit diesem Beschluß in keiner Weise verhindert, daß der Zolltarif beraten wird. Der Zolltarif steht auf der Tagesordnung, und wir werden unsre Anträge zum Zolltarif ruhig einbringen. Von keiner Seite ist versucht worden, den Beweis zu führen, daß wir Obstruktion getrieben haben. Nun sollen es die Dauerreden in der Kommission sein. Ehrlich gesprochen war auch mir manche Rede zu lang. Wenn aber alle socialdemokratischen Redner nur die Hälfte der Zeit gesprochen hätten, wieviel wäre erspart worden? Eine Woche! Sehen wir uns nun einmal die Zahl der Anträge beim ersten Teil des Zolltarifs an, der 240 Positionen umfaßt. Da hat die **Mehrheit im ganzen 179 Zollerhöhungen beantragt** und **vier Zollermäßigungen.** Von der Freisinnigen Volkspartei sind 58 Anträge eingelaufen, von der Freisinnigen Vereinigung aber nur 44. (Hört! hört! links. Rufe rechts: Geschäftsordnungs-Debatte! Geschäftsordnungs-Debatte!) Wir haben nun hier im Plenum für drei namentliche Abstimmungen mehr gestimmt als die Freisinnige Volkspartei. Ist das Obstruktion? Diese Behauptung ist doch geradezu lächerlich. (Glocke des Präsidenten.) Das ganze Geschrei über Obstruktion ist nur ein fadenscheiniger Mantel, um die Blöße der Arbeitsunfähigkeit des Hauses zu bedecken. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Im Auslegen der Geschäftsordnung ist die Mehrheit hübsch munter, legt ihr nicht aus, so leget unter. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Dieser Rat des Mephisto wird von der Partei fleißig befolgt, die sich die Partei der Wahrheit, der Freiheit und des Rechts nennt, vom Centrum. Aber es ist eine Partei, die die Wahrheit verdunkeln, die Freiheit knebeln und das Recht brechen will. Noch vor vierzehn Tagen hat ein Führer hier erklärt, daß es undenkbar sei, daß die nationalliberale Partei mitmachen würde, und heute haben wir es erlebt. Warum? Herr v. Kröcher sagt, im Kriege sind alle Mittel erlaubt. Was aber im Kriege die Genfer Konvention, das ist hier die Geschäftsordnung. (Lebhafter Beifall links, Unruhe rechts.) Ihr großer Parlamentarier **Stahl** sagt: **Recht geht vor Macht, Autorität nicht Majorität.** Wir werden nie das Recht einer Minderheit antasten, wie Sie es gethan haben. Ihr erster Schritt muß weitere Schritte nach sich ziehen. Sie sind noch nicht zu Ende, aber Sie sollen auch den Becher bis zur Neige leeren. Den einzigen stichhaltigen Grund für die Außerachtlassung der Geschäftsordnung hat Herr v. Kröcher angeführt: Das Jagdvergnügen der Junker. (Sehr gut! links.) Ein Nationalliberater, der noch kein Epigone war, Treitschke, hat einmal ausgerufen: „Hüten Sie sich vor dem ersten Schritt! Sie ziehen sonst die Schleusen auf für eine schutzzöllnerische Agitation, die in wildem, bachantischem Treiben unser ganzes Land mit wildem Hader erfüllen wird. Hüten Sie sich davor, Deutschland durch eine Politik der Sonderinteressen unglücklich zu machen!" Diese Voraussicht ist Wahrheit geworden, und die eignen Freunde dieses Mahners helfen dazu. Sie (zur Mehrheit) werden weiter schreiten auf diesem Wege. Aber wundern Sie sich nicht, wenn auch die **Entrüstung von Tag zu Tage steigt!** Die Schuld trifft die Urheber — **das sind Sie!** (Beifall links.)

Abg. **Spahn** (Z.): Ich verstehe einfach nicht, wie Abg. Gothein Zweifel an der Zulässigkeit des neuen Antrags v. Kardorff äußern konnte. (Oho! links.) Der ursprüngliche Antrag v. Kardorff ist vom Hause für berechtigt erklärt worden. Das hat die Folge, daß nunmehr der Zolltarif in § 1, 1 des Gesetzes aufgenommen ist. Es liegt kein Beschluß des Hauses vor, daß die Beratung des § 1, 1 nach der Beratung des Tarifs erfolgen solle. Aber selbst, wenn **ein** solcher Beschluß vorläge, so wäre er durch die Zulässigkeitserklärung des Antrags v. Kardorff geändert worden. Der neue Antrag hat nur eine formelle Bedeutung; die materielle Bedeutung des ursprünglichen Antrages wird dadurch nicht geändert. Somit ist es eigentlich gar kein neuer Antrag. Auch der Präsident hat die Sachlage zweifellos so aufgefaßt. Mir sind die Zweifel des Abg. Gothein absolut unverständlich.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Es ist behauptet worden, daß die Unterschrift des Abg. v. Kardorff zu dem neuen Antrag im Original vorliege. Haben aber auch die übrigen Unterzeichner des ursprünglichen Antrages, die Herren Bassermann, Dr. Sattler, Dr. Stockmann, Spahn usw., ihre Unterschriften zu der „Berichtigung" gegeben, wie dies doch erforderlich wäre? Das ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der Fall. Ein vorliegender Antrag kann aber **nicht von einem einzelnen Unterzeichner „berichtigt"** werden. Wie ist es überhaupt möglich geworden, daß man zu so ungewöhnlichen Mitteln greift? Die Mehrheit entschuldigt immer wieder ihren Bruch der Geschäftsordnung mit der „Notwehr". Dr. Spahn sagte, seine Freunde seien in der Kommission gehindert worden, sachliche Anträge zu stellen. Darf aber eine Partei, wenn sie sich ihrer Pflicht bewußt ist, sich von der Stellung sachlich erforderlicher Anträge auf irgend eine Weise abhalten lassen? (Sehr gut! bei den Socialdem.) Die Anträge Herold in der Kommission wurden meist nicht begründet, sondern es wurde gesagt, das ist der Kompromiß. Ja, was ist denn Kompromiß, das ist doch **keine anerkannte Körperschaft,** sondern es ist eine Körperschaft, die außerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Formen des Reichstags, außerhalb des Plenums und der Kommission tagt.

Vicepräsident **Büsing**: Herr Abg. Molkenbuhr, wir sprechen jetzt über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des berichtigten Antrages Kardorff. (Zuruf links: Berichtigten!) Dafür sind die Vorgänge in der Kommission von keiner Bedeutung. Ich bitte Sie, sich auf die Diskussion der Zulässigkeit des Antrages Kardorffs zu beschränken.

(Schluß im Hauptblatt.)

Witterungsübersicht vom 2. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	760	SO	3	heiter	—7	Haparanda	775	N	2	wolkenl	—28
Hamburg	755	O	7	bedeckt	—4	Petersburg	766	ONO	1	wolkenl	—18
Berlin	757	SO	4	bedeckt	—6	Cork	732	W	3	hlb. bed.	7
Frankf./M.	751	SW	3	Regen	6	Aberdeen	—	—		—	—
München	754	SW	2	Regen	3	Paris	751	WSW	5	bedeckt	9
Wien	757	Still	—	bedeckt	—2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 3. Dezember 1902.

Zunächst ziemlich trübes Frostwetter mit Schneefällen und östlichen Winden; später aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

27 Volks-Versammlungen

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8½ Uhr

in folgenden Lokalen:

I. Wahlkreis: Arminhallen, Komandantenstraße 20.
Englischer Garten, Alexanderstraße 27 c.
II. Wahlkreis: Berliner Bock-Brauerei (Am Tempelhofer Berg).
Schnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21.
III. Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.
Märkischer Hof, Admiralstraße 18 c.
IV. Wahlkreis (Osten): Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13.
Scheruch's Festsäle, Rüdersdorferstraße 45.
IV. Wahlkreis (Süd-Osten): Urania, Wrangelstraße 11.
Behrend, Manteuffelstraße 95.
Zur Drachenburg, Vor dem Schlesischen Thor 2.
V. Wahlkreis: Brauerei Friedrichshain (fr. Lipps), Am Friedrichshain.
VI. Wahlkreis (Moabit): Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
(Oranienb. Vorstadt und Wedding): Eiskeller, Chausseestr. 88.
(Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Hensel, Invalidenstraße 1 a.
Weimann's Volksgarten, Badstraße 56.
(Schönhauser Vorstadt): Brauerei Königstadt, Schönh. Allee.
Nieder-Barnim (Lichtenberg): Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 120.
(Pankow): Roczycki (Ww. Roell), Kreuzstraße 3/4.
(Rummelsburg): Weigel's Ballsalon, Türrschmidt- u. Goethestr.-Ecke.
(Weissensee): Zum Prälaten, Lehderstraße 122.
Teltow-Beeskow (Charlottenburg): Volkshaus, Rosinenstraße 3.
(Schöneberg): Obst, Meiningerstraße 8.
(Rixdorf): Wernicke's Festsäle, Hermannstraße 48/49.
(Köpenick): Kaiserhof, Grünstraße 35.

Tages-Ordnung in sämtlichen Versammlungen:

1. Der Umsturz im Reichstage.

2. Diskussion. 209/5

Zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

Neue Freie Volksbühne.

Sonntag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstrasse 29:

Grosses Winterfest

(Humoristisches Programm).

Mitwirkende: **Berliner Tonkünstler-Orchester.** Herr **Erich Flatau.** Herr Hofschauspieler **Hans Neuert** aus München. Frau **Gisela Schneider-Nissen. Ensemble der Emanuel Reicherschen Hochschule für dramatische Kunst** unter Leitung des Herrn **Dr. Hans L'Arronge.**

Nachher: **Tanz.**

Karten à 50 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

Am selben Tage, nachm. 3 Uhr, im **Schiller-Theater O.:**
„Sappho“ Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Karten für Mitglieder und Gäste sind in allen Zahlstellen zu haben.

I. Abteilung:	II. Abteilung:
Sonntag, den **14.** Dezember:	**Sonntag,** den **21.** Dezember:

Ordentliche Vereinsvorstellung (nur für Mitglieder) im **Belle-Alliance-Theater:**
„Marianne“ Schauspiel in 3 Akten v. Carl Hauptmann.

Sonntag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75: **Märchen-Abend** für die Kinder unsrer Mitglieder. Vortragende: Frau **Tony Kwast-Hiller.** Eintritt frei (gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte der Eltern). 150/18

Wurms

Magendoctor

ist das

Beste

für den Magen

Hiervon überzeugt Sie das treffliche botanische Wurm-Kunstblatt und die beglaubigten ärztlichen Atteste, welche Sie in den Niederlagen erhalten, besonders aber der regelmässige Gebrauch. Er ist

wohlschmeckend.

Die Feiertage stellen nun ausserordentliche Ansprüche an den Magen. Ein schlechter oder verdorbener Magen stört die Freude. Da ist es dann sehr gut, einen

„Magendoctor“

in der Form eines angenehm. Genussmittels im Hause zu haben!

Für Jedermann sind daher **einige Flaschen „Wurm“** ein nützliches und willkommenes

Festgeschenk.

Dieses wird noch gehoben durch Zugabe einiger der so beliebten Original-Wurmgläschen.

pro Stück **10 Pfg.** in den Verkaufsstellen.

pro Stück **10 Pfg.** in den Verkaufsstellen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. — Fernsprecher Amt VII, 353.

Wegen der **Partei-Versammlungen** fällt die Sitzung der erweiterten Verwaltung am Donnerstag, den 4. Dezember aus.

Wir ersuchen die Bezirksleitungen, Branchenvertretungen und Obleute der Großbetriebe davon Notiz zu nehmen.

167/16 **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Kasseninteressenten, daß der von der Generalversammlung beschlossene II. Statuten-Nachtrag, wodurch die Zahl der Vorstandsmitglieder auf zwölf Personen erhöht wurde, die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden hat.

Es ist demnach eine Nachwahl von sechs Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Kassendelegierten und zwar von **zwei Arbeitgebern** und **vier Arbeitnehmern** erforderlich.

Wir berufen deshalb die Arbeitgeber-Delegierten zur Vornahme der Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern und die Arbeitnehmer-Delegierten zur Vornahme der Wahl von vier Vorstandsmitgliedern auf

Freitag, den 12. Dezember cr., abends 8 Uhr,

nach dem oberen Saal bezw. unteren Saal des **„Volkshauses“, Rosinenstraße 3** in **Charlottenburg** ein mit dem Bemerken, daß der Wahlakt eine Stunde nach Beginn geschlossen wird. 278/1

Charlottenburg, den 24. Novbr. 1902.

Der Kassen-Vorstand.
Wilhelm Saber.

Achtung! Tischler. Achtung!

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8¼ Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21:

Grosse öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Das Verhalten der Kollegen der Firma A. Schulz, Krautstr. 18/19, und wie sieht der errungene Sieg aus?“ 2. Diskussion. 188/11

Die Kollegen **Pilasky, Knuth** und **Seifert** sind hierdurch öffentlich eingeladen. Auch ist der Arbeitsvermittler brieflich eingeladen.

Der Einberufer: Alfred Kunisch.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine!

Durch Hinzunahme weiterer Räume habe ich meine Säle bedeutend vergrößert. Dieselben fassen jetzt:

Saal I. (mit Bühne) ca. 700 Personen
„ II. „ 300 „
„ III. „ 100 „

Ich empfehle sie zu Versammlungen wie Festlichkeiten jeder Art, ebenso stehen Vereinszimmer verschiedener Größe für Vorstands- und Kommissions-Sitzungen jeder Zeit zur Verfügung.

ff. Lager- und Versandbier a Glas 10 Pf. Weissbier, gr. 20, kl. 10 Pf. Speisen und sonstige Getränke in bekannter Güte zu soliden Preisen.

Garderobe bei Festlichkeiten nur 10 Pf.

Um geneigten Zuspruch bittet

Robert Voigt, Ritterstr. 75.
Restaurateur. 5881g

Weihnachts-Ausverkauf!

Puppenwagen, Kinderwagen, Sportwagen — außerordentlich billig!

Max Brinner, Jerusalemerstr. 42.

Achtung! Achtung!

Mitglieder der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Donnerstag, 4. Dezember, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **„Die Fürsorge der Krankenkassen für lungenkranke Mitglieder.“** Referent: **Dr. R. Friedeberg.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu den Delegiertenwahlen der Ortskasse der Kaufleute.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.

Die Einberufer. 67/20

Georg Oppel, Handlungsgehilfe. **Rich. Nürnberg,** Hausdiener.

Möbel gegen Cassa und Teilzahlung in der Fabrik **H. Roggensack, Inh.: Paul Kraatz,** N., Ruppinerstraße 5.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Teilzahlung

monatlich 10 Mark liefere elegante [5754g

Herrenanzüge u. Paletots nach Maß,

bar Kasse allerbilligste Preise von **35** Mark an.

Wer — selbst — Stoff — hat fertige von 20 Mark an. **J. Tomporowski,** Schneidermstr., **Prinzenstr. 55,** Ecke Dresdenerstr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. 92/2

Mittwoch, 3. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal VII):

Branchen-Versammlung
der
Drechsler.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Fachschriftstellers und Redakteurs der „Deutschen Drechsler-Zeitung" Herrn **Rud. Stübling** über: „Die Entwicklung der technischen Hilfsmittel im Drechslergewerbe." 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Verbands-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Die Kommission.**

Donnerstag, 4. Dezember, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V:

Branchen-Versammlung
aller in der
Telephon-Branche
und für
photographische u. chirurgische Apparate beschäftigten Tischler.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche. 2. Verschiedenes. **Die Kommission.**

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!

Montag, 8. Dezember, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Die wirtschaftliche Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften". Referent: Reichstagsabg. Kollege **Carl Kloss**, Stuttgart. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheit. 4. Verschiedenes.

NB. In dieser Versammlung erhalten die Vertrauensmänner die Billets zum Weihnachtsvergnügen. — Gäste willkommen!

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Kontrollkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8½ Uhr bei Thiel, Bergstr. 151—152:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Neuregelung und Festsetzung der Arbeitslosenunterstützung.

Jacob Katz

BERLIN, Alexanderstr. 1,
gegenüber dem Bahnhof.

Elektrische Taschenlampen.

in d. Westentasche zu tragen, für viele Tausend Erleuchtung., durch einen Druck jederzeit helles Licht. Preis **M. 2,—.** Feststellbar event. als Tischlampe zu benutzen **M. 3.**

Nur 4.75 M. kostet dieser ganz vorzüglich laut spielende **Phonograph,** der trotz seines staunend billigen Preises von solider Arbeit ist.

Künstlerwalzen 75 Pf.

Abgespielte Walzen werden in Zahlung genommen.

Bei Abnahme von **12 Berolina-Künstlerwalzen** kostet dieser **Phonograph nur 2 M.**

Jeder Käufer, der seinen Auftrag für Weihnachten vor dem 15. Dezember erteilt, erhält bei einem solchen von 10 M. an einen **photographischen Apparat** mit Zubehör **gratis.**

feste Preise.

Julius Lindenbaum
Frankfurter Strasse 141
Eckhaus der Frucht-Strasse

Gegründet 1879.

Anerkannt grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nord-Ost, und Süd-Ost für bessere, tadellos gearbeitete

Herren- und Knaben-Garderoben.

Grösste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation.

Winter-Paletots
Winter-Joppen
Elegante Anzüge.

Specialität: Maass-Anfertigung. 57932*

feste Preise.

Grosse Weihnachts-Gemälde-Auktion
in Eduard Guttmanns Kunst-Salon

Unter den Linden No. 58 part.

Morgen Donnerstag, den 4. Dezember d. J., und folgenden Tages gelangen daselbst durch den **Auktionator** Herrn **Carl Joseph** ca. **150 Original-Oelgemälde** moderner Künstler in **öffentlicher Versteigerung, meistbietend,** gegen bar zum Verkauf. Beginn der **Auktion** jedesmal **vormittags 10 Uhr. Freie** Vorbesichtigung von heute ab bis zur **Auktion:** täglich 9—7 Uhr in **Ed. Guttmanns Kunst-Salon, Unter den Linden 58 part.** 51/5

Gau 9. Bezirk I.

Die Berliner Bundesgenossen, insbesondere die Vorstandsmitglieder der Berliner Bundes-Vereine und die Gau-Vorstandsmitglieder werden hiermit zu heute, **Mittwochabend, 8½ Uhr** nach dem Lokale **Waldstraße 8** zu einer Besprechung eingeladen. 10/3

Der Gau-Vorstand.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10 über: **Sogenannte unheilbare Männerleiden. Mittwoch, 3. Dezbr.,** abds. ½9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. **Nur für Herren! Eintritt frei!** 8195

Englisch. Unterricht

(Einzel- oder im Zirkel) erteilt 5568L*

G. Swienty geb. **Liebknecht,**

Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin".

Unsre **Vereinsversammlung** findet **nicht morgen,** sondern **Freitag, den 12. Dezember,** bei **Merkowski** statt und werden die Mitglieder auf die von **C. Fischer** unterzeichnete Bekanntmachung hingewiesen.

Der Vorstand: **F. Stöckel.**

Seidenstoffe

Weltbekannt ist unsre 5646L*

Schwarze
Reinseidene Robe

in glatt und gemustert.

10 Meter **Mark 25,00.**

Seidenhaus

Pauldrach & Ott,

I. Geschäft: **Oranienstr. 153,**
II. „ **Rosenthalerstr. 20-21.**

— Man verlange Proben. —

Herren-Moden,

elegante Ausführg., geringe Teilzahlg.

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,

2 Treppen, am Alexanderplatz.

Teilzahlung!!!

Großes Lager und Auswahl von **Herren-, Damen-** und **Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten,** nur wöchentlich eine Mark. **Juhre & König,** Warschauerstr. 72. 57992*

Reste

zur

Damen-Mäntel-Konfektion und Kindergarderobe. Futterseiden, Besatzartikel fertige Mäntel in grosser Auswahl zu bill. Pr.

C. Pelz,

4. Kottbuser-Strasse 4.

Central-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Karl Bäthge

verstorben ist. 134/20

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Friedhofes zu Nieder-Schönhausen statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die örtliche Verwaltung.

J. A.: **H. Neumann.**

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Am Sonnabend, den 29. November, verstarb plötzlich an Lungenlähmung unser Mitglied, der Dreher

Hermann Fritz

im 43. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. d. M., nachmitt. 3 Uhr, von der Halle des Friedenskirchhofes zu Nieder-Schönhausen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Damen-Capes Jacketts-Saccos

billiger
als in jeder Fabrik 58142*

Reste

zu Kostümen, Damen-Mänteln, zu Mädchen- u. Knaben-Sachen.

O. Basch, Oranienstr. 202 pt.

Für 20 Mark

fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zutaten. **Weyer, Rosenthalerstr. 6/7.** Amt III 8524.

Frack-Verleih-Institut, Friedrichst. 151 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,— Hose 1,— Weste 50 Pf.

Krug zum grünen Kranze.

Im Grand Hôtel am Alexanderplatz.

Tägl. humoristisches Künstler-Konzert

unter Leitung des Herrn Kapellmeister **Lüdicke.**

Sehenswürdigkeit der Residenz.

Vorzüglicher Frühstücks- u. Mittagstisch zu billigen Preisen.

Reichhaltige Abendkarte.

Entree frei! [58792*] **Entree frei!**

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Materialwaren-, Obst- und Gemüsegeschäft, gutgehend, umständehalber zu verkaufen. Rixdorf, Lessingstraße 19. 665b

Waldparzellen, am See, sehr idyllisch, Quadratmeter 85 Pfennige, verkauft Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 695b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 1373R*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38, Beinkleider 7—11 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. 791b

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12055*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 50/3*

Tricotagen, Massenauswahl, fabelhaft billige Gelegenheitskäufe.

Kleiderstoffreste, bedeutend unter Preis.

Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, außerordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Leuchter mit Feuerzeug. Markus, Reinickendorferstraße 7a. 1442R*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße!

Christbaumschmuck für Händler von 20 Pf. an in reichster Auswahl. Müller, Albrechtstraße 16. 747b

Laubenbau. Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, neu und gebraucht, Dachpappe, Teer billig. Kottbuser Damm 22. 426b

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Kostümröcke, Stühle spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 50/3*

Posten Steppdecken (Cloth, imitiert Seide) zum Aussuchen: 3,90 Mark, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 734b*

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstraße 20. †92*

Betten, zwei Stand, rotgestreift, zwei Steppdecken, spottbillig, sogleich, Richtshofenstraße 13, II, Hühn. 124/10*

Komode, Kleiderspind, Vertiko, Sofa, Bettstelle, Paneelbrett, Küchensachen sofort verkauft Manteuffelstraße 77. Höfer. 807b

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Pianino sofort verkäuflich, Ritterstraße 120, I. 45/8*

Gelegenheits-Käufe: Paletots, Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teschings, Musikwerke spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 796b*

Goldsachen, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13396*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 13896*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Säulentrumeau, geschliffen, 40 M., Straußbergerstraße 6a, I. [46/10*

Cigarren, Cigaretten, Prima-Qualität, liefert Pole, Feilnerstraße 15.

Batschari-Cigaretten, Feilnerstraße 15. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Material- und Gemüsegeschäft ist sofort krankheitshalber billig zu verkaufen Warschauerstraße 11. 797b

Musikautomat zu verkaufen Forsterstraße 41. Mausolf. 844b

Umstände halber verkaufe zwei Stand Betten, zwei Steppdecken, Plüschtischdecke, großen Teppich billig. Naunynstraße 52, I links. 816b

Singermaschine und Phönix, beide noch neu, wirklich billiges Weihnachtspräsent, reelle Garantie, Umstände halber spottbillig. Koch, Moabit, Bremerstraße 57. †84

Junger Mann verkauft eine Stube Nußbaummöbel, noch neu, Garnitur, Säulentrumeau. Händler verbeten. Bergstraße 2, vorn I. 8455

Halbrenner, hochelegant, dringend 35,00. Schönhauser Allee 177a. Rausch.

Verkaufe schleunigst Plüschgarnitur, Paneelsofa, Spinde, 2 Bettstellen wie neu, Friedrichstr. 131d, vorn IV links.

Schaukgeschäft verkäuflich, billige Miete, Markusstr. 16. 811b

Billiges Brennholz, Abfallholz, täglich zu haben Schöneberg, Tempelhofer Weg 64, (Schneidemühle) bei Blankschein. 817b*

Fahrräder, verfallene, Riesenauswahl Qualitätsmarken, Brennaboräder, Adlerräder, Wanderräder. Gebrauchte Fahrräder 20,00, 30,00. Achtung! Winterpreise! Fahrrad-Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Damenuhren, verfallene, Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Herrenuhren, 14karätig, 30,00, Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Brillantringe, spottbillig, da verfallen, Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 124/12

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Damenkonfektion. Saccos, Paletots, Capes, Kostüme, Musterpieceen jetzt zu jedem annehmbaren Preise. Leipzigerstraße 112, II. *

Taschentücher, große Partie in Leinen, Batist, passend für Weihnachtsgeschenke, spottbillig. Leipzigerstraße 112, II. 1444R*

Handarbeiten, Reisemuster, zur Hälfte des Wertes Leipzigerstr. 112, II.

Kanarienroller 4,00, flotte Sänger, Neanderstraße 7. 51/8

Eine Geige zu verkaufen bei Naack, Grüner Weg 82, vorn III.

Verschiedenes.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzger, Steglitzerstraße 65. 252b*

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 608b*

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung.

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 801b*

Zahnatelier C. Gebicke, Stargarderstraße 3. †137*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. 802b

Brockhauslexikon und alle andern Bücher kauft, beleiht Antiquariat Rochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung Paulstraße 7, Lagerspeicher. *

Fahrrad kauft Rabiatt, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

75 Pfennige! Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Raterteilung. Allerbilligst Strafaufschub, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallsachen, Gnadengesuche. Bulkow, Stalitzerstraße 141. Abends 10 Uhr geöffnet. 847b

Vereinszimmer zu vergeben Kulmstraße 36. 702b*

Schneiderin, geschickt, empfiehlt sich in und außerm Hause. Seidel, Grünauerstraße 10. †18

Gesangverein sucht Saal oder Anschluß, Maskenball, Februar. Gradhandt, Prenzlauer Allee 215. *

Damenuhr gefunden. Abzuholen Rüdersdorferstraße 59 IV, Künzel.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacoby, Kolbergerstraße 26. 842b*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann sucht Beschäftigung im Gastwirtsgewerbe. War bereits mehrere Jahre im größeren Geschäft am Büffet, im Weinkeller und als Kellner thätig. Offerten erbeten unter T. 7 an die Expedition dieses Blattes.

Stellenangebote.

Tüchtige Intarsienschneider auf Bock oder Maschine mit elektrischem Betrieb finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn. Steiner, Koppenstraße 50. 818b

Gesanglehrer gesucht vom neugegründeten Gesangverein. Meldungen bis spätestens Freitag erbeten (Uebungsstunde) Restaurant Hugo Brietzel, Berlin O., Kronprinzenstraße 49. †116*

Farbigmacher auf geschweifte Stangen verlangt Schoost, Kotbuserstraße 38. 820b

Polierer auf Bügel, nur solche, verlangt Siegmund Engelmann, Metallwaren-Fabrik, Manteuffelstr. 125.

Rahmenmacher verlangt Kristan, Kottbuser Ufer 32. 841b

Berliner Groß-Destillation, altes Geschäft, sucht speciell für Berlin gut eingeführten Vertreter gegen feste Spesen und Gehalt. Offerten unter S. 7 Expedition des „Vorwärts".

Façonsacreiten - Schleifer gegen hohen Lohn sofort verlangt. Meldungen mit Zeugniskopie unter R. 7 an die Expedition dieses Blattes.

Arbeiterinnen besserer Knabenblusen, Rollkragen verlangt Jolles, Frankfurter Allee 111. 843b

Wollhäkterin, Kinderröcke, verlangt Güldenpfennig, Görlitzerstraße 21. †18

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Sohlenstepper
sofort verlangt
Pinner, An der Stadtbahn 41.

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:

Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krautstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Wegen ständiger Ueberstundenarbeit haben die organisierten Tischler der Möbeltischlerei von

Hahn & Metzkow,
Weißensee, König-Chaussee 71,

die Arbeit eingestellt. — Ebenfalls wurden die **Möbelpolierer** wegen ihrer Zugehörigkeit zum Möbelpolierer-Verbande entlassen.

Der Betrieb ist somit für Tischler und Polierer gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltungen.

Möbelpolierer.

In der Werkstatt von **Equitz,** Große Frankfurterstr. 135, haben die Kollegen wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt. 147/14

Um Zuzug fernzuhalten ersucht

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leib** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Montag eine Versammlung der Delegierten und der Vorstände der Central-Organisationen ab. Die Tagesordnung lautete: „Die Vorgänge bei der letzten Gewerbegerichtswahl“.

Kube, der namens des Ausschusses referierte, sagte, es sei vorauszusehen gewesen, daß die Lokalisten die bekannte Erklärung der Berliner Partei-Vertrauensleute ausnützen würden gegen die Central-Verbände. Die Verbände hätten kein Preßorgan, wie es den Lokalisten in der „Einigkeit“ zur Verfügung stehe, und deshalb notwendig, die Angriffe, welche von jener Seite gegen die Verbände gerichtet worden seien, an dieser Stelle abzuwehren. — Der Redner erörterte eingehend die geschichtliche Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung, sowie die bekannten Gegensätze, welche seit dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß zwischen der lokalen und der centralen Richtung zu Tage getreten sind, wobei er besonders die Berliner Verhältnisse berücksichtigte. Vor zwei Jahren seien die Centralisten noch mit den Lokalisten bei den Gewerbegerichts-Wahlen zusammengegangen. Die centrale Richtung habe die Einheitlichkeit nicht durch einen völligen Bruch mit den Lokalisten stören wollen, auch hätten die Centralisten damals noch an die Möglichkeit eines Zusammengehens bei bestimmten Gelegenheiten geglaubt. Die letzten beiden Jahre aber hätten gezeigt, daß diese Annahme nicht zutreffe. Der Gegensatz habe sich verschärft. Ein Zusammengehen mit den Lokalisten wäre jetzt völlig unmöglich gewesen, nachdem es sich die Lokalisten zur Aufgabe gemacht hätten, die Centralverbände und ihre Leiter in der gehässigsten Weise zu bekämpfen, ihre Aktionen zu hindern. Auch die Form, in der das Kartell für die Gewerbegerichts-Wahl dem Ausschuß lokalistische Kandidaten angeboten habe, lasse darauf schließen, daß man einen Konflikt habe heraufbeschwören wollen. „Hier sind unsre Kandidaten“, habe man einfach gesagt. Redner findet das nach all den Vorgängen, die die Lokalisten von den Centralisten völlig geschieden hätten, durchaus unpassend. Dem Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission seien die Leute nichts mehr angegangen, für ihn wäre die Sache erledigt gewesen. Und den Partei-Vertrauensleuten, bei denen sich das Kartell beschwerte, habe man auch nur sagen können, daß eine Verständigung ausgeschlossen sei. Nun hätte man die Angelegenheit laufen lassen können, wenn nicht die Vertrauensleute die Erklärung abgegeben hätten, daß das Verhalten der Gewerkschafts-Kommission in dieser Frage auf das schärfste zu verurteilen wäre. Dadurch wäre man gezwungen, Stellung zu nehmen. Von den Vertrauensleuten hätte man zum mindesten erwarten können, daß sie vorher eine genauere Untersuchung anstellen würden. In Wirklichkeit habe der Ausschuß gar nicht mehr freie Hand gehabt. Es sei die Aufnahme von 5 lokalistischen Kandidaten verlangt worden; die drei Maurer centralistischer Richtung hätten einfach durch drei Lokalisten ersetzt werden sollen. Darauf habe man unmöglich eingehen können, auf keinen Fall aber ohne Rücksprache mit den centralisierten Maurern. Hinzukäme, daß man ja mit der Uebernahme von Kandidaten jener Richtung nicht nur verlangte, sie mit auf die Liste zu nehmen; nein, man verlangte damit ja auch, daß die Lokalorganisierten von den Centralisten als ihre Vertrauensmänner in das Gericht hineindelegiert würden. Es sei doch nicht leicht, jemandem seine Stimme zu geben, der einem heftig bekämpfe und beschimpfe. — Man sage nun, es wäre nicht richtig, daß die Gewerkschafts-Kommission allein zu entscheiden habe. Demgegenüber verweise er auf den vor etwa einem Jahrzehnt in einer öffentlichen Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Berlins gefaßten Beschluß, daß die Berliner Streik-Kontrollkommission (die Vorläuferin der Gewerkschafts-Kommission) die Wahlen zum Gewerbegericht vorzubereiten habe. Die Kandidaten seien denn ja auch in öffentlichen Gruppen-Versammlungen, wo beide Richtungen vertreten waren, gewählt worden. Jetzt, nachdem das Verbindungsverbot gefallen sei, könne man es den Gewerkschaften, die der Kommission angeschlossen seien, nicht verdenken, wenn sie selber ihre Kandidaten nominierten. Nicht richtig sei also, daß die Kandidaten zur Gewerbegerichts-Wahl gemeinsam von der Partei und den Gewerkschaften aufgestellt worden seien. Von einem Unrecht und einer Ueberrumpelung seitens der Gewerkschafts-Kommission könnte nicht die Rede sein. Die Gewerkschafts-Bewegung bedürfe der Einheitlichkeit in der Organisation. So wie die Dinge lägen, sei ein Zusammengehen mit den die Einheit gefährdenden Sonderbündlern auf keinen Fall möglich, man könne deshalb den Vertrauensleuten kein Gehör schenken. In Bezug auf den „Vorwärts“ habe er nichts weiter zu erklären, da der „Vorwärts“ zum großen Teil zugegeben habe, was vom Ausschuß behauptet worden sei. (Widerspruch des Genossen Reinke.)

Es entspann sich eine längere Debatte, während der es öfter zu lebhaften Auseinandersetzungen kam. Große Unruhe veranlaßten die Ausführungen des ersten Redners, Behnke, der hervorhob, daß er selber Centralist sei, sich aber gegen das System wenden müsse, das jetzt in der Kommission vorherrschend sei. Die Mitglieder der Gewerkschaften seien vielfach andrer Ansicht als die Vertreter in der Kommission, die meist besoldete Beamte seien. Redner wendet sich ziemlich scharf dagegen, daß man das Kartell der Lokalorganisierten keiner Antwort gewürdigt habe, obwohl das Kartell die Namen seiner Kandidaten sieben Wochen vor der Gewerbegerichtswahl eingereicht hätte.

Basner meint, daß es sich bei dem Streit der Lokalisten und Centralisten um einen Streit zwischen Brüdern handle, wobei jeder Teil etwas Schuld habe. Früher sei es doch den Wählern bei den Gewerbegerichts-Wahlen gleichgültig gewesen, ob sie einem Centralisten oder Lokalisten wählten. Sie hätten eben für den klassenbewußten Arbeiter gestimmt. Wenn die Gewerkschafts-Kommission etwas Entgegenkommen gezeigt hätte, wäre sehr wohl eine Einigung möglich gewesen. Wenn diesmal nicht die Lokalisten schließlich vernünftiger gewesen wären als die Centralisten, zu denen Redner auch gehöre, dann hätte die gesamte Arbeiter-Bewegung Berlins einen derben Schlag erlitten. Die Gewerkschafts-Kommission leide an Großmachtskitzel. Redner bedauert, daß der Schlichtungsversuch der Vertrauensleute gescheitert sei. Die ganze Berliner Arbeiterschaft käme in Frage, und die würde sich ihre Leute ansehen, wenn wieder mal gewählt werde. In Fabriken und Werkstätten werde auf seiten der Arbeiter die Meinung laut, daß man bei der Wahl auch die Anhänger der andern Organisationsform hätte bedenken müssen. Redner warnt schließlich sehr energisch vor der Gründung eines allgemeinen Gewerkschaftsblattes, wovon man häufiger sprechen höre.

Th. Glocke hätte die Einladung der Vertrauensleute erwartet, so daß durch eine gegenseitige Aussprache vielleicht Klärung geschaffen worden wäre. Redner betont den Konnex zwischen Gewerkschafts-Bewegung und Partei-Bewegung, der immer gegeben sei, und giebt der Meinung Ausdruck, daß man am besten vor der Erledigung der Sache unter Hinzuziehung der Vertrauensleute eine Aussprache mit den Vertretern der Lokalorganisationen hätte herbeiführen müssen. Dann hätten vielleicht die Vertrauensleute der Gewerkschafts-Kommission recht gegeben. Die Taktik des Ausschusses, die Kandidatenliste des Kartells sieben Wochen liegen zu lassen und dann den Leuten zu sagen, man nehme sie überhaupt nicht, sei dagegen sehr unklug gewesen. Daß man ein zu großes Entgegenkommen zeige, dafür sei Redner allerdings auch nicht. Je nach den Umständen sei zu handeln, gelegentlich könne man auch mal, wenn nötig, die Lokalisten an die Wand drücken. Wünschenswert wäre auch jetzt noch eine Auseinandersetzung mit den Partei-Vertrauensleuten.

Silberschmidt: Die Lokalisten unter den Berliner Maurern, die etwa 2500 neben 8000 centralistisch organisierten Maurern ausmachten, hätten schon in der ersten Hälfte des September Kandidaten für die Gewerbegerichts-Wahlen aufgestellt, ehe die Kommission sich damit befaßte, und zwar gleich 3 für die 3 ausscheidenden Maurer und ohne den Verband zu fragen. Das beweise die Absicht, es zum Streite zu bringen. Er könne erklären, daß der Ausschuß der Kommission vollständig die Billigung der Mitglieder des Maurer-Verbandes habe. Redner verweist darauf, daß die Verbände und ihre Leiter in jeder Weise von den Lokalisten und ihren Blättern (er citiert die „Solidarität“ der Metallarbeiter) mit Schmutz beworfen würden. Daß es einmal zum Bruch habe kommen müssen, sage fast jeder; da sei es dann schon egal, ob heut oder morgen. Es sei falsch, wenn der „Vorwärts“ sage, es sei beiden Richtungen in der Gewerkschafts-Bewegung Rechnung zu tragen, da nun einmal zwei beständen. Der Ausschuß sei übrigens im Einverständnis mit den übrigen Gewerkschafts-Vorständen und -Vertretern so vorgegangen. Und es sei die logische Folge der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Lokal- und Central-Organisationen.

Döblin stellte sich auf den vom Referenten und Silberschmidt vertretenen Standpunkt und wendet sich gegen das Verhalten der Vertrauensleute und gegen die Stellung des „Vorwärts“, der erkläre, die Neutralität wahren zu wollen, und hierbei vom Standpunkte der Gleichberechtigung von Lokal-Organisation und Centralisation ausgehe. So lägen die Dinge nicht, es handle sich nicht mehr um den Streit wegen der Organisationsform, sondern darum, daß die jetzt bestehenden Lokal-Organisationen jedes Bestreben der großen Verbände, bessere Lebensbedingungen zu schaffen, bessere Tarife zu erzielen, zu hintertreiben, zu schädigen suchten. Wollten die Lokalisten wirklich ehrlich mitarbeiten, dann sollten sie zu den Verbänden kommen, und die Partei-Vertrauensleute würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie dahin wirkten.

Wiesenthal schloß sich im wesentlichen Silberschmidt und Döblin an.

Durch einen Schlußantrag wurde die Diskussion beendet, worauf eine längere erregte Geschäftsordnungs-Debatte entstand. Im Laufe derselben fragte Wels an, ob das Gerücht, man gehe mit der Gründung eines eignen Gewerkschaftsblattes der Centralverbände um, auf Wahrheit beruhe. — Der Vorsitzende Kunze erklärte, der Ausschuß habe sich mit einem derartigen Plane nicht beschäftigt. Von dieser Seite sei keine Veranlassung zu jenem Gerücht gegeben worden. — Redakteur Reinke bemerkte, er habe sich zum Wort gemeldet, um auf die Debatte, soweit sie den „Vorwärts“ betraf, einzugehen. Das sei ihm leider durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden. Er wolle nur noch bemerken, daß der „Vorwärts“ in seiner Polemik mit dem Ausschuß den Ausführungen des letzteren keineswegs zugestimmt habe.

Hierauf wurde von mehreren Seiten gewünscht, daß die Debatte vertagt werde, um in der nächsten Versammlung dem Vertreter des „Vorwärts“ Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Ferner wurde angeregt, auch die Vertrauensleute der Partei zur nächsten Versammlung einzuladen, da diese Angelegenheit nicht ohne Hinzuziehung der Partei-Instanzen erledigt werden könne. Gegen den letzteren Vorschlag wurde eingewandt, die Vertrauensleute hätten dem Vernehmen nach schon ihrerseits beschlossen, sich behufs Regelung der Meinungsverschiedenheiten mit dem Ausschuß in Verbindung zu setzen. Es wurde beschlossen, die Debatte in der nächsten Versammlung fortzusetzen. Die Einladung der Vertrauensleute wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, die Einladung der Redaktion des „Vorwärts“ fast einstimmig beschlossen.

Reinke bringt darauf zur Sprache, daß die Sitzungen der Kommission jetzt der „Vorwärts“-Redaktion gewöhnlich so spät durch das Gewerkschaftsbureau angezeigt würden, daß es der Redaktion nicht mehr möglich wäre, einen Berichterstatter in die Versammlung zu senden, falls die Redaktion nicht von andrer Seite rechtzeitig erfahre, daß die Gewerkschafts-Kommission Sitzung habe. Von der heutigen Versammlung, von der doch vorauszusehen war, daß auch am „Vorwärts“ Kritik geübt werden würde, sei die Redaktion durch das Gewerkschaftsbureau überhaupt nicht benachrichtigt worden. Von andrer Seite habe Redner allerdings von der Einberufung der Versammlung Kenntnis erhalten und für Berichterstattung gesorgt. Beim Eintritt in das Lokal habe ihm Genosse Link mitgeteilt, daß er (Link) vom Ausschuß beauftragt sei, über diese Versammlung für den „Vorwärts“ zu berichten. Redner frage die Vertreter der Gewerkschaften, ob sie damit einverstanden seien, daß die seit Jahren übliche eigne Berichterstattung des „Vorwärts“ durch eine offiziöse Berichterstattung des Gewerkschaftsbureaus ersetzt werden solle. (Große Bewegung und Unruhe.)

A. Körsten antwortete: Reinke habe früher immer die Berichte gemacht. In dieser Sache sei er Partei, deshalb habe der Ausschuß Link damit beauftragt. Im übrigen wirft Körsten Reinke Unwahrheit vor, welchen Vorwurf dieser bestimmt und entschieden zurückweist und den Redner ersucht, seine Behauptungen in der nächsten Versammlung zu beweisen. — Unter lebhafter Bewegung auf allen Seiten wurde die Versammlung geschlossen.

Lokales.

In den Arminhallen setzt heute abend 8½ Uhr Gen. Stadthagen seinen Vortrag über Arbeiterschutz und Arbeiterrecht fort. Rege Beteiligung, namentlich der Frauen, ist erwünscht.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu beschäftigen: Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Bewilligung von Mehrkosten zu verschiedenen städtischen Bauten — und die Etatsüberschreitung beim Vorarbeiten-Fonds für Bauausführungen der städtischen Hochbau-Verwaltung. — Vorlagen, betreffend die Feier des Geburtstages des Kaisers und Königs, — den Jahresabschluß der Verwaltung des Abladewesens für das Etatsjahr 1901, — die speciellen Entwürfe für das Lehrerwohnhaus der Gemeindeschule in der Samariterstraße und für die Gemeindeschule in der Putbuserstr. 3/6, — den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Straße 4 und 1A., Abteilung XIII[1] (nahe der Greifswalderstraße), — die Ferien-Ordnung an den höheren Lehranstalten für das Schuljahr 1903, — die Pensionen und die Hinterbliebenen-Versorgung der Bediensteten der Berliner Berufs-Feuerwehr, — den Verkauf einer an der Kopenhagenerstraße belegenen städtischen Bauparzelle, — die Teilung des Bezirks der 111c. Armenkommission, — die Vorentwürfe zum Neubau einer höheren Mädchenschule und einer Gemeinde-Doppelschule in der Pankstr. 22a/23, sowie einer Gemeindeschule am Koppenplatz 12, — den speciellen Entwurf zum Neubau der Gemeinde-Doppelschule in der Hausburgstraße (früher Straße 48B) — die Festsetzung des Etats für die Verwaltung der städtischen Feuer-Societät für 1. Oktober 1902/1903 — und die Neuwahl von zwei Bürgerdeputierten für die städtische Parkdeputation. Am Beginn der Sitzung findet die Einführung und Verpflichtung der neugewählten Stadtverordneten Dr. Hellwig, Kollokowsky und Voigt und um 6 Uhr die Wahl des zweiten Bürgermeisters, sowie im Anschluß daran die Wahl eines besoldeten Stadtrats statt.

Der Magistrat will aus hygienischen Gründen die an den öffentlichen Brunnen noch vorhandenen Trinkbecher entfernen lassen, nachdem die Baudeputation sich kürzlich für diese Maßregel ausgesprochen hat.

Vom Stande der Milchcentrale. Klagen der Milchcentrale gegen bäuerliche Milchverwertungs-Genossenschaften auf Zahlung von statutenmäßigen Abgaben und Anteilsbeträgen standen gestern in größerer Anzahl vor der 24. Civilkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Verklagt waren die bäuerlichen Genossenschaften zu Krewetin, Rüthnick, Thyrow und Petershagen, sämtlich in der Mark, wegen Summen, welche zwischen 2000 und 3000 M. schwankten. Rechtsanwalt Brückmann, als Vertreter der Milchcentrale, erklärte, gegen die Genossenschaft in Petershagen heute keine Anträge stellen zu wollen. Als Anwalt der drei andren bäuerlichen Genossenschaften beantragte Rechtsanwalt Dr. Flatau, die Sachen an die Kammer für Handelssachen zu verweisen, da die sämtlichen Parteien nach der positiven Vorschrift des Genossenschaftsgesetzes als Kaufleute anzusehen seien. Der Gerichtshof trat dieser Auffassung bei und erkannte nach dem Antrage.

Der erste Schnee ist gestern gefallen und hat damit dem Winter die rechte Signatur gegeben. Infolge des andauernden Frostes hat die Schiffahrt eingestellt werden müssen. Die Spree und die Havel sind auf weite Strecken zugefroren und das Eis dadurch zum Stehen gekommen. Die Bauthätigkeit ruht schon seit dem ersten Frost fast vollständig und die bösen Folgen der Arbeitslosigkeit machen sich mehr und mehr fühlbar. Auch auf dem Kohlenmarkt sind die Folgen des Frostes zu spüren. Die sogenannten Sommerpreise für Kohlen haben längst den Winterpreisen Platz gemacht, nur Coaks machte bis jetzt eine Ausnahme. Während im vorigen Jahre ganzer Coaks von den städtischen Gasanstalten 130 Pf. und gebrochener 150 Pf. pro Hektoliter kostete, kam in diesem Jahre grober Coaks nur 90 und gebrochener 100 Pf. pro Hektoliter. Vom Mittwoch ab wird dieser Preis auf allen städtischen Gasanstalten um 10 Pf. pro Hektoliter erhöht. Da der Preis auch jetzt noch gegenüber den Kohlenpreisen als ein verhältnismäßig billiger bezeichnet werden muß, so ist es angesichts der großen Nachfrage nicht ausgeschlossen, daß bei anhaltender Kälte und Abnahme der Vorräte eine weitere Erhöhung eintritt, besonders für zerkleinerten, der bedeutend schwerer als der andre ist.

Aus dem Großstadttrubel. Vierzehn Personen sind im Monat November polizeilich als verschwunden angemeldet worden; acht davon haben sich bei ihren Angehörigen eingefunden. Drei der Vermißten sind als Leichen aufgefunden. Es liegt in allen drei Fällen Selbstmord vor. Von drei Personen konnte der Aufenthalt noch nicht ermittelt werden. Ein polizeiliches und staatsanwaltliches Verfahren knüpft sich an die Wiederauffindung von zwei jungen Mädchen, welche ebenfalls mehrere Tage verschwunden waren. Auf Grund der Angaben der Beiden ist eine Untersuchung gegen eine im Westen der Stadt wohnende Frau wegen Kuppelei eingeleitet. Von den im Oktober verschwunden gemeldeten Personen ist nur der Verbleib einer einzigen nicht ermittelt worden. Es ist dies der Kaufmann Steinauer, der, wie wir bereits wiederholt erwähnten, ermordet worden ist.

Einem wahrhaft genialen Schwindel fiel, wie die „B. N. N.“ mitteilen, dieser Tage der Inhaber eines Geschäfts in der Friedrichstraße zum Opfer. Vor seinem Schaufenster waren zwei Herren in Disput geraten, der damit endigte, daß der eine von seinem Gefährten derartig in die große Spiegelscheibe gestoßen wurde, daß sie klirrend zersprang. Während der Thäter schleunigst um die Ecke verschwand, wurde der zurückgebliebene Zerbrecher der Scheibe von dem Geschäftsinhaber und seinem Kommis festgenommen und in das Innere des Ladens geführt, wo man ihn aufforderte, den Wert der Scheibe mit 180 Mark zu begleichen. Der Fremde erklärte, daß er zur augenblicklichen Zahlung nicht im stande wäre. Er sei Geschäftsreisender von auswärts und seine Privatmittel bestünden momentan in 60 M., von denen er 30 M. zahlen, den Rest später einsenden wolle. Damit erklärte sich der geschädigte Geschäftsinhaber jedoch nicht einverstanden. Er forderte vielmehr den Reisenden auf, ihm zur Feststellung seiner Persönlichkeit auf die Wache zu folgen. Der junge Mann bat flehentlich, ihm diese Schande nicht anzuthun, lieber wolle er den Betrag aus den Geschäftsgeldern decken, die er mit sich führe. Der Geschäftsinhaber müsse ihm aber auf der Quittung ausdrücklich bestätigen, wofür das Geld des Prinzipals ausgegeben sei. In sichtlich großer Erregung entnahm der Reisende hierauf seiner Brieftasche einen Tausendmarkschein, den er dem Geschädigten übergab. Er erhielt 820 M. zurück und die gewünschte Quittung. Dann entfernte er sich mit den Worten: „Dieses Geld wird Ihnen keinen Segen bringen!“ Der Geschäftsinhaber fühlte, als der Reisende fort war, in der That ein menschliches Rühren. Er entschloß sich daher, dem jungen Manne den Betrag zurückzugeben und ihm die Schuld zu stunden. Zu diesem Zweck begab er sich in das von dem Fremden als Wohnung angegebene Hotel. Hier erfuhr er aber, daß ein Reisender des Namens, den ihm der Scheibenzertrümmerer angegeben, gar nicht daselbst wohne. Er kehrte, etwas stutzig geworden, nach Hause zurück. Erst einige Stunden später, als er den Tausendmarkschein wechseln wollte, stellte es sich heraus, daß es ein Falsifikat war, und es wurde ihm klar, daß er das Opfer zweier geriebener Gauner geworden war.

Die Not. Der 47 Jahre alte Arbeiter Ludwig Eug aus der Oudenarderstr. 38 hatte vor sieben Jahren das Unglück, daß ihm in einer Eisenfabrik in der Heidestraße ein schwerer Hammer auf den rechten Fuß fiel. Seitdem war er arbeitsunfähig. Die Invalidenrente, die er seit sechs Jahren erhielt, half über das Schlimmste hinweg, solange seine Frau, die vier Jahre älter ist, gesund war. Aber seit einem Vierteljahre schon ist die Frau brustkrank und bettlägerig. Da auch eine verheiratete Tochter nicht helfen konnte, weil sie mit ihrer eignen Familie genug zu thun hat, so packte den Mann die Verzweiflung, da er keinen Ausweg mehr sah. Am Montag machte er durch Erhängen seinem Leben ein Ende.

Mit amtlichen Geldern durchgebrannt war der Posthalter Kernisch aus Löderburg. Aus einem Briefe, den die Heimatsbehörde auffing, sah man, daß er nach Berlin gefahren war. Hier ermittelte ihn die Kriminalpolizei in einem Privathotel, nahm ihn fest und führte ihn der Heimatsbehörde wieder zu.

Im Eisenbahncoupé entbunden wurde gestern nacht eine Arbeiterfrau aus Rixdorf, die in Begleitung ihres Mannes nach Berlin gefahren war, um Einkäufe zu besorgen. Um Mitternacht wollte das Ehepaar von dem Potsdamer Ring-Bahnhof aus mit dem Südring-Zuge nach Hause zurückkehren. Kaum hatte die Frau das Abteil des Zuges bestiegen, als sie eines Kindes genas. Die Passagiere desselben Wagens mußten aussteigen, weil er vom Zuge losgekoppelt und auf ein totes Geleis geschoben wurde. Inzwischen war die Charité benachrichtigt worden, welche die junge Mutter und das neugeborene Kind vom Bahnhofe abholen ließ.

Die Taschendiebe haben jetzt, wo die Warenhäuser mit ihren Weihnachtsausstellungen große Menschenmengen anlocken, wieder reiche Ernte. Ein Arbeiter Max Günther, der sich einen falschen Namen beilegte, wurde festgenommen, nachdem er zweimal ohne Erfolg versucht hatte, einer Dame das Portemonnaie zu entwenden. Er hatte aber vorher schon „gearbeitet“; denn man fand bei ihm ein braunledernes Portemonnaie mit gelbem Schloß, dessen Klappe mit eingepreßten Blumen verziert ist, mit einem größeren Betrage. Einer jungen Arbeiterin aus Rixdorf, deren Eltern sehr achtbar sind, wurden sechs Portemonnaies abgenommen. Eins enthielt 80 M., mehrere Rabattsparmarken des Vereins Friedrichshain und einen Postabschnitt mit dem Namen Gastwirt W. Müller, Zorkowo bei Bick, ein andres Versicherungsmarken und einen namhaften Betrag. Ein Portemonnaie ist aus Perlmutter mit eingelegten Rosen. In der Wohnung der Diebin fand man noch eine Anzahl schon geleerter Damen- und Herrenportemonnaies.

Gewarnt wird vor dem Ankauf eines Rollwagens mit Gespann, der am 26. v. M. in Hamburg gestohlen wurde. Nach den bisherigen Ermittelungen sind die Diebe mit ihm nach Berlin unterwegs. Er trägt die Aufschrift Nr. 31 942 Gebrüder Bruhn und ist mit einem Fuchswallach und einer braunen Stute bespannt.

Aus dem Straßenbahnbetriebe. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern vormittag in der Tauenzienstraße zugetragen. Eine gut gekleidete Dame wollte gegen 10 Uhr den Fahrdamm der Tauenzienstraße an der Ecke der Passauerstraße überschreiten, als eine Droschke erster Klasse herannahte. Die Frau wollte noch vor derselben den gegenüberliegenden Bürgersteig erreichen und rannte heftig an dem Gefährt vorbei, ohne darauf zu achten, daß zu derselben Zeit ein Motorwagen der westlichen Vorortbahn, Linie Halensee—Lintstraße, heransauste. Die Dame stieß mit dem Kopf blindlings gegen die Vorderplattform des Motorwagens und wurde seitlich zu Boden geschleudert. Die Unglückliche hatte eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und mußte nach dem Charlottenburger Krankenhause gebracht werden, woselbst sie noch immer besinnungslos daniederliegt. Die Personalien

der etwa dreißigjährigen Frau konnten noch nicht festgestellt werden. Zu einer ausgedehnten Betriebsstörung kam es in der gestrigen Nacht im Betriebe der Charlottenburger Straßenbahn. Auf dem Kraftwerk der Straßenbahn-Gesellschaft platzten gegen 10 Uhr abends die Speiseröhren zu den Kesseln, wodurch das gesamte Bahnnetz stromlos wurde. Die Speiseleitungen mußten an die Berliner, Charlottenburger und Schöneberger Elektricitätswerke angeschlossen werden. Bis zur Beendigung dieser Arbeit, die etwa zwei Stunden dauerte, ruhte der gesamte Straßenbahn-Verkehr in Charlottenburg.

Bei den Ausschachtungen in der Kaiser Wilhelmstraße verunglückte gestern der 60 Jahre alte Arbeiter Ernst Griese aus der Graunstraße 32, indem er in einen Schacht fiel und sich schwere Kopfwunden und innere Verletzungen zuzog. Der Verunglückte wurde mit einem Koppschen Rettungswagen nach der Charité gebracht.

Selbstmord eines Vicewachtmeisters. In einer Restauration der Barutherstraße verübte gestern nachmittag der etwa 35 Jahre alte Vicewachtmeister D. Selbstmord, indem er sich mit einem Taschenmesser am Halse und am Unterleibe tödliche Verletzungen beibrachte. D. war gegen mittag in der Restauration erschienen und hatte dort längere Zeit in Gesellschaft der bedienenden Kellnerinnen gezecht. Gegen 2 Uhr entfernte er sich aus dem Zimmer. Da er nach geraumer Zeit nicht wieder erschien, schöpfte man Verdacht. Man öffnete daher mit Gewalt das Klosett und fand hier den Vicewachtmeister D. am Boden liegend fast leblos vor. Sofort wurde ein Arzt aus der benachbarten Unfallstation der Belle-Alliancestraße herbeigerufen, der die Ueberführung des Soldaten in die Unfallstation anordnete. Als man hier dem Verletzten einen Verband anlegen wollte, schlug er um sich; plötzlich sank er bewußtlos nieder und war nach wenigen Sekunden tot. D. diente seit mehreren Jahren bei der dritten Compagnie des Garde-Train-Bataillons in Tempelhof und war seit einiger Zeit verlobt. Als Soldat hat er sich, soweit bisher bekannt, niemals etwas zu Schulden kommen lassen, so daß hier der Grund für die Verübung des Selbstmordes nicht zu suchen sein dürfte.

Eine Cirkusleistung.

Oben an der Decke des Cirkus Schumann hängt eine riesenhafte aus Holzbrettern zusammengefügte Spirale. Das Cirkus-Programm wird in üblicher Weise abgewickelt; Reiter und Reiterinnen führen ihre Bravourstücke vor; Clowns machen geistreiche Späße und der Direktor erfreut den sachverständigen Teil seines Publikums dadurch, daß er eine halbe Stunde lang seine Pferde alle denkbaren Kunstübungen anstellen läßt. Endlich kommt die angekündigte Sensationsnummer heran. „Ein stiller Geist ist jahrelang geschäftig — die Zeit nur macht die feine Gärung kräftig — und alles was dazu gehört — es sind gar wunderbare Sachen — der Teufel hat sie's zwar gelehrt — allein der Teufel kann's nicht selber machen." Die Vorbereitungen zu dem Kunststück, an das selbst der Teufel sich nicht heranwagt, dauerte längere Zeit. Die hölzerne Spirale wird in die Manege hinabgelassen und mit einer langen schmalen Brücke verbunden, die nach oben bis zur äußersten Fensterhöhe des Cirkus führt. Dort am Ende, hart unter dem Dach steht ein Fahrrad. Endlich ist der umständliche Aufbau fertig; ein Angestellter klettert an der Spirale herum, prüft, ob alles gut befestigt sei und ein andrer schreitet den langen Steg hinauf, ebenfalls sorgfältig auf die Herrichtung achtgebend. Nun hält ein Mann eine Ansprache an das Publikum. Er verkündet, daß der Amerikaner Mr. Diavolo geradeswegs aus New York komme, allwo er im Madison Square das Publikum mit seiner unerhörten Leistung begeistert habe. Die Zuschauer möchten auf alles achtgeben, um himmelswillen aber während der Vorstellung keinen Beifall spenden, da Herr Diavolo dadurch außer Fassung gebracht werden könne. Nun spaziert der Amerikaner den Steg hinauf, setzt sich oben aufs Rad und saust dann mit riesiger Geschwindigkeit die Bahn hinunter, rund um die Spirale herum, Kopf unten, Füße oben, und dann mit einem Wuppdich aus der Manege heraus. Kaum eine Sekunde dauert diese waghalsige Herausforderung an das Gesetz der Schwere. Als solche kann man der unerhört verwegenen Leistung einen wissenschaftlichen Wert zuerkennen. Ob es angebracht ist, ihr zu Gefallen einen Beinbruch zu riskieren, diese Frage steht auf einem andren Blatt. Der Amerikaner wird sich bei ihrer Beantwortung aber wohl weniger auf den wissenschaftlichen als auf den Standpunkt des Geldverdienens stellen.

Feuerbericht. Gestern früh hatte die Feuerwehr in der Neuen Königstr. 68 einen Brand zu löschen, der auf dem Boden ausgekommen war und die Dachkonstruktion ergriffen hatte. Nachts um 3 Uhr bei schneidendem Ostwinde wurde die Feuerwehr nach der Wollinerstr. 56 gerufen. Grober Unfug lag der Meldung zu Grunde. Leider ist der Thäter unerkannt entkommen. Gleichzeitig mußte in der Sophienstr. 33 ein Feuer gelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Ferner hatte die Feuerwehr in der Elsenstr. 93 zu thun, wo in einer Lampenfabrik Feuer entstanden war. Abends um 6 Uhr wurden drei Brände aus der Koloniestr. 28, Frankfurter Allee 142 und Exerzierstr. 1a gemeldet. Es brannten dort ein Seifengeschäft in großer Ausdehnung, eine Küche und der Boden des Hauses. Gleich darauf waren noch zwei Wohnungsbrände in der Koloniestraße und Linienstr. 6 zu löschen. Ein Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Buchenstr. 3 und ein Balkenlager-Brand in der Christburgerstr. 33.

Feuer im Meßpalast, Alexandrinenstraße 110, machte Dienstagabend der Feuerwehr viel zu schaffen. In einem mit Kisten und Holzwolle angefüllten Keller auf dem zweiten Hofe war der Brand auf noch nicht ermittelte Weise entstanden. Ein Vordringen zum Brandherd war nur unter Benutzung von Rauchschutz-Apparaten möglich. Die Löschmannschaften hatten schwer unter der Verqualmung und der Hitze zu leiden. Die vollständige Ablöschung nahm eine Stunde in Anspruch.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte am Montag einige recht wesentliche Angelegenheiten zu erledigen. In erster Linie handelte es sich um die Ueberlassung des Patzes Y an die hiesige Kirchengemeinde. Der Magistrat hat die ganze Vorlage zurückgezogen, weil zunächst mit den bei der Durchführung der Eisenacherstraße in Betracht kommenden andern Eigentümern in Verhandlung getreten werden soll. Ein Dringlichkeitsantrag des Stadtverordneten Lohausen, auf Grund der Kommissionsbeschlüsse die Sache zu erledigen, wurde mit geringer Majorität abgelehnt. Zu letzterer gehörten auch unsre Vertreter, die somit den Ausschlag gaben. Stadtverordneter Panser (Soc.) vertrat den Standpunkt, daß die Angelegenheit, soweit es sich auf den Tausch beziehe, im Interesse der baldigen Verlängerung der Eisenacherstraße aufzugeben und eventuell das Enteignungsverfahren einzuleiten sei. Die vom Magistrat wiederholt beantragte Richterhebung der Viermarksteuer für das Einkommen von 660—900 M. wurde gegen die Stimme des Stadtv. Lessig angenommen.

Sodann gab die Versammlung ihre Zustimmung zur Enteignung des zur Straße A des Westgeländes gehörigen Straßenlandes. Gegen die Stimmen unsrer Vertreter wurde sodann der Privatvertrag des Magistrats mit dem Baumeister Utz angenommen, wonach letzterer die Verpflichtung eingeht, auf seinen 7 Grundstücken an der Stierstraße (Friedenauer Ortsteil) nur Vorderwohnungen nicht unter vier und Hinterwohnungen nicht unter zwei Zimmern zu errichten. Herr Utz muß zu diesem Zweck 35 000 M. Kaution hinterlegen. Mit Recht wandten sich unsre Genossen gegen eine solche Beschränkung der Bautätigkeit, die nur eine Absperrung des Zuzuges der ärmeren Bevölkerung nach jener Gegend zum Zweck habe. Der Ueberfluß an großen, leerstehenden Wohnungen und der Mangel an kleinen gesunden Wohnungen rechtfertige eine solche Maßregel in keiner Weise. — Der Magistratsvorlage betr. den Ausbau des rechten Flügels der Gemeindeschule an der Rubensstraße wurde zugestimmt, nachdem der Antrag Strauch, gleich beide Flügel zu erbauen und in dem einen eine neu zu errichtende höhere Mädchenschule zu errichten, abgelehnt worden war.

Leerstehende Wohnungen in Charlottenburg. Das Statistische Amt hat mit Hilfe der Polizeidirektion Mitte November d. J. wiederum die leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale ermitteln lassen. Das Resultat ist folgendes: Es standen Wohnungen ohne Geschäftslokale leer mit 1 Zimmer und Küche 38, mit 1 Zimmer ohne Küche 4, mit 2 Zimmern 178, mit 3 Zimmern 282, mit 4 Zimmern 199, mit 5 Zimmern 136, mit 6—8 Zimmern 221, mit 9—10 Zimmern 20 und mit mehr als 10 Zimmern 12, insgesamt 1000 Wohnungen. Dazu kommen noch 106 Geschäftslokale mit und 80 ohne Wohnungen. Im Vergleich zu den Erhebungen im Mai d. J. ist der Vorrat an Wohnungen um 300 gestiegen, und zwar verteilt sich der Zuwachs etwa zur Hälfte auf kleinere Wohnungen bis zu 3 Zimmern. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen von 1 Stube ohne Küche ist seit Mai d. J. von 3 auf 4 gestiegen, die von 1 Stube mit Küche von 16 auf 38, die von 2 Stuben von 96 auf 178, die von 3 Stuben von 150 auf 178. Die Einsicht in die Adressen der leeren Wohnungen ist Wohnungsuchenden auf dem Statistischen Amte, Rosinenstraße 12, gestattet.

Britz. Zum provisorischen Amtsvorsteher hat der Landrat des Kreises Teltow den bisherigen stellvertretenden Amtsvorsteher Hummel bestellt. — Die Gesamtschulden der Gemeinde, die in 14 Anleihen in der Höhe von 1 191 045 M. aufgenommen worden sind, sollen in eine einheitliche Schuld umgewandelt werden, die mit $3^1/_2$ Proz. zu verzinsen ist. Die bei der Kreis-Sparkasse aufzunehmende Anleihe soll jährlich in dem Betrage von $1^1/_2$ Proz. getilgt werden. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, daß der bisherige Gemeindevorsteher Regling, der sein Amt am 10. November niedergelegt hat, das über diesen Termin hinaus bis zum 1. Dezember empfangene Gehalt zurückzahlen soll. Die Gerüchte über Herrn Regling, die in Berliner Blättern wiedergegeben sind, wurden vom Vorsitzenden für falsch erklärt.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher. (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 3. d. M., abends 10 Uhr: Versammlung, Rosenthalerstr. 57. Tagesordnung: Vortrag.

Centralverband der Konditorgehilfen und verwandter Berufe. Heute, Mittwoch, abends 9 Uhr bei Stiehr („Hamburger Haus"), Linienstraße 96: Mitgliederversammlung.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Versammlung am Mittwoch, den 3. November, abends $8^1/_2$ Uhr, im „Englischen Hof", Neue Roßstr. 3. Vortrag des Frl. Fanny Imle über: „Die sociale Bedeutung der Konsumgenossenschaften." Gäste willkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 3. Dezember.

Anfang $7^1/_2$ Uhr:
Opernhaus. Undine.
Schauspielhaus. König Laurin.
Deutsches. Minna Barnhelm.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Nachm. $2^1/_2$ Uhr: Der Struwwelpeter.
Lessing. Die Ehre.
Central. Madame Sherry.
Neues. Der Gemeine.
Residenz. Seine Kammerzofe. (Nelly Roxier).
Westen. Das Heimchen am Herd. Nachm. 3 Uhr: Rübezahl.
Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Kabale und Liebe.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Der Pfarrer von Kirchfeld.
Belle-Alliance-Theater. Die Schröderischen.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Emilia Galotti.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Buntes Theater. Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Der Hund. — Abergläubisch.
Kleines. Rausch.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Central-Theater

Mittwoch, 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat 1 Kind frei:
Schneeweißchen und Rosenrot.
Weihnachtsmärchen m. Gesang u. Tanz.
Abends $7^1/_2$ Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Zeller.
Donnerstag und folgende Tage $7^1/_2$ Uhr: **Madame Sherry.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Nur noch 4 Aufführungen!
Ilse Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Benefiz für Frl. Roger. **Ilse Römer.** Sonnabendnachmittag: **Frau Holle.** Sonntagnachmittag: **Romeo und Julia.** Sonntagabend, zum 1. Male: **Witwe Dalila.**

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um **8** Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine **schneeweisse Negerin** von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.

Das Elite-Weihnachts-
Fest-Programm.
Liane Leischner,
Secessions-Soubrette.
Bajerri als Beethoven,
sensationelle musikalische Recitationen.
Georg Kaiser prolongiert.
Kinematograph:
Krupps Leichenzug.
14 neue erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

Münchener Ensemble-Gastspiel
Heute abend 8 Uhr: Zum 5. Male:
Die Schröderischen.
Bürgerl. Volksstück v. **H. Schrottenbach.**
Morgen und folgende Tage: **Die Schröderischen.**

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Das Riesen-Dezember-Programm.
$8^1/_2$ Uhr: $8^1/_2$ Uhr:
Goldene Jugend.
Gr. Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz von W. Gericke.
Hyronimus Fiebig — Dir. **R. Winkler.**
Durchweg neue Schau- und Kunstnummern. — Nur Schlager I. Ranges.
Soeurs Blanche, Gymn. Melangeakt. **Charles Merino,** Champion Equilibrist. **Mr. Montani,** Gr. Dressurakt. **Ylang You,** Gaukler, unerreicht. **Aniela Koncewicz,** Soubr.-Diva. **Schwestern Montani,** Doppel-Drahtseil. **Miss Nebula,** mysteriöser Lichtakt.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree **50** Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Jugendfreunde.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72—73.
Zum **497.** Mal:
Charleys Tante.
Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. $8^1/_2$ Uhr.
Vorher: **Cassis Pascha.** Anf. $7^1/_2$ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gastspiel des Frl. **Klara Iszka: Alexandra.** Schauspiel in 4 Akten von R. Voß.

Luisen-Theater.

Zum 1. Male:
Emilia Galotti.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse, Invaliden-, Künstlerdank u. Warenhäuser A. Wertheim.
Donnerstag: **Emilia Galotti.** Freitag: **Faust.** Sonnabend: **Der grüne Karl.** Sonntag 3 Uhr: **Die Räuber.** 8 Uhr: **Deborah.**

Metropol-Theater.

Zum 5. Mal:
Die zwölf Frauen des Japhet.
Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund. In Scene gesetzt v. Direktor Richard Schulz. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Hermann Haak. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Frid-Frid. Junker-Schatz. Wini Grabitz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Buntes Theater

(Ueberbrett'l.)
Köpnickerstraße 68. Anfang **8 Uhr.**
Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Der Hund. — Abergläubisch.
Bunter Teil:
Leitung: **Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Bokken Lasson. — Carla Lingen a. G. — Hans Fredy.**

Winter Garten

Vollständig Neues Programm.
Geschwister Andersen, Fuss-Equilibristinnen.
Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette.
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch. Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische Gesangs- und Tanz-Scenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Perzina's dressierte Affen.
Mason und Forbes, Excentrics.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bycicle-Rennen.
Eugenie Fougère, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Bartho, Ballett-Divertissement.
Pariser Luft,
„Biograph".

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbuser Thor.
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.

Vorwärts-Buchhandlung

79 Lindenstrasse 79.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir als
Weihnachts-Geschenke
unser reichhaltiges Lager in
Bilderbüchern, Jugendschriften, Märchenbüchern, Gedichtsammlungen, illustrierten und nichtillustrierten Klassiker-Ausgaben, naturwissenschaftlichen und Geschichts-Werken.
Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die reichhaltige Auswahl unsrer
im Preise bedeutend herabgesetzten Werke aus allen Wissensgebieten,
die, in ihrer tadellosen Ausstattung, ein selten günstiges Kaufobjekt bilden.
Special-Weihnachts-Verzeichnisse
auf Wunsch **gratis** und **franco.**
Bilderbücher im Preise von **10 Pf.** bis **5 M.**
Märchenbücher für Kinder von 6—8 Jahr. **25 Pf.** bis **6 M.**
Märchenbücher und **Kleine Erzählungen** für Kinder von 8—12 Jahren **50 Pf.** bis **5 M.**
Erzählungen für die reifere Jugend 25 Pf. bis **10 M.**
Die im **Gewerkschaftshause** ausgestellten **Jugendschriften** sind bei uns zu beziehen.

Cirkus Busch.

Mittwoch, 3. Dezember 1902, abends $7^1/_2$ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Die Strausse als Reitpferde. 3 Frères Honcke.

Casino-Theater.

Lothringer Straße 37.
Die brillanten Specialitäten.
Nur noch bis Freitag:
Ein Sohn des Volkes.
Sonnabend: „Pustekohl" m. Richter.
Anfang Wochent. 8, Sonnt. $7^1/_2$ Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-$1^1/_2$ Uhr.

Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest. Goldf., Brillanten j. Art, gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Pfandl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang **8** Uhr.
Rausch.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Morgen: **Rausch.**

Apollo-Theater.

Um **8** Uhr: **Neue Specialitäten.**
Um **9** Uhr: **Mit kolossalem Erfolg:**
Nakiri's Hochzeit
Ausstattungs-Operette in 2 Akten von **P. Lincke.**
Im zweiten Bilde ($10^1/_4$ Uhr):
Der sensationelle Spiegeltrick.
Im letzten Bilde ($10^3/_4$ Uhr):
H. Harndins elektrisches Ballett.
Kassenöffnung **7** Uhr. Anf. **8** Uhr.

Honig! Unverfälschl. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. verf. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,80 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [50/11*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Charivari-Theater.
Alte Jakobstr. 37.
Große Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 7½ Uhr. 7396
Säle an Vereine sind zu vergeben.

Königstadt-Casino.
Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Steidl-Theater
Oranienburg. Thor — an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Vorverkauf 40 Pf. — Entree 50 Pf.
Steidl-Sänger.
(Fritz Steidl, Scheuerl, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel.)
Täglich wechselndes Programm.
Entree 50 Pf. (Vorverk. 40 Pf.) bei Rühle, Friedrichstr. 115.

Cirkus Schumann
Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7½ Uhr:
Grosser Gala-Abend
Mr. Diavolo,
die grösste Attraktion des XX. Jahrh.
Looping the Loop.
Ausserdem: Das Riesenprogramm mit neuen Kunstspecialitäten, sowie Direktor Alb. Schumann und Eine Fortsetzung der beliebten Pantomime: Die lustigen
Heidelberger.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage:
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)
Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle Chausseestr. 103.
Jeden Mittwoch und Sonntag:

Hamburger Sänger.
Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.
Stets wechselndes Programm.
Anf. 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt 30 Pf.
Jeden Donnerstag: Bergler-Konzert und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**
8 große und kleine Säle unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 58022*

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Dornenweg.
Schauspiel in 3 Akten v. F. Philippi.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Durchgegangene Weiber.

Bernhard Rose-Theater,
Badstr. 58.
Mittwoch, den 4. Dezember:
Höhere Töchter.
Große Posse mit Gesang in 4 Akten von Mannstädt und Schott.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Neues Konzerthaus.
Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inh.: Albert Mörner.
Neues Konzert-Repertoire
des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einödshofer.
Heute: Populäres Konzert.
Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.
Sonnabends stehen meine Säle wie Vereinsräume, 50—2000 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Ein kleiner Saal ist auch an andren Wochentagen frei. 5876L*

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandantenstraße 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Dezember-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Mittwoch:
Militär-Konzert
3. Garde-Regim. zu Fuß (Herr Goerisch.)
Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.

Bekanntmachung.

Jahresabschluss

der

Kasse der Landes-Versicherungsanstalt Berlin

für das Jahr

1901.

Betriebsfonds-Hauptverwaltung.

Der Rechnung Kapit.	Der Rechnung Titel	Einnahme	Ist-Einnahme im Einzelnen M.	Pf.	Ist-Einnahme im Ganzen M.	Pf.
I		Beiträge			7 062 964	86
II		Zinsen			1 504 674	73
III		Miete und Pacht für Grundbesitz:				
	1	Grundstücke für Zwecke der Verwaltung	23 969	30		
	2	Heilstätten, Genesungshäuser, Invalidenhäuser etc.	151 860	95		
	3	Sonstige Grundstücke	10 702	—		
		Summe Kapitel III			186 532	25
IV		Strafgelder			8 093	—
V		Renten (§§ 125 bis 127 des Gesetzes)			3 066	17
VI		Beitragserstattungen (§§ 127, 128 Absatz 6 des Gesetzes)			3 435	97
VII		Heilverfahren:				
	1	Zuschüsse von Krankenkassen (§ 18 Absatz 3 des Gesetzes)	163 813	71		
	2	Zuschüsse von Trägern der Unfallversicherung (§ 21 des Gesetzes)	78	32		
	3	Zuschüsse von andrer Seite	159	53		
	4	Durchführung des Heilverfahrens (ausschliessl. Titel 5)	25 803	73		
	5	Unterstützungen an Angehörige der Versicherten:				
		a) solcher, die der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterlagen . . . . 33 626,21 M.				
		b) solcher, die dieser Fürsorge nicht unterlagen . . . . 368,94 „				
		Summe Titel 5	33 995	15		
		Summe Kapitel VII			223 850	44
VIII		Invalidenhauspflege:				
	1	Renten für die gemäss § 25 des Gesetzes verpflegten Personen	199	46		
	2	Zuschüsse von andrer Seite	—	—		
	3	Durchführung der Invalidenhauspflege	116	55		
		Summe Kapitel VIII			316	01
IX		Ausserordentliche Leistungen (§ 45 des Gesetzes)			1 867	37
X		Allgemeine Verwaltung:				
	1	Gehälter, Belohnungen (Remunerationen) etc. der Beamten (mit Ausschluss der Kontrollbeamten) und Vergütung für Schreibhilfe	2 026	66		
	2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder und Reisekosten, Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst:				
		a) an Vorstandsmitglieder u. Anstaltsbeamte —,— M.				
		b) an Mitglieder des Ausschusses —,— „				
		Summe Titel 2	—	—		
	3	Aufwendungen für Geschäftsräume (Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern etc.)	795	52		
	4	Bureau- und Kassenbedürfnisse (Drucksachen, Postgebühren, Bekanntmachungen, Buchbinder-, Botenlohn etc.)	64	12		
	5	Inventarien	97	05		
	6	Beiträge zu Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung etc.)	2 652	43		
	7	Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene	—	—		
	8	Andre nicht vorgesehene Einnahmen und Ausgaben	—	—		
		Summe Kapitel X			5 635	72
XI		Erhebungen bei Gewährung oder Einziehung von Renten und Beitragserstattungen			15	—
XII		Rentenstellen			—	—
XIII		Schiedsgerichte, Beschwerde-, Berufungs- und Revisionsverfahren:				
	1	Persönliche Aufwendungen	1 789	03		
	2	Sächliche Aufwendungen	—	—		
	3	Verfahren	—	—		
		Summe Kapitel XIII			1 789	03
XIV		Beitragserhebung und Kontrolle:				
	1	Beschaffung der Quittungskarten, der Beitragsmarken und Verkauf der letzteren (§§ 130, 131 Absatz 2 und 3 und 132 Absatz 2 des Gesetzes)	13	60		
	2	Mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen §§ 148 und 151 des Gesetzes)	—	—		
	3	Kontrolle (§ 162 des Gesetzes)	—	—		
		Summe Kapitel XIV			13	60
XV		Rechtshilfe (§ 172 Absatz 2 des Gesetzes)			48	55
XVI		Andre nicht vorgesehene Einnahmen und Ausgaben			—	—
XVII		Vermögensanlagen:				
	1	Wertpapiere	28 261	70		
	2	Darlehen etc.	165 669	03		
	3	Grundstücke	4 034	66		
		Summe Kapitel XVII			197 965	39
		Summe der Einnahmen			9 290 268	09
		Hierzu: Bestand aus dem Vorjahre			552 780	32
		sind zusammen			9 843 048	41
		ab: Summe der Ausgaben			10 548 903	04
		Mithin Vorschuss			705 854	63

Der Rechnung Kapit.	Der Rechnung Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe im Einzelnen M.	Pf.	Ist-Ausgabe im Ganzen M.	Pf.
I		Beiträge			34 328	65
II		Zinsen			14 656	98
III		Miete und Pacht für Grundbesitz:				
	1	Grundstücke für Zwecke der Verwaltung	—	—		
	2	Heilstätten, Genesungshäuser, Invalidenhäuser etc.	—	—		
	3	Sonstige Grundstücke	506	94		
		Summe Kapitel III			506	94
IV		Strafgelder			3	—
V		Renten (§§ 125 bis 127 des Gesetzes)			2 675 011	16
VI		Beitragserstattungen (§§ 127, 128 Absatz 6 des Gesetzes)			432 011	18
VII		Heilverfahren:				
	1	Zuschüsse von Krankenkassen (§ 18 Abs. 3 des Ges.)	4	05		
	2	Zuschüsse von Trägern der Unfallversicherung (§ 21 des Gesetzes)	—	—		
	3	Zuschüsse von andrer Seite	—	—		
	4	Durchführung des Heilverfahrens (ausschl. Titel 5)	884 019	14		
	5	Unterstützungen an Angehörige der Versicherten,				
		a) solcher, die der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterlagen . . . . 89 050,05 M.				
		b) solcher, die dieser Fürsorge nicht unterlagen . . . . 1 091,48 „				
		Summe Titel 5	90 141	53		
		Summe Kapitel VII			974 164	72
VIII		Invalidenhauspflege:				
	1	Renten für die gemäss § 25 des Gesetzes verpflegten Personen	—	—		
	2	Zuschüsse von andrer Seite	—	—		
	3	Durchführung der Invalidenhauspflege	27 692	16		
		Summe Kapitel VIII			27 692	16
IX		Ausserordentliche Leistungen (§ 45 des Gesetzes)			33 834	81
X		Allgemeine Verwaltung:				
	1	Gehälter, Belohnungen (Remunerationen) etc. der Beamten (mit Ausschluss der Kontrollbeamten) und Vergütung für Schreibhilfe	274 419	66		
	2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder und Reisekosten, Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst:				
		a) an Vorstandsmitglieder u. Anstaltsbeamte . . . . 4245,46 M.				
		b) an Mitglieder des Ausschusses . . 2064,90 „				
		Summe Titel 2	6 310	36		
	3	Aufwendungen für Geschäftsräume (Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern etc.)	46 722	23		
	4	Bureau- und Kassenbedürfnisse (Drucksachen, Postgebühren, Bekanntmachungen, Buchbinder-, Botenlohn etc.)	39 498	35		
	5	Inventarien	8 572	55		
	6	Beiträge zu Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung etc.)	4 135	01		
	7	Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte und deren Hinterbliebene	360	—		
	8	Andre nicht vorgesehene Einnahmen und Ausgaben	10 736	15		
		Summe Kapitel X			390 754	31
XI		Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten und bei Beitragserstattungen			34 872	07
XII		Rentenstellen			—	—
XIII		Schiedsgerichte, Beschwerde-, Berufungs- u. Revisionsverfahren:				
	1	Persönliche Aufwendungen	8 389	50		
	2	Sächliche Aufwendungen	1 185	18		
	3	Verfahren	2 095	82		
		Summe Kapitel XIII			11 670	50
XIV		Beitragserhebung und Kontrolle:				
	1	Beschaffung der Quittungskarten, der Beitragsmarken und Verkauf der letzteren (§§ 130, 131, Absatz 2 und 3 und 132 Absatz 2 des Gesetzes)	12 065	61		
	2	Mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen (§§ 148 und 151 des Gesetzes)	—	—		
	3	Kontrolle (§ 162 des Gesetzes)	36 508	30		
		Summe Kapitel XIV			48 573	91
XV		Rechtshilfe (§ 172 Absatz 2 des Gesetzes)			147	37
XVI		Andre nicht vorgesehene Einnahmen und Ausgaben			79	51
XVII		Vermögensanlagen:				
	1	Wertpapiere	17 428	15		
	2	Darlehen etc.	651 000	—		
	3	Grundstücke	5 202 167	62		
		Summe Kapitel XVII			5 870 595	77
		Summe der Ausgaben			10 548 903	04

Abschluss II.

	Wertpapiere	Bar
I. Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1901 betragen:		
1. Die Einnahmen		15 006 894,41 M.
2. Die Ausgaben		15 900 881,47 „
Nach den Zu- und Abgangslisten der Kasse haben im Jahre 1901 betragen:		
1. Die Einnahmen:		
a) Betriebsfonds . . . . 56 101 510,20 M.		
b) Voreinnahmen . . . . — —		
c) Vorschüsse . . . . — —	56 101 510,20 M.	
2. Die Ausgaben:		
a) Betriebsfonds . . . . 198 019,37 M.		
b) Voreinnahmen . . . . — —		
c) Vorschüsse . . . . 1 001,20 „	199 020,57 „	
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1901:		
Bestand in Bar		minus 893 987,06 M.
Bestand in Wertpapieren etc.	55 902 489,63 M.	
	55 008 502,57 M.	

II. Die Jahresrechnung pro 1901 — Betriebsfonds — schliesst ab mit einem Bestande von minus 705 854,63 M.
Hiervon ab die am Schlusse des Rechnungsjahres 1901 vorhandenen Voreinnahmen mit 2 213,00 M.
minus 703 641,63 M.
Hierzu die bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1901 nicht beglichenen Vorschüsse, also . . . . minus 190 345,43 M.
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1901 Bestand in Bar (wie oben) minus 893 987,06 M.

Die Zu- und Abgangslisten pro 1901 schliessen ab:		
a) Betriebsfonds	55 903 490,83 M.	
b) Voreinnahmen	— —	
	55 903 490,83 M.	
c) Vorschüsse	1 001,20 „	
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1901		
Bestand in Wertpapieren etc. (wie oben)	55 902 489,63 M.	minus 893 987,06 M.
	55 008 502,57 M.	

Vorstehende Rechnungs-Abschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 18 und 20 der Satzungen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerken veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1901 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung vom 18. November 1902 abgenommen worden ist.

Berlin, den 26. November 1902.

Der Vorstand
der Landes-Versicherungsanstalt Berlin.
Dr. Freund. **Dr. Sträter.**

Weihnachts-Vortheil!

Um den **grossen Andrang,** welcher sich in den **Nachmittagsstunden** in unseren Waarenhäusern entwickelt, einigermassen zu begegnen, geben wir von

Mittwoch, den 3. Dezember, bis Sonnabend, den 6. Dezember,

bei Einkäufen von

Morgens 8 Uhr bis Nachmittags präcise 4 Uhr

Photographie-Bons gratis

und zwar bei einem Gesammt-Einkauf von

5 Mark	10 Mark	15 Mark	20 Mark
¼ Dutzend Visites	½ Dutzend Visites	¼ Dutzend Cabinet	¼ Dutzend Makart

Diese Bons sind für jede erwachsene Person zu verwenden, und empfehlen wir solche als besonders beliebtes **Weihnachts-Geschenk.**

Bei Bezahlung bitten wir an der betreffenden Zahl-Casse einen Photographie-Bon zu verlangen.

Trotz dieser ausserordentlichen Vergünstigung bleibt unser **Rabatt-Spar-System** dennoch in Kraft.

Bei Einkauf von einer Mark vergüten wir 4 Rabattmarken.

C., Spittelmarkt 16/17,
SW., Belle-Alliancestr. 1/2,
NO., Gr. Frankfurterstr. 113.

A. Jandorf & Co.

Im Erfolg liegt Wahrheit!

Berühmte **Original-Reichel-Essenzen** zur schnellen und leichten **Selbstbereitung** von **Cognac, Rum, Liqueuren, Punschextracten etc.,** vereinen höchste **Vollkommenheit** und vollendetste **Feinheit** mit grosser **Billigkeit.**

Meine Fabrikate haben die **größte Verbreitung** in Deutschland.

Ihr eigenes Urteil wird Sie, wie Tausende andre zu der Ueberzeugung bringen, daß die **echten Original-Reichel-Essenzen** die **besten** und **bewährtesten** sind; dieselben wurden **viel nachgeahmt,** doch **nie erreicht.**

Ueber 200 Sorten nur in Originalfl. mit Gebrauchsvorschrift für ca. 2½ Ltr. 10, 50, 60, 75 Pf. ꝛc. je nach Sorte.

Versuchen Sie Reichels Echt Franz. Cognac-Extract . . . Fl. 75 Pf.
" " " fine Champagne +++ 1,25 M.

Zu haben in den Drogerien: kenntlich durch meine Plakate.

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4,

Erste u. grösste Specialfabrik.

Niederlagen in ganz Deutschland.

Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.

Man verlange ausdrücklich Reichel-Essenzen mit dem Lichtherz und nehme keine Nachahmungen.

Die Destillierung im Haushalte völlig kostenfrei.

Erfindung des Geheimraths Prof. Dr. Gerold

Wendt's Patent-Cigarren u. Cigaretten

Cigarren der Zukunft!

Absolut nicotin-unschädlich. Vollkommenster Rauchgenuss.

Direkt zu haben von Wendt's Cigarrenfabriken Aktien-Ges. Bremen in allen Preislagen, Grössen, Qualitäten und Quantitäten (auch Proben). Preisliste und Broschüre gratis.

Anker-Brikets

werden überall dort bevorzugt, wo es darauf ankommt, eine intensive Wärme zu entwickeln.

48/6*

Schmöllner Holzschuh- und Pantoffel-Fabrik

J. G. Schaller & Söhne, Schmölln (Sachsen-Altenb.).

mehrf. prämiiert, liefert alle Sorten **Leder-Schuhwaaren mit Holzsohlen,** auch gesetzlich geschützte **bewegliche Sohlen.** Eigne Dampfsäge- und Lederwerke, deshalb billigste Preise, die **Wiederverkäufern** zu Diensten stehen.

Wir bitten auf unse Fabrikmarke zu achten.

F. Scholz' Festsäle, Große Frankfurterstraße 74,
empfiehlt **1. und 2. Weihnachts-Feiertag zu Matinees.** Außerdem empfehle meine Säle wochentags zu Festlichkeiten und Versammlungen unter ganz coulanten Bedingungen. 5566*
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag: **Tanz.**

D. Doberstein's Festsäle

Prinzenstr. 94 und **Wasserthorstr. 68**
sind noch an Sonnabenden im **März, April** ꝛc. zu Vereins-Festlichkeiten und an andern Tagen zu Versammlungen zu vergeben. Bestellungen erbitte Prinzenstr. 94 abends von 8 Uhr ab. **D. Doberstein.**

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.